



## „Liebling und Stolz der Partei“

Franz Honner: Arbeiter- und Streikführer, Staatssekretär und Parlamentarier

MANFRED MUGRAUER

Gemessen an ihrer relativen Kleinheit hat die Kommunistische Partei Österreichs verhältnismäßig vielen bedeutenden Persönlichkeiten der ArbeiterInnenbewegung ein Wirkungsfeld geboten, darunter auch ArbeiterfunktionärInnen, die auf kommunaler, betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene über großes Ansehen verfügten. Als bekanntester Arbeiterfunktionär der KPÖ ist wohl Franz Honner anzusehen, der auch vom politischen Gegner als „Verkörperung der Arbeiterklasse“ gewürdigt wurde. Neben Johann Koplenig, Friedl Fürnberg und Ernst Fischer gehörte Honner zu den prägendsten Figuren der kommunistischen Bewegung Österreichs bis in die 1960er Jahre.

### Bergmann und Parteifunktionär

Die Lebensgeschichte von Franz Honner ist ein halbes Jahrhundert Geschichte der österreichischen ArbeiterInnenbewegung. In seinem politischen Leben spiegelt sich auch die KPÖ-Geschichte in diesem Zeitraum. Honner wurde am 4. September 1893 in Heinrichsöd (Hrdoňov), einem südböhmischen Dorf nahe der oberösterreichischen Grenze im Bezirk Kaplitz (Kaplice), geboren.<sup>1</sup> Heinrichsöd gehörte damals zur Gemeinde Wadetstift (Hruštica). Der in der heutigen Verwaltungsgemeinde Friedberg (Frymburk nad Vltavou) im Bezirk Krumau (Český Krumlov) gelegene Ort verschwand 1959 infolge der Flutung des Lipno-Stausees. Honners Vater Andreas war ein armer Keuschler, der in den Gütern der Adelsfamilie Schwarzenberg arbeitete und mit seiner Frau Marie sechs Kinder großzog. Um das Familieneinkommen aufzubessern, begann Honner bereits mit 14 Jahren – nach acht Jahren Volks- und Bürgerschule – als Elektromonteur in einer Papierfabrik zu arbeiten.<sup>2</sup> 1911, als Franz Honner 18 Jahre alt war, starb sein Vater. In diesem Jahr trat Honner auch der Sozialdemokratischen Partei bei.

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurde Franz Honner zum Militärdienst einbezogen. Er diente als Artillerist an verschiedenen Fronten, u.a. im Rahmen jener Einheit der k.u.k. Armee, die den Schwarzmeerhafen Odessa besetzt hielt. Die Kriegserfahrungen und seine Kontakte mit den Bolschewiki in der Ukraine im Jahr 1918 waren ausschlaggebend dafür, dass sich Honner zum Internationalisten und Kommunisten entwickelte.<sup>3</sup> Im letzten Kriegsjahr wurde Honner an die italienische Front versetzt. Bei Kriegsende marschierte er mit seiner Einheit von der Piavefront geschlossen nach Villach und von dort alleine weiter in seine Heimat.

Bald darauf verließ er Böhmen jedoch wieder, um als Maschinist im Mitterberger Kupferbergbau im Salzburger Pongau zu arbeiten. Im Mai 1919 (bzw. anderen Quellen zufolge im Mai 1920) wechselte Honner nach Grünbach am Schneeberg im niederösterreichischen Bezirk Neunkirchen. Da im dortigen Steinkohlebergwerk kein Arbeitsplatz frei war, fand Honner zunächst in einem Steinbruch eine Beschäftigung. Wenige Monate später begann er als Kohlenhauer im seit dem Ersten Weltkrieg zum Schoeller-Konzern gehörenden Bergwerk zu arbeiten. Er trat der KPÖ bei und entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einem angesehenen Partei-, Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionär. Er wurde Obmann der kommunistischen Ortsgruppe, im Mai 1922 Mitglied der niederösterreichischen Landesleitung der KPÖ<sup>4</sup> und 1923 Bezirksobmann von Neunkirchen.

### Fraktionskämpfe

Die KPÖ war in diesen Jahren von Fraktionskämpfen zerrissen. Nicht zuletzt angesichts der Kleinheit der Partei, die unter dem Druck der übermächtigen Sozialdemokratie stand, befand sich die KPÖ am Rande ihrer Aktionsfähigkeit. Franz Honner gehörte zunächst der fraktionellen Gruppe um Josef Frey an, der

1921 von der SDAP-Linken zur KPÖ übergegangen war. Die weiteren Hauptprotagonisten des Fraktionskampfes waren Karl Tomann und Franz Koritschoner. Für Honner war im Herbst 1923 eine Begegnung mit Johann Koplenig – damals Landessekretär der KPÖ Steiermark – ausschlaggebend dafür, sich jener Gruppe um den späteren Parteivorsitzenden anzuschließen, die sich die Überwindung der fraktionellen Auseinandersetzungen zum Ziel setzte. Koplenig hatte Honner zuvor als Referent zu einer Konferenz in Bruck an der Mur eingeladen. Hier wurde „eine Kampffreundschaft besiegelt, die bis zu Honners Tod wahren sollte“, wie der kommunistische Journalist Fritz Glaubauf diese Begegnung in einem Erinnerungsartikel resümierte.<sup>5</sup>

Auf der niederösterreichischen Landeskongress im Februar 1924 trat Honner schon für eine „Liquidierung der internen Krise“ durch eine „Entfernung der in den internen Fraktionskämpfen exponierten Genossen“ – Frey und Tomann – aus den Leitungsgremien ein.<sup>6</sup> Auch Honners Grünbacher KPÖ-Ortsgruppe exponierte sich 1924/25 mehrfach gegen den Fraktionskampf<sup>7</sup> und forderte etwa den im September 1925 zusammentretenden 8. Parteitag dazu auf, „seine ganze Kraft und Autorität aufzuwenden, um Ordnung innerhalb der KPÖ zu schaffen“, damit die Schaffung einer bolschewistischen Massenpartei möglich werde.<sup>8</sup> „Die Kinderkrankheiten des Kommunismus, die es damals auch in anderen Kommunistischen Parteien gab – hysterischer Radikalismus, Rechtsopportunismus und linkes Sektierertum, mußten aus der Partei ausgemerzt [...] werden, um auch unsere Partei fähig zu machen, ihre historischen Aufgaben zu erfüllen“, bilanzierte Honner in späteren Jahren den Fraktionskampf dieser Jahre.<sup>9</sup>

Als sich im Herbst 1924 die Fraktionskämpfe zwischen der Frey-Gruppe und der Tomann-Gruppe weiter verschärften, wurde am 15./16. November ein außer-



Franz Honner (3. Reihe, 2.v.r.) im Kreis der Grünbacher Betriebsräte 1921

ordentlicher Parteitag nach Wien einberufen. Gemeinsam mit Rudolf Heidenreich, dem Obmann der starken Betriebszelle der Partei in der Maschinenfabrik Warchalowski in Wien-Ottakring, und dem damaligen Wiener Landessekretär Heinrich Brodnig bildete Honner das Präsidium dieser als „Reichskonferenz“ bezeichneten Tagung. Honner wurde auf dieser Konferenz erstmals in den 18-köpfigen Parteivorstand (zehn Mitglieder aus Wien, acht aus den Bundesländern) gewählt.<sup>10</sup> Entgegen den Angaben in der Erinnerungs- und Forschungsliteratur und auch auf seiner Urnenplatte am Wiener Zentralfriedhof, wo von 1927 die Rede ist,<sup>11</sup> gehörte Honner also bereits drei Jahre zuvor – und schließlich 40 Jahre lang durchgängig bis zu seinem Tod – dem Führungsgremium der KPÖ an. Am darauffolgenden 8. Parteitag im September 1925 und am 9. Parteitag im Juni 1927 wurde Honner als Mitglied des Parteivorstands (bzw. ab 1927 Zentralkomitees) bestätigt.<sup>12</sup> Er zählte in diesen Jahren – neben Friedl Fürnberg, Otto Benedikt, Gottlieb Fiala u.a. – zum „bolschewistischen Kern der Parteiführung“<sup>13</sup> rund um den damaligen Reichssekretär Johann Kopleinig. Kopleinig, Honner und Fürnberg blieben in den folgenden Jahrzehnten – bis in die 1960er Jahre hinein – die bestimmenden Funktionäre an der Spitze der KPÖ.

### Streikführer in Grünbach

KPÖ-intern gründete das Prestige Franz Honners auf seiner kommunalpolitischen, betrieblichen und gewerkschaftlichen Verankerung in Grünbach. 1921 wurde Honner zum Betriebsrat des Segen-Gottes-Schachtes des Steinkohlebergwerks gewählt. Unter seinem Ein-

fluss wurde die kommunistische Ortsgruppe Grünbach zu einer der aktivsten und stärksten von ganz Österreich. Im Februar 1923 wurde Honner zum Obmann der Ortsgruppe der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft gewählt,<sup>14</sup> was nicht zuletzt angesichts der sozialdemokratischen Dominanz in der Gewerkschaftsbewegung bemerkenswert ist. „Die bisher reformistisch-bremserische Leitung der Bergarbeiter-Ortsgruppe wurde durch eine revolutionäre ersetzt“, kommentierte die Gewerkschaftszeitung der KPÖ das Grünbacher Wahlergebnis.<sup>15</sup> In seiner Eigenschaft als Ortsgruppenobmann war Honner Mitglied der Betriebsrätezentrale des Neunkirchner Industriegebiets und nahm an zwei Verbandstagen der Bergarbeitergewerkschaft teil.<sup>16</sup>

Als Robert Ott, der für seine Scharfmachermethoden bekannte neue Direktor des Bergwerks, 300 der 1.400 Arbeiter entlassen wollte, traten die Arbeiter im Juni 1923 in den Streik, in dessen Verlauf Honner – knapp 30-jährig – eine führende Rolle spielte. Der Streik endete nach zwei Wochen mit einer Niederlage.<sup>17</sup> Bei den darauffolgenden Betriebsratswahlen im September 1923 erreichte die KPÖ 334 Stimmen und fünf Mandate gegenüber 498 Stimmen und neun Mandaten für die sozialdemokratische Gewerkschaftsfraktion.<sup>18</sup> Dieses Ergebnis war nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, als sich unter den 300 gekündigten Arbeitern fast ausschließlich kommunistische Parteigänger befanden. Ende Jänner 1924 wurde Honner als Obmann der Ortsgruppe des Bergarbeiterverbands wiedergewählt.<sup>19</sup>

Im November 1924 wurde Honner in den Grünbacher Gemeinderat gewählt. Die KPÖ steigerte sich in diesem Jahr

von zwei auf drei Mandate (zehn Mandate gingen an die Sozialdemokratie, fünf an die Bürgerlichen).<sup>20</sup> Im Jänner 1925 stand Honner erneut an der Spitze einer Streikbewegung, die einen Höhepunkt des Kampfes der KPÖ gegen die „Genfer Sanierung“ – gegen „Hungersanierung, Lohndruck und Teuerung“<sup>21</sup> – darstellte. Der Streik begann am 14. Jänner mit spontanen Arbeitsniederlegungen, nachdem die Forderung nach einer 15-prozentigen Lohnerhöhung abgelehnt worden war. Der Direktor, der von einer aufgebrauchten Menge verprügelt wurde, reagierte darauf mit der Aussperrung der gesamten Belegschaft. Robert Ott konnte dabei die Staatsgewalt hinter sich wissen: Begleitet von einem massiven Gendarmerieeinsatz wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die *Rote Fahne*, das damalige Zentralorgan der KPÖ, meldete, dass über Grünbach „der Belagerungszustand“ verhängt worden sei.<sup>22</sup>

„Honner war der agile Organisator, der anfeuernde Führer, der überlegte gewerkschaftliche Taktiker dieses Kampfes und zugleich der sorgende Helfer der ausharrenden Streikenden, die ihren Frauen das wenige Geld für Brot und Milch nicht geben konnten“, wie Erwin Zucker-Schilling, der Chefredakteur des KPÖ-Zentralorgans *Volksstimme*, Honner knapp 30 Jahre später als Streikführer charakterisierte.<sup>23</sup> Von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie abgewürgt, endete der Streik nach zwei Wochen erneut ohne Erfolg. Die Forderung nach einer Lohnerhöhung konnte nicht durchgesetzt werden. 60 Arbeiter und vier Betriebsräte – darunter auch Franz Honner und der KPÖ-Gemeinderat Franz Loistl – wurden im März 1925 entlassen. Die KPÖ betonte die gesamtösterreichische Bedeutung der Vorfälle und charakterisierte sie als „Probeangriff der Bourgeoisie mit faschistischen Methoden“. Der Grünbacher Streik habe mit einem „Sieg des Unternehmerfaschismus“ geendet.<sup>24</sup>

Der nunmehr arbeitslose Honner, der für seine aus Grünbach stammende Frau Anna (geborene Hruby) und seine im Februar 1924 geborene Tochter Irma zu sorgen hatte und seit November 1925 keine Arbeitslosenunterstützung mehr bezog,<sup>25</sup> leistete fortan Parteiarbeit als „Instruktor“ in verschiedenen Orten Niederösterreichs. Der Repression durch die Direktion folgte eine Maßregelung durch die Gewerkschaftsbürokratie: 1927 wurde Honners Mitgliedschaft in der Bergarbeitergewerkschaft für beendet erklärt.<sup>26</sup> Die Grünbacher Betriebszelle



Österreichische Arbeiterdelegation in die Sowjetunion 1926 (Honner vorne, 3.v.l.)

und Ortsorganisation blieb auch in diesen Jahren eine der aktivsten Parteiorganisationen der KPÖ. 1927 umfasste sie 139 Mitglieder bei einer EinwohnerInnenzahl von etwa 2.500.<sup>27</sup> Bei der Betriebswahl im Kohlebergwerk konnte sie im November 1928 241 Stimmen und vier Mandate erringen.<sup>28</sup>

### Arbeiterdelegation in die Sowjetunion

Zu Jahresbeginn 1926 leitete Franz Honner die erste österreichische Arbeiterdelegation in die Sowjetunion. Im Vorfeld der Reise wurde ein Komitee gebildet, das einen Aufruf formulierte und Geldsammlungen zur Deckung der Reisespesen durchführte. Von der Bedeutung dieser Aktion zeugt die Tatsache, dass sich die Sozialdemokratische Partei veranlasst sah, am 21. Dezember 1925 eine eigene Wiener Vertrauensmännerkonferenz zum Thema „Die Sozialdemokratie und Sowjetrußland – Die Frage der Russlanddelegationen“ durchzuführen. Otto Bauer entwickelte dort als Referent die Ablehnung der SDAP, an der Delegation teilzunehmen.<sup>29</sup> Dennoch gehörten der Delegation letztlich neben vier KommunistInnen neun Sozialdemokraten an. Vorsitzender war der Bergmann und sozialdemokratische Betriebsratsobmann des Braunkohlebergbaus in Neufeld an der Leitha Julius Farkas, Honner fungierte als Sekretär.

Die erste österreichische Arbeiterdelegation reiste am 27. Jänner 1926 am Wiener Ostbahnhof ab und besuchte zwei Monate lang Moskau und Leningrad, Weißrußland, die Ukraine und Georgien. Am 4. April kam die Delegation am Wiener Nordbahnhof an, wo sie von tausenden ArbeiterInnen erwartet wurde.

Tags darauf wurde Honner am Grünbacher Bahnhof von 500 Personen – angeführt von der Betriebszelle der KPÖ – empfangen. An der Spitze des Zuges zum Arbeiterheim, wo Honner ein Referat vor 500 ZuhörerInnen hielt, marschierte eine Musikkapelle.<sup>30</sup> In den folgenden Wochen fanden in Wien zahlreiche Berichtsversammlungen statt, die für die KPÖ eine große propagandistische Bedeutung hatten. Ein von Franz Honner mitverfasster 144-seitiger Bericht über die Delegationsreise wurde als Broschüre in der Auflage von 15.000 Exemplaren veröffentlicht.<sup>31</sup>

### Sekretär der RGO

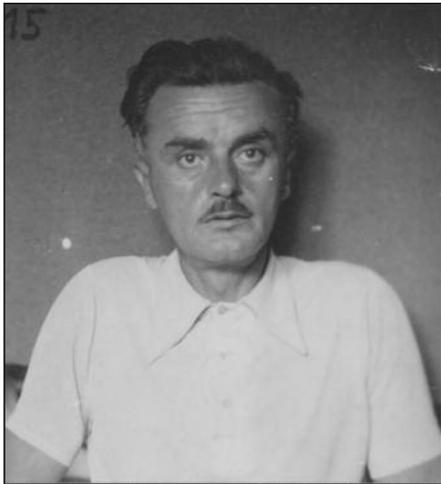
Da Franz Honner vom Unternehmerverband auf eine „schwarze Liste“ gesetzt wurde, war es ihm unmöglich, wieder Arbeit zu finden. Zunächst formal noch in Grünbach wohnhaft, verlagerte sich der Mittelpunkt seiner politischen Aktivitäten nach Wien. Dies stieß insofern auf den Argwohn der Behörden, als der gemäß Heimatrecht nach Grünbach zuständige Honner nach dem Justizpalastbrand im Juli 1927 fünf Wochen inhaftiert wurde und „wegen Gefährdung der öffentlichen Interessen aus dem Polizeirayon Wien abgeschafft“ – also ausgewiesen – werden sollte.<sup>32</sup> Aus der Werkswohnung delogiert, übersiedelte Honner 1929 mit seiner Familie nach Wien. Bereits in Grünbach hatte er in einer Werksbaracke des „Neuschachts“ – so hieß der Hauptschacht des Bergwerks – gelebt.<sup>33</sup> In Wien fand Honner eine Unterkunft in den „Grinzinger Baracken“,<sup>34</sup> einer Notbehelfssiedlung zwischen Grinzinger Allee und Daringergasse in Döbling. In den Jahren des Ersten Weltkriegs befand sich hier ein

Militärspital, danach fanden in den Grinzinger Baracken Obdachlose und Wohnungssuchende eine billige Bleibe. Die Baracke 43 in der Grinzinger Allee 7, in der Honner wohnte, war „als Kommunistenbaracke [...] in ganz Wien bekannt“.<sup>35</sup> Heute befindet sich auf diesem Areal der Helmut-Qualtinger-Hof.

In Wien wurde Honner ganz zum Parteiarbeiter. Seit dem 10. Parteitag im Februar 1929 gehörte er dem Politischen Büro (Politbüro) und damit dem operativen Leitungsgremium und der engeren Führung der KPÖ an, seit 1930 auch dem Sekretariat der Wiener Stadtleitung der Partei. 1929 war er kurzzeitig für die Organisationspolitik der KPÖ zuständig und seit 1930 für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Partei verantwortlich. Als Mitglied der engeren Parteiführung trat Honner bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Als im September 1931 in Steiermark die Heimwehren den Staatsstreich probten („Pfrimerputsch“), rief die KPÖ zu einer Kundgebung am Hauptplatz von Leoben auf, bei der Honner vor 3.000 ArbeiterInnen zum Widerstand aufforderte.<sup>36</sup>

Am 11. Parteitag der KPÖ Ende Juni 1931 hielt Honner eines der Hauptreferate über die Aufgaben der Partei in den Wirtschaftskämpfen und über den Aufbau der *Roten Gewerkschaftsopposition* (RGO).<sup>37</sup> In diesem Jahr vollzog die KPÖ eine „Wendung zu den Massen“, in deren Mittelpunkt die Konzentration auf sozialökonomische Kämpfe im Betrieb und unter den Arbeitslosen stand.<sup>38</sup> Im Tageskampf gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise gelang es ihr in den Jahren 1931 bis 1933, schrittweise aus der Isolation auszubrechen und eine Phase der Aufwärtsentwicklung einzuleiten. Erfolge bei Lohnbewegungen und Streikkämpfen und die Politik der „roten Einheitsfront“ und „antifaschistischen Aktion“ ermöglichten es der Partei, ihr politisches Gewicht zu steigern.

Als die Grünbacher Bergarbeiter zum Jahreswechsel 1932/33 erneut fünf Wochen lang in den Streik traten, nahm auch Honner wieder einen führenden Anteil an der Streikbewegung, nicht mehr als Bergmann und Betriebsrat, sondern als Gewerkschaftssekretär der KPÖ und Leiter der mit ihr verbundenen RGO. Von der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen wurde Honner als der „geistige Leiter des Streikes“ ausgemacht.<sup>39</sup> Er sprach in öffentlichen Versammlungen und setzte u.a. die Wahl einer von der Gewerkschaftsbürokratie unabhängigen



**Franz Honner in Spanien, 1937**

Streikleitung durch. Unmittelbarer Anlass des am 30. November 1932 startenden Streiks war ein tödlicher Arbeitsunfall, der auf die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen und die Antreiberei der Direktion zurückzuführen war. Ziele der Streikbewegung waren eine Lohnerhöhung, erhöhte Sicherheitsmaßnahmen und Verbesserungen des Kollektivvertrags, womit die Bewegung von Beginn an den Charakter eines Offensivkampfes hatte. Wie schon 1923 und 1925 endete auch dieser Streik ohne Erfolg, nachdem die Gewerkschaft Verhandlungen mit der Direktion und der Unternehmervereinigung aufgenommen hatte und die Protestbewegung abwürgte.<sup>40</sup> Die KPÖ unterstrich die „über den Rahmen eines betrieblichen Lohnkampfes“ hinausgehende politische Bedeutung dieses Streiks, der den „Charakter eines Offensivkampfes unter den Bedingungen der Vertiefung der Weltwirtschaftskrise und des Endes der kapitalistischen Stabilisierung“ trug.<sup>41</sup> Als RGO-Leiter war Honner auch an anderen Streikbewegungen, etwa jenem der Wiener JutearbeiterInnen im Mai 1931, als Redner und Organisator beteiligt.<sup>42</sup> Überall trat er für die Bildung von Kampfleitungen und RGO-Gruppen ein, um den Einfluss der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zurückzudrängen.

### Parteiführer in der Illegalität

Schon in den Jahren vor 1933 stand die KPÖ unter starkem behördlichen Druck: Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Gerichtsverfahren gehörten zum Alltag ihrer FunktionärInnen, die *Rote Fahne* wurde laufend zensuriert und beschlagnahmt, Kundgebungen von der Polizei verboten bzw. aufgelöst. Auch Franz Honner geriet als führender KPÖ-Funktionär ins Visier der Behörden. Am 13. März 1933 fanden in der Parteizen-

trale in der Alser Straße und den Redaktionsräumen der *Roten Fahne* in der Schottenfeldgasse Hausdurchsuchungen statt. Johann Kopenlig und Franz Honner wurden festgenommen,<sup>43</sup> mussten aber kurz darauf wieder freigelassen werden. Angesichts dieser Bedrohungslage lebte Honner bereits ab Mitte April 1933 im Untergrund. Als die Kundgebungen zum 1. Mai verboten und im Vorfeld mehr als 60 kommunistische Funktionäre festgenommen wurden, fand auch bei Honner eine Hausdurchsuchung statt. Da er – wie andere Parteiführer auch – untergetaucht war, konnte er jedoch nicht festgenommen werden.<sup>44</sup> Gegen ihn wurde wegen Verdachts auf Hochverrat Anzeige erstattet und Anklage erhoben.<sup>45</sup> Wegen „Propaganda für die Forderung nach Beseitigung der Notverordnungsdictatur und den Sturz der Dollfuß-Regierung“ wurde Honner zur Fahndung ausgeschrieben.<sup>46</sup>

Am 26. Mai 1933 wurde die KPÖ per Notverordnung verboten. Wegen geplanter Aktionen der KPÖ zum „Internationalen Antikriegstag“ am 1. August 1933 wurde gegen Honner und weitere KPÖ-Führer wie Kopenlig, Fürnberg und Friedrich Hexmann erneut Anzeige wegen Hochverrats erstattet und Anklage erhoben. Kopenlig wurde wenige Wochen später verhaftet, der ebenso zur Fahndung („Kurrendierung“) ausgeschriebene Honner konnte nicht gefasst werden. Eine neuerliche Hausdurchsuchung bei ihm blieb erfolglos.<sup>47</sup> Honner war in dieser Zeit weiterhin für die Gewerkschaftsarbeit der KPÖ verantwortlich, gehörte dem Politbüro der Partei an und organisierte gemeinsam mit anderen die illegale Parteiarbeit in Wien.

Im Februar 1934 war Franz Honner an der Ausarbeitung jenes Aufrufs beteiligt, mit dem die KPÖ zum Generalstreik und zur Entwaffnung der faschistischen Verbände aufrief. Der Entwurf war zuvor auch dem Sekretär der Freien Gewerkschaften Johann Schorsch unterbreitet worden, dieser sah aber keine Möglichkeit zu einer gemeinsamen Aktion, weshalb der Aufruf als Sonderdruck der *Roten Fahne* im Namen der KPÖ erschien.<sup>49</sup> Nach den Februarkämpfen und der Illegalisierung der gesamten österreichischen ArbeiterInnenbewegung wurde die Parteiführung der KPÖ nach Prag verlegt. Honner blieb als – neben Friedl Fürnberg (Sekretär der Wiener Organisation) – wichtigster Parteifunktionär im Lande und leitete fortan das „Inlandssekretariat“ und damit die KPÖ-Führung in Österreich. Am 12. Parteitag, der im September 1934 in Prag stattfand, refe-

rierte Honner über die organisatorischen Aufgaben der KPÖ in der Illegalität.<sup>50</sup>

Am 25. Jänner 1935 wurde der steckbrieflich gesuchte Franz Honner bei einer Besprechung von KPÖ und Revolutionären Sozialisten über gemeinsame Aktionen zum Jahrestag des 12. Februar festgenommen. Honner hatte an dieser in einer Privatwohnung stattfindenden Zusammenkunft des „Februarkomitees“ gemeinsam mit Friedl Fürnberg als Vertreter der KPÖ teilgenommen und trug gefälschte, auf „Rudolf Neudel“ lautende Papiere bei sich. Honner wurde zunächst mit sechs Monaten Arrest bestraft. Eine solche Verwaltungsstrafe war eines der wichtigsten Repressionsinstrumente des austrofaschistischen Regimes. Politische GegnerInnen konnten bis zu sechs Monate ohne gerichtliches Urteil inhaftiert werden. Erst am 20. April 1935 wurde gegen Honner Anzeige erstattet, worauf er nach Ablauf der Polizeistrafe vom Landesgericht für Strafsachen Wien I in Untersuchungshaft genommen wurde.<sup>51</sup> Honner zählte „zu den radikalsten Vertretern der KPÖ und hat insbesondere bei Streiks eine hemmungslose Agitation entfaltet“, war in der Anzeige der Polizeidirektion an die Staatsanwaltschaft zu lesen.<sup>52</sup> Im großen „Sozialistenprozess“ – gemeinsam mit 28 FunktionärInnen der Revolutionären Sozialisten – angeklagt, wurde Honner am 24. März 1936 gemeinsam mit Fürnberg wegen „Geheimbündelei“ zu vier Monaten strengem Arrest verurteilt und – aufgrund der bereits verbüßten Vorhaft – auf unbestimmte Zeit ins Anhaltelager Wöllersdorf eingeliefert.<sup>53</sup> Am 19. Oktober 1936 gelang es Honner und Fürnberg, aus dem Lager auszubrechen. An der von der KPÖ organisierten Flucht hatte der damals als Taxichauffeur arbeitende Parteifunktionär Max Stern großen Anteil.<sup>54</sup> Ebenso an der Flucht beteiligt war Honners Lebensgefährtin und zweite Frau Margarete (Grete) Kalteis, die seit 1926 der KPÖ angehörte und seit 1932 – nach dem Besuch der Internationalen Leninschule in Moskau – im Sekretariat der RGO arbeitete.<sup>55</sup>

### Prag – Spanien – Paris

Nach seiner Flucht aus Wöllersdorf hielt sich Honner noch vier Wochen in Wien versteckt und ging Mitte November 1936 nach Prag, wo er wieder der engeren KPÖ-Führung angehörte.<sup>56</sup> Ab Ende Dezember dieses Jahres hielt sich Honner als Politemigrant in Moskau auf. Im Mai 1937 entsandte ihn die KPÖ-Führung nach Spanien, wo er die öster-



**Gefälschter Ausweis von Franz Honner beim Einsatz in Slowenien, 1944**

reichischen Freiwilligen, die zur Unterstützung der Republik ins Bürgerkriegsland geeilt waren, in einem eigenen Bataillon zusammenfasste. Aus Albacete kommend, wo sich die Basis der Internationalen Brigaden befand, traf Honner unweit von Torija an der Front ein. Nach mehreren Besprechungen und Versammlungen wurden die österreichischen Spanienfreiwilligen im Juni 1937 aus den drei Bataillonen der 11. Internationalen Brigade in einem neu geschaffenen vierten Bataillon zusammengezogen. Die Einheit erhielt den Namen „12. Februar“ und wurde in vier Kompanien mit den Namen „Josef Gerl“, „Karl Münchreiter“, „Koloman Wallisch“ und „Georg Weissel“ unterteilt.<sup>57</sup> Wenige Tage später ging das Bataillon an die Front, um an der Brunete-Offensive teilzunehmen. Nachdem Honners Auftrag erfüllt war, kehrte er im September 1937 nach Prag zurück. In seiner Abwesenheit war er im August dieses Jahres auf der Reichskonferenz der KPÖ erneut ins Zentralkomitee der Partei und die engere – nunmehr als „Sekretariat“ bezeichnete – Führung gewählt worden.<sup>58</sup>

Da Honners Auftrag, in Spanien die österreichischen Freiwilligen zu organisieren, auch in der illegalen KPÖ-Presse publik gemacht wurde,<sup>59</sup> leiteten die austrofaschistischen Behörden die Ausbürgerung des kommunistischen Parteiführers in die Wege. Mit Bescheid vom 25. Oktober 1937 wurde Honner die Staatsbürgerschaft aberkannt, weil er sich ins Ausland begeben „und dort offenkundig österreichfeindliche Handlungen unterstützt“ habe.<sup>60</sup>

Angesichts der Annexion der „Sudetengebiete“ durch das Deutsche Reich übersiedelte Honner im Oktober 1938

mit der Exilführung der KPÖ von Prag nach Paris. Nach Kriegsbeginn im September 1939 verfügte die französische Regierung die Internierung der deutschen (und damit auch der österreichischen) EmigrantInnen, worauf die Partispitze ihren Sitz nach Moskau verlegte. Kommunistische Führungsmitglieder wie Johann Kopenig, Franz Honner, Erwin Zucker-Schilling und Hermann Köhler schlugen sich im September und Oktober auf weit verzweigten Routen – über Italien, Jugoslawien, Bulgarien und die Türkei – in die Sowjetunion durch. Honner fuhr Ende September 1939 gemeinsam mit Grete Kalteis, Johann Kopenig und Erwin Puschmann aus Paris ab, um über die Schweiz in die Sowjetunion zu gelangen. Die Grenze war jedoch wegen des Kriegsbeginns schon gesperrt, weshalb sie nach Paris zurück mussten, um ein Durchreisevisum durch Italien zu beantragen. Mit gefälschten norwegischen Pässen gelangten sie schließlich über Italien nach Belgrad.

Während Johann Kopenig noch im Oktober über Sofia nach Moskau weiterreiste, blieb Honner einige Monate – bis Mai 1940 – in Jugoslawien.<sup>61</sup> Der Zweck seines Aufenthalts in Dubrovnik, Split und Zagreb bestand u.a. darin, sich gemeinsam mit weiteren KPÖ-Auslandsfunktionären in die Arbeit des „Grenzapparats“ der Partei einzuschalten und Kontakte nach Österreich herzustellen. Ende Dezember 1939 traf er in Split mit den KPÖ-Funktionären Willi Frank, Julius Kornweitz und Erwin Puschmann zusammen, um eine Reorganisation des kommunistischen Widerstands im Land in die Wege zu leiten und die Verbindungen zwischen den Parteiorganisationen und dem Auslandsapparat der KPÖ auf

eine neue Grundlage zu stellen. Ebenso in Split kam Honner mit dem KPÖ-Funktionär Karl Zwifelhofer zusammen, der ihm – aus der Sowjetunion kommend – Informationen der Moskauer Exilführung übermittelte, auf deren Grundlagen Honner Direktiven für die Parteiarbeit ausarbeitete.<sup>62</sup> Anfang Mai 1940 fand in Zagreb eine Besprechung Honners mit Tito, dem Generalsekretär der KP Jugoslawiens, statt, dessen Informationen über die politische Lage und die Situation der jugoslawischen kommunistischen Partei er in Moskau weitergab.<sup>63</sup>

### Im sowjetischen Exil

Mitte Mai 1940 reiste Franz Honner gemeinsam mit Grete Kalteis über Belgrad und Sofia in die Sowjetunion, wo er als Mitglied der KPÖ-Führung die nächsten vier Jahre im Exil verbrachte. Zunächst leitete Honner den österreichischen Sektor der im März 1941 etablierten Komintern-Schule Puškino bzw. (nach der Evakuierung im Herbst dieses Jahres) in Kušnarenkovo,<sup>64</sup> die „eine Art Nachfolgeorganisation der Leninschule“ darstellte.<sup>65</sup> Ein Ziel der Kurse bestand darin, PolitemigrantInnen auf einen Einsatz in Österreich und den Untergrundkampf vorzubereiten. Die Schule wurde nach der Auflösung der Kommunistischen Internationale im Mai 1943 geschlossen. Eine der etwa 25 TeilnehmerInnen der Komintern-Schule war auch Grete Kalteis. Von 1943 bis 1945 arbeitete sie für das „Institut 205“, eine Nachfolgeorganisation der Komintern, die für die Rundfunkpropaganda zuständig war.<sup>66</sup>

Ein wesentlicher Aspekt des kommunistischen Exils in der Sowjetunion war die propagandistische Arbeit an der Front und die politische Arbeit unter österreichischen Kriegsgefangenen. In den Jahren 1942 bis 1944 organisierte Honner Schulungskurse („Antifa-Schulen“) für gefangen genommene oder übergelaufene österreichische Soldaten. Am 12. Februar 1942 fand eine erste Konferenz von 86 österreichischen Kriegsgefangenen statt, die einen Aufruf an die österreichische Bevölkerung beschloss, zum aktiven Kampf gegen den Hitlerfaschismus überzugehen. Der Aufruf wurde Ende März in der sowjetischen Presse und kurz darauf auch in der Exilpresse veröffentlicht.<sup>67</sup> Im April und Mai 1942 konnte Honner im Kriegsgefangenenlager 99 bei Karaganda eine erste Gruppe von Antifa-AktivistInnen in der Stärke von 28 Mann zusammenstellen und politisch-ökonomische Schulungen durchführen.<sup>68</sup>

Nachdem die Alliierten im November 1943 die Moskauer Deklaration verabschiedet hatten, in dem die Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit als Kriegsziel festgelegt wurde, wurde in der im Juni 1943 eingerichteten Antifa-Schule im Lager 165 in Talizy – 300 Kilometer östlich von Moskau im Gebiet Iwanowo – ein eigenständiger österreichischer Sektor etabliert, der bis Mai 1944 von Franz Honner geleitet wurde. An den Kursen nahmen hier zunächst etwa 50 österreichische Soldaten teil. Die Hauptthemen des Unterrichts in den Antifa-Schulen waren österreichische Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Arbeiterbewegung, die Grundlagen des Marxismus wie dialektischer und historischer Materialismus und Politische Ökonomie, sowie aktuell-politische Themen wie Faschismus, Kriegsverlauf und die Wiedergeburt eines unabhängigen und demokratischen Österreich.

### Organisator der Österreichischen Freiheitsbataillone

Ab 1941/42 trat die KPÖ für die Formierung einer *Österreichischen Freiheitsfront* (ÖFF) als konkrete Gestalt der von ihr angestrebten antifaschistischen Volksfront ein. Als Hauptaufgabe der ÖFF wurden die Bildung von Kampfgruppen und die Ausweitung des Widerstands zum nationalen „Volkskrieg“ gegen Hitler erkannt.<sup>69</sup> Ab 1943/44 dominierten Aufrufe zum Partisanenkampf, zur Sabotage in den Rüstungsbetrieben, zur Desertion aus der Wehrmacht und zum Überlaufen zu den Alliierten oder zu den Partisanen die gesamte ÖFF-Propaganda. Ein wichtiger Bezugspunkt war die von den alliierten Mächten verabschiedete Moskauer Deklaration vom November 1943, in der von Österreich ein eigenständiger Beitrag zu seiner Befreiung gefordert wurde. Höhepunkt der KPÖ-Strategie, einen bewaffneten Beitrag zur Befreiung Österreichs vom Faschismus zu leisten, war die Aufstellung von fünf österreichischen Freiwilligenbataillonen im Verband der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee ab November 1944. Zu diesem Zweck wurde Honner Anfang Juli dieses Jahres ins slowenische Partisanengebiet geflogen, um in Črnomelj, wo sich der Sitz der zivilen Partisanenverwaltung befand, einen österreichischen Stützpunkt aufzubauen. Hier begann er mit der Anwerbung von österreichischen Freiwilligen und knüpfte Verbindungen zu Parteiorganisationen und Widerstandskreisen in Österreich.

Bereits am 21. Juli 1944 erging ein von Honner namens der KPÖ gezeichneter und als Flugblatt verbreiteter Aufruf der KPÖ an „alle österreichischen Patrioten und Hitlergegner zu den Waffen, zum sofortigen Beginn des Partisanenkampfes“.<sup>70</sup> Am 22. August wandte er sich mit einem zweiten Rundschreiben an die Parteiorganisationen in der Steiermark und in Kärnten, in dem ebenso „die Organisation und Führung des Partisanenkampfes [...] mit dem Ziele seiner systematischen Verbreiterung zum allgemeinen, bewaffneten Volkskampf gegen die Hitlerokkupanten“ als Hauptaufgabe hervorgehoben wurde. Die dortigen Parteigruppen wurden angewiesen, alle gefährdeten Genossen nach Slowenien zu schicken, um entweder dort den Partisanenkampf zu verstärken oder sie auf bewaffnete Aktionen im Land vorzubereiten.<sup>71</sup>

In Tribuče, einem Dorf in der Nähe von Črnomelj, wurde eine Sammelstelle errichtet, wo sich bis November etwa 100 Kämpfer einfanden, die militärisch auf den Partisanenkrieg vorbereitet und politisch geschult wurden. Am 24. November 1944 wurde in der Nähe von Tribuče das erste österreichische Bataillon formiert. Honner hielt bei der Gründungsfeier eine Ansprache, hierauf legten die Kämpfer einen feierlichen Treueid ab, der mit den Worten „Tod dem Faschismus! Freiheit dem Volke!“ schloss.<sup>72</sup> Damit war die erste bewaffnete österreichische Einheit seit der Auslöschung des Landes im März 1938 gegründet. Seine Feuertaufe erlebte das Bataillon am 18. Jänner 1945, als es die Brücke über die Krka (Gurk) auf der Straßenverbindung zwischen den Dörfern Dvor und Jama sicherte. Bis März 1945 wurden vier weitere Bataillone zusammengestellt.<sup>73</sup> Die österreichischen Freiheitsbataillone waren die einzige bewaffnete österreichische Formation, die auf Seiten der Alliierten gegen den Hitlerfaschismus kämpfte.

Im Dezember 1944 konnte auf Honners Initiative ein „Landeskomitee der Österreichischen Freiheitsfront für Steiermark und Kärnten“ gebildet werden, dem auch regionale sozialdemokratische und konservative Persönlichkeiten – wie etwa der spätere SPÖ-Zentralsekretär Erwin Scharf und der spätere SPÖ-Landesrat Fritz Matzner – angehörten. Das Komitee wandte sich kurz darauf mit einem Aufruf zum „aktiven, rücksichtslosen Kampf gegen das Nazi-Barbarentum“, zur Desertion und zur Sabotage in den Rüstungsbetrieben an die Öffentlichkeit. Am 11. März 1945 richtete das Komitee



**Staatssekretär Franz Honner am 17. Juni 1945 („Tag der Volkssolidarität“) vor dem Parlament in der Uniform der jugoslawischen Partisanenarmee.**

einen Brief an den amerikanischen Präsidenten Roosevelt, den britischen Premier Churchill und an Stalin, in dem die Staatsmänner ersucht wurden, nach dem Vorbild des Freiheitsbataillons auch in den alliierten Armeen eigenständige österreichische Formationen zu bilden.<sup>74</sup>

### Staatssekretär für Inneres

Als Franz Honner und Friedl Fűrberg Anfang April 1945 die Nachricht von der Befreiung Wiens durch die Rote Armee erhielten, leiteten sie ihre schnellstmögliche Rückkehr von Črnomelj in die Bundeshauptstadt in die Wege. Als Honner am Abend des 22. April in Wien eintraf, waren die Verhandlungen zwischen SPÖ, ÖVP und KPÖ über die Bildung einer Provisorischen Regierung bereits

im Gange.<sup>75</sup> Neben dem Vizekanzler forderte die KPÖ zwei Ministerien (damals – um den provisorischen Charakter zu unterstreichen – als Staatssekretariate bezeichnet): jenes für Inneres und jenes für Unterricht. Der designierte Staatskanzler Karl Renner (SPÖ) wollte das Staatssekretariat für Inneres nicht der KPÖ überlassen, weshalb die ersten beiden Verhandlungsrunden keine Einigung brachten. Als dann am 23. April Franz Honner, noch in der Uniform der jugoslawischen Partisanenarmee, bei den Regierungsverhandlungen auftauchte, sagte Renner zum neben ihm sitzenden KPÖ-Politiker Ernst Fischer: „Was habt ihr da für einen Prachtkerl! Das ist die Verkörperung der Arbeiterklasse. Ich beneide euch um solche Leute.“<sup>76</sup> „Unvergesslich bleibt der Augenblick, als Franz mit dem jugoslawischen, nein, dem österreichischen Bataillon aus Jugoslawien zurückkehrte, als er groß, kraftvoll, braun-gebrannt in das Zimmer trat, in dem die Provisorische Regierung sich bildete, und jeder das Gefühl hatte: Das ist die Arbeiterklasse, in einer Gestalt konzentriert“, erinnerte sich Ernst Fischer an das Erscheinen Honners bei den Regierungsverhandlungen.<sup>77</sup> Damit waren alle Widerstände überwunden und Franz Honner wurde zum Staatssekretär für Inneres – und damit zum ersten Innenminister der Zweiten Republik – bestellt.

In dieser Funktion war Honner bis Dezember 1945 für die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit verantwortlich. Es ist Honners Amtsführung zu danken, dass in Wien ein demokratischer Polizeiparagraf aufgebaut werden konnte, in dem auch KommunistInnen eine wichtige Rolle spielten. Honner ließ sich vom Kabinettsrat ermächtigen, die im Mai 1945 in Österreich eintreffenden Angehörigen der Österreichischen Freiheitsbataillone in den Polizeidienst einzugliedern, sofern diese nicht den Wunsch äußerten, in ihre Heimatorte zurückkehren zu können.<sup>78</sup> Hinzu kamen die meisten Angehörigen des im April 1945 gebildeten „Polizeilichen Hilfsdienstes für die Kommandantur der Stadt Wien“, die in die Polizeidirektion übernommen wurden. In Summe arbeiteten 1945/46 etwa 1.500 KommunistInnen in der Polizeidirektion Wien, einige davon auch in leitender Stellung.<sup>79</sup> Damit wurde die Wiener Polizei „der einzige Bereich der gesamten staatlichen Verwaltung und des öffentlichen Dienstes, in dem nach 1945 in unserem Land der wirkliche Anteil der Kommunisten am Kampf gegen die Hitlerdiktatur und für die Wiederher-

stellung eines unabhängigen, demokratischen Österreich *adäquat* zum Ausdruck kam“,<sup>80</sup> wie Hans Hautmann hervorhebt.

Der Wiederaufbau einer demokratischen und antifaschistischen Polizei sollte Garant dafür sein, dass die staatliche Exekutive „nie mehr wieder ein Werkzeug zur Zertrümmerung der Demokratie werden kann, so wie es im März 1933 geschehen ist“. „Wir werden dafür sorgen, daß, solange wir Kommunisten das Staatsamt für Inneres in der Hand haben, die Polizei nie wieder Gelegenheit haben wird, auf Arbeiter zu schießen“, formulierte Hon-

ner im Herbst 1945 in einer Wahlkampfbroschüre der KPÖ.<sup>81</sup> Weitere Verdienste erwarb sich Franz Honner bei der Rückkehr der österreichischen Kriegsgefangenen aus den alliierten Lagern. Im August 1945 erwirkte er bei den sowjetischen Stellen die Freilassung und Heimkehr von mehreren zehntausend Kriegsgefangenen aus den Frontlagern in Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei.<sup>82</sup> Im Bereich der Entnazifizierung startete er mehrere Initiativen, um die „Säuberung“ der Verwaltung und des öffentlichen Lebens von nationalsozialistischen Einflüssen voranzutreiben.<sup>83</sup>

### Parlamentarier und Parteiführer

Bei der ersten Nationalratswahl nach der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus, die am 25. November 1945 stattfand, erreichte Honner das notwendige Grundmandat im Wahlkreis 9 (Viertel unter dem Wienerwald), sonst wäre der KPÖ trotz der erreichten 5,4 Prozent der Einzug in den Nationalrat verwehrt gewesen. Im Nationalrat war Honner der Sprecher der KPÖ für sozialpolitische Fragen und für Finanz- und Steuerpolitik. Er blieb bis 1959, bis zum Ausscheiden der Partei aus dem Nationalrat, Abgeordneter und eroberte auch 1949 und 1953 ein Grundmandat. Für Honner war das Parlament „eine Tribüne des Klassenkampfes“,<sup>84</sup> wie in einer von der KPÖ herausgegebenen Erinnerungsbroschüre festgehalten wird. In 217 Reden in 14 Jahren überzeugte er vor allem „durch sein leidenschaftliches Eintreten für die Anliegen der arbeitenden Menschen“.<sup>85</sup>

Höhepunkte seiner Parlamentsarbeit waren die Rede bei der Beschlussfassung



Sitzung des Zentralkomitees der KPÖ am 23.9.1945

des Verstaatlichungsgesetzes sowie seine Rede unmittelbar nach dem Oktoberstreik des Jahres 1950. Am 26. Juli 1946 im Nationalrat stand das erste Verstaatlichungsgesetz zur Diskussion, das als Produkt eines Kompromisses von ÖVP und SPÖ unter Ausklammerung der KPÖ ausverhandelt worden war. Die KPÖ stimmte zwar dem Gesetz zu, Honner bezeichnete den Gesetzesentwurf jedoch als bestenfalls ersten Schritt. Er formulierte die Einwände der KPÖ und brachte zwei Abänderungsanträge ein, die sowohl den Umfang der Verstaatlichung als auch die Organisation der Verwaltung betrafen. Zusätzlich zu den 89 Betrieben stellte er den Antrag, weitere 130 Aktiengesellschaften und andere Unternehmungen anzufügen. Zur Verwaltung der verstaatlichten Betriebe forderte Honner ein neues Bundesministerium mit einem Gewerkschafter an der Spitze. Seine Kritik am Gesetzesentwurf von ÖVP und SPÖ konzentrierte sich darauf, dass die Interessen des ausländischen Monopolkapitals geschont werden würden.<sup>86</sup> Am 12. Oktober 1950 wiederum gelang es Honner nach der großen Streikbewegung im September und Oktober, die von Parteien, Gewerkschaft und Medien vertretene „Putschlüge“ eindrucksvoll zu widerlegen.<sup>87</sup>

Ende April 1945 gehörte Franz Honner zu den Gründungsmitgliedern des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Bis zum ÖGB-Kongress im Jahr 1948 war er als Parteienvertreter der KPÖ auch Mitglied des ÖGB-Bundesvorstands.<sup>88</sup> Am 13. Parteitag der KPÖ, der im April 1946 in Wien zusammentrat, wurde ein von Honner vorgelegtes sozialpolitisches

Forderungsprogramm beschlossen, das von den kommunistischen GewerkschafterInnen auch im ÖGB vertreten wurde. Das Programm beinhaltete Forderungen wie jene nach der Schaffung eines neuen Betriebsrätegesetzes, einer fünftägigen 40-Stunden-Arbeitswoche, Kündigungsfristen und Abfertigungen, nach einer Zusammenfassung der gesamten Sozialversicherung in einer zentralen Sozialversicherungsanstalt und nach einer Herabsetzung des Pensionsalters auf 55 bzw. 60 Jahre für Frauen bzw. Männer.<sup>89</sup>

Auch innerhalb der KPÖ nahm Franz Honner nach 1945 wieder hohe Positionen ein. 1946 wurde er zum Landesobmann der KPÖ Niederösterreich gewählt,<sup>90</sup> der neben Wien größten Landesorganisation der Partei. Als Mitglied des Sekretariats bzw. Politischen Büros gehörte Honner von 1945 bis zu seinem Tod im Jahr 1964 der engeren Parteiführung an, wo er für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zuständig war. 1945 wurde er zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt (eine Funktion, die es nur bis 1948 gab). Von 1954 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1960 war er – neben Friedl Fűrberg, Heinrich Fritz und Rudolf Richter – einer der vier Sekretäre des Zentralkomitees.<sup>91</sup> Letztere Position brachte es mit sich, dass sich Honners Schwerpunkte von der niederösterreichischen Landesorganisation auf die zentrale Ebene verlagerten. Zu seiner Entlastung wurde ihm deshalb 1954 Robert Dubovsky als geschäftsführender Obmann zur Seite gestellt, der ihm 1956 als Landesobmann der KPÖ Niederösterreich nachfolgte. Bis 1963 gehörte Honner der niederösterreichischen Landesleitung an, aus dem Sekretariat der Landesleitung – dem operativen Führungsgremium – war er bereits 1959 ausgeschieden.

Als Mitglied der engeren KPÖ-Führung war Honner auch in die internationale kommunistische Bewegung eingebunden. Im Februar 1956 gehörte er – neben Johann Koplenig und Friedl Fűrberg – der Delegation der KPÖ zum 20. Parteitag der KPdSU an, wo Nikita Chruschtschow mit den Verbrechen der Stalin-Zeit abrechnete. Im Oktober desselben Jahres war er – gemeinsam mit Friedl Fűrberg und Heinrich Fritz – zu Gast am 8. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas.<sup>92</sup> Weitere Delegationsreisen zu Parteitag von Schwesterparteien führten ihn in die DDR, nach Bulgarien und Ungarn. Es hatte sicher auch mit seiner Zusammenarbeit mit der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee in den Jahren 1944/45 zu tun, dass Hon-

ner im September 1957 gemeinsam mit Friedrich Hexmann nach Belgrad delegiert wurde, um den 1948 im Zuge des „Kominform-Konflikts“ gesetzten Bruch mit Jugoslawien wiedergutzumachen und wieder freundschaftliche Beziehungen mit den jugoslawischen GenossInnen herzustellen. Im Auftrag des Polbüros des ZK der KPÖ führten Honner und Hexmann eine Reihe von Gesprächen mit Führungsmitgliedern des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die in einer „herzlichen Atmosphäre“ verliefen.<sup>93</sup>

### „Verkörperung der Arbeiterbewegung“

Franz Honner starb am 10. Februar 1964 in Wien. „Dieses ganze, reiche, von Kampf erfüllte Leben war wie die Verkörperung der revolutionären Arbeiterbewegung in diesem Zeitalter“, charakterisierte Ernst Fischer in einem Kondolenzschreiben an Grete Kalteis das politische Wirken von Franz Honner. Im Parlament sei er „der eindrucksvolle Sprecher unserer Sache, die überzeugende Stimme der Arbeiterklasse“ gewesen.<sup>94</sup> Auch Kalteis arbeitete nach 1945 im Apparat der KPÖ: zunächst für das Zentrale Frauenkomitee der Partei und bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 1961 im Bereich der Gewerkschaftspolitik, wo sie für die Frauenarbeit zuständig war.<sup>95</sup> Kalteis war Honner in der Zeit der Krankheit vor seinem Tode, „die der Feuergeist nur schwer ertrug“, wie das ZK der KPÖ in einem Schreiben an sie festhielt, zur Seite gestanden.<sup>96</sup>

Bereits zu Lebzeiten war Franz Honner in der *Volksstimme* anlässlich eines runden Geburtstags als „Liebling und Stolz unserer Partei“ bezeichnet worden,<sup>97</sup> was einen Hinweis auf seine Popularität gibt. Honner war ein geradliniger Parteifunktionär und „mitreißender Agitator“,<sup>98</sup> der seit den frühesten Jahren seiner politischen Tätigkeit, als er in Grünbach an der Spitze von Streikbewegungen stand, die ArbeiterInnen wie ein Volkstribun begeistern konnte. Mit seinem Namen „verbinden die arbeitenden Menschen die Vorstellung der Lauterkeit und der Sauberkeit eines öffentlichen Mandatars, der immer seine enge Verbundenheit mit der Arbeiterklasse, aus der er selbst hervorgegangen ist, aufrecht erhielt und deren Anliegen in ihm ihren glühendsten Verfechter fanden“, würdigte Josef Meisel, Landessekretär der KPÖ Niederösterreich, im Februar 1964 den wenige Wochen zuvor verstorbenen KPÖ-Politiker.<sup>99</sup>

Von der anhaltenden Popularität Honners – nicht nur innerhalb der KPÖ, son-

dern auch in seiner früheren Heimat – zeugt die Tatsache, dass sich anlässlich seines 80. Geburtstags im September 1973 mehr als 1.000 Menschen in Grünbach versammelten, um unter dem Motto „Kämpfen wie Franz Honner!“ des kommunistischen Arbeiterfunktionärs zu gedenken.<sup>100</sup> Im September 1993, zum 100. Geburtstag von Franz Honner, wies der frühere KPÖ-Vorsitzende Franz Muhri mit vollem Recht darauf hin, dass das „Leben und Wirken von Franz Honner [...] ein unwiderlegbarer praktischer Beweis“ dafür seien, dass die Geschichte der KPÖ „nicht nur Fehler und Irrtümer kennt, sondern das Positive bei weitem überwiegt“.<sup>101</sup>

#### Anmerkungen:

1/ Wenn nicht durch Primärquellen ergänzt bzw. korrigiert, so fußen die biografischen Angaben in diesem Beitrag auf der (von Leopold Spira verfassten) Broschüre Franz Honner. Das Leben eines österreichischen Kommunisten, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1964] sowie auf dem Komintern-Kaderakt von Honner im Russischen Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte in Moskau (RGASPI 495/187/9, Erhebungsbogen in: Buckmiller, Michael/Meschkat, Klaus (Hg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt. Berlin: Akademie Verlag 2007, CD-ROM). Eine Zusammenfassung des Kaderakts bietet auch Tutotschkin, Juri: Mentalität und Persönlichkeit in dokumentarischen Materialien. Exemplarische Fälle, in: ebd., S. 170–191, hier S. 181–185.

2/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 19311/4, Landesgericht für Strafsachen Wien I, Prozess gegen Otto Binder und 29 weitere Angeklagte, 20 Vr 3327/35, Protokoll des 3. Verhandlungstags am 18.3.1936, Einvernahme von Franz Honner; Ein Arbeiterführer. Das Leben des Gen. Honner, in: *Die Rote Fahne*, 18. Jg. (1936), Nr. 4, S. 2.

3/ DÖW 50120/Ge1, Franz Honner an Herbert Steiner, o.D.

4/ 1. Landesparteitag Niederösterreichs am 28. Mai 1922 in Wiener-Neustadt, in: *Die Rote Fahne*, 1.6.1922, S. 3–4, hier S. 4.

5/ Glaubauf, Fritz: Episoden eines reichen Lebens, in: *Volksstimme*, 9.9.1973, S. 11–12, hier S. 11.

6/ Niederösterr. Landesparteitag, in: *Die Rote Fahne*, 24.2.1924, S. 3.

7/ Ortsgruppe Grünbach gegen die Fraktionisten, in: *Die Rote Fahne*, 16.10.1924, S. 5.

8/ Der Parteitag der Bolschewisierung, in: *Die Rote Fahne*, 15.9.1925, S. 3–6, hier S. 3; RGASPI 495/25/260/8–9, Resolution der Grünbacher Parteizelle, S. 1.

9/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 11./12.11.1949, Beilage 14, S. 3.

10/ Die Außerordentliche Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Österreichs, in: *Die Rote Fahne*, 19.11.1924, S. 3–4, hier S. 3.

11/ Menschen des Volkes. Biographien von Spitzenkandidaten der Kommunistischen Partei Österreichs, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien 1945, S. 6–8, hier S. 6; Franz Honner. Das Leben eines österreichischen Kommunisten, S. 3 und 19; Steiner, Herbert: Die Jugoslawische Kommunistische Partei im Mai 1940, in: *Zeitgeschichte*, 7. Jg. (1979), Nr. 1, S. 1–18, hier S. 2.

12/ Der neugewählte Parteivorstand, in: *Die Rote Fahne*, 16.9.1925, S. 1; Es lebe die Kommunistische Partei Österreichs!, in: *Die Rote Fahne*, 21.6.1927, S. 1.

13/ RGASPI 495/80/138/44–52, Polbüro der KPÖ: Die Lage der Partei, o.D. [März 1925], S. 44f.

14/ Aus Gruben und Hütten, in: *Der Bergmann*. Organ der Berg- und Hüttenarbeiter Deutschösterreichs, Nr. 5, 11.3.1923, S. 6–8, hier S. 8.

15/ Die revolutionäre Bergarbeitergruppe in Grünbach, in: in: *Der Rote Gewerkschafter*. Organ für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, Nr. 8, 24.2.1923, S. 7–8, hier S. 7.

16/ Ein Arbeiterführer. Das Leben des Gen. Honner, in: *Die Rote Fahne*, 18. Jg. (1936), Nr. 4, S. 2.

17/ Wie und warum die Gewerkschaftsführer der Bergarbeiter Streiks abwürgen, in: *Der Rote Gewerkschafter*, Nr. 26, 30.6.1923, S. 1–2.

18/ Die „sterbende“ Kommunistische Partei in Österreich, in: *Die Rote Fahne*, 14.9.1923, S. 3.

19/ Aus Gruben und Hütten, in: *Der Bergmann*, Nr. 7, 17.2.1924, S. 7–8, hier S. 8.

20/ Die Gemeinderatswahlen in Niederösterreich, in: *Arbeiter-Zeitung*, 1.12.1924, S. 1–2, hier S. 1.

21/ Was ist Grünbach, in: *Der Rote Kumpel*. Betriebszellenorgan Grünbach der KPÖ, Nr. 2, 1925, S. 5.

22/ Der Belagerungszustand in Grünbach. Größte Kampfschlossenheit der Arbeiterschaft, in: *Die Rote Fahne*, 20.1.1925, S. 2.

23/ E. Z.-Sch. [Erwin Zucker-Schilling]: Franz Honner, der Arbeiterführer und Volksmann, in: *Österreichische Volksstimme*, 4.9.1953, S. 3–4, hier S. 3.

24/ Der Unternehmerfaschismus von Grünbach – ein Angriff auf das Gesamtproletariat!, in: *Die Rote Fahne*, 30.1.1925, S. 1–2, hier S. 1.

25/ Vgl. ZPA der KPÖ, Polizeidirektion in Wien, Abteilung für Gefangenhausangelegenheiten, Einvernahme von Franz Honner am 30.7.1927.

26/ Der Bergmann, Nr. 10, 15.5.1927, S. 12.

27/ Vgl. RGASPI 495/80/246/37–39, Hans Volkmann: Mitgliederbestand der KPÖ in der Provinz ohne Wien, November 1929, S. 37.

28/ Betriebsratswahl in Grünbach, in: *Die Rote Fahne*, 9.11.1928, S. 2.

29/ Die Sozialdemokratie und Sowjetrußland. Die Rede Otto Bauers, in: *Die Rote Fahne*, 23.12.1925, S. 1–2.

30/ Niederösterreichisches Landesarchiv (NÖLA), Amt der n.ö. Landesregierung, Präsi-

um, XIV/219, Zl. 432/1929, Neunkirchen, kommunistische Bewegung, Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen an Amt der n.ö. Landesregierung, Zl. 93/117-G v. 8.4.1926, Russlanddelegation; Empfang am Bahnhofe in Grünbach.

31/ Im Lande der befreiten Arbeiter und Bauern. Bericht der ersten österreichischen Arbeiterdelegation nach Sowjet-Rußland 1926. Berlin: Verlag „Die Einheit“ 1926.



32/ Vgl. ZPA der KPÖ, Wiener Magistrat, Abt. 55 an die Polizeidirektion G, Honner Franz, Abschaffung, 30.9.1927.

33/ NÖLA, Zeichen XII/171b, Präs. Zl. 484/8–1925 v. 2.3.1925, Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen an die n.ö. Landesregierung, Zl. 45/11–B v. 19.2.1925, „Rote Kumpel“, Die Wahrheit, Herausgabe in Grünbach.

34/ DÖW 8050/1, Bundespolizeidirektion Wien, Honner Franz, Meldedaten und Priorsen, 30.3.1935.

35/ Hoffellner, Johann: Grinzinger Allee 7, Baracke 43, in: Festschrift zum vierzigsten Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs, hg. von der Betriebsorganisation Globus der KPÖ. Wien 1958, S. 16.

36/ Die Gegenaktionen der Arbeiterschaft, in: *Internationale Presse-Korrespondenz*, Nr. 89, 15.9.1931, S. 1986–1987, hier S. 1987.

37/ Der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs. RGO in den Wirtschaftskämpfen der Arbeiter. Referat des Genossen Honner, in: *Die Rote Fahne*, 9.7.1931, S. 6.

38/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: „Rothschild saniert – das Volk krepirt“. Die sozialökonomische Politik der KPÖ zur Zeit der Weltwirtschaftskrise. in: ders. (Hg.), *Wirtschafts- und Finanzkrisen im Kapitalismus. Historische und aktuelle Aspekte*. Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2010 (Quellen & Studien, Bd. 13), S. 45–100.

39/ NÖLA, ANÖLR, Präsidium, RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II, Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 6.12.1932.

40/ Mugrauer, Manfred: Streik im „Todesbergwerk“. Die Streikbewegung im Grünbacher Steinkohlebergwerk 1932/33, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 16. Jg. (2009), Nr. 4, S. 1–15.

41/ Streik in der Krise. Die Lehren des Grünbacher Streiks. Wien: Verlag der RGO 1933, S. 20.

42/ RGO sammelt Jutearbeiter zum Kampf, in: *Die Rote Fahne*, 9.5.1931, S. 1–2.

43/ Furcht vor dem Kommunismus, in: *Die Rote*

*Fahne*, 14.3.1933, S. 1–2, hier S. 1.

44/ ZPA der KPÖ, LG für Strafsachen Wien I, Vr 3333/33, Bundespolizeidirektion Wien, Meldung, Franz Honner, Vorführung und Hausdurchsuchung, 27.4.1933; Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, BKA Inneres, Sign. 22/Wien, Kt. 5177, Zl. 151.606/33, Bundespolizeidirektion in Wien an das BKA, Gen.dion., Abt. G.D. 1, Pr. Zl. IV–2928/33 v. 1.5.1933, Geplante Aktion der kommunistischen Partei Österreichs am 1. Mai 1933; polizeiliches Einschreiten gegen den Parteivorstand, S. 3.

45/ DÖW 5607, Bundes-Polizeidirektion in Wien an die Staatsanwaltschaft Wien I, Pr. Zl. IV–2928/33 v. 28.4.1933, Kopleinig Johann und Gen.; Verdacht nach §§ 58 und 65b St.G., S. 3 und 7; ZPA der KPÖ, Landesgericht für Strafsachen Wien I, 15 St 211/33, Vr 3333/33, Strafsache gegen Josef Laznicka u.a.

46/ ZPA der KPÖ, Landesgericht Wien I an die Schriftleitung des Wiener Täglichen Fahndungsblattes, 26b Vr 3918/33 v. 3.5.1933.

47/ ZPA der KPÖ, Landesgericht für Strafsachen Wien I, 15 St 376/33, Vr 5517/33, Bundespolizeidirektion in Wien an die Staatsanwaltschaft Wien I, Pr. Zl. IV–5116 v. 30.7.1933, Geplante hochverräterische und die öffentliche Ruhe störende Aktionen der kommunistischen Partei anlässlich des „Internationalen Antikriegstages“ am 1. August 1933; Alice Friedmann und Gen.; Verdacht nach §§ 58 b und c und 5, 65 b St.G., S. 8.

48/ ZPA der KPÖ, LG für Strafsachen Wien I, Vr 5517/33, Bundespolizeidirektion Wien, Meldung, Honner Franz, 28.7.1933.

49/ Hornik, Leopold: Der Aufruf zum Generalstreik. Das Flugblatt der Kommunistischen Partei vom 10. Februar 1934, in: *Weg und Ziel*, 32. Jg. (1974), Nr. 2, S. 57–58, hier S. 57.

50/ RGASPI 495/80/405/17–24, Der XII. Parteitag der KPÖ, o.D. [1934], S. 23.

51/ ZPA der KPÖ, Bundespolizeidirektion in Wien an das Landesgericht für Strafsachen Wien I, Pr. Zl. IV–5798/35 v. 12.6.1935, Hexmann Friedrich, Honner Franz, Loistl Franz, Täubl Johann; Kurrende; Widerruf, S. 1f.

52/ DÖW 8050/1, Bundespolizeidirektion in Wien an Staatsanwaltschaft Wien I, Pr. Zl. IV–3976/35 v. 20.4.1935, Sailer Karl Hans und Genossen; Verbrechen des Hochverrates, Störung der öffentlichen Ruhe, Vergehen der Geheimbündelei, S. 19.

53/ DÖW 19311/1, Landesgericht für Strafsachen Wien I, Urteil gegen Otto Binder und 29 weitere Angeklagte, 20 Vr 3327/35 v. 24.3.1936, S. 6.

54/ Aus besonderem Holz, in: *Volksstimme*, 5.11.1978, S. 11; Stern, Max: Geschichte wird gemacht. Vom Lehrlingsstreik 1919 zum Freiheitsbataillon 1945. Wien: Globus Verlag 1988 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 2), S. 61–68.

55/ RGASPI 495/187/2971, Margarete Kalteis: Lebenslauf, 15.9.1944 (Kopie in DÖW 22865/61).

- 56/ Honner, Franz: Die Flucht aus Wöllersdorf, in: *Österreichische Volksstimme*, 16.5.1952, S. 4; Fűrberg, Friedl: Franz Honner – ein revolutionärer Arbeiterführer, in: *Weg und Ziel*, 31. Jg. (1973), Nr. 9, S. 334–338, hier S. 336.
- 57/ Honner, Franz: Die Internationalen Brigaden und das „12.-Februar“-Bataillon, in: *Weg und Ziel*, 13. Jg. (1955), Nr. 6, S. 449–453.
- 58/ RGASPI 495/74/9/3, Verzeichnis der auf der Parteikonferenz im August 1937 gewählten ZK-Mitglieder der KPÖ, 19.5.1938.
- 59/ Brief des Gen. Honner von der Madrider Front, in: *Die Rote Fahne*, 19. Jg. (1937), Nr. 8, S. 5.
- 60/ DÖW 20000/H613, Bundes-Polizeidirektion in Wien, Bescheid v. 25.10.1937, Honner Franz, Ausbürgerung; auch abgedruckt in: *Spanien heute*, Nr. 4/1983, S. 11.
- 61/ DÖW 50120/X47, Margarete Kalteis: Erinnerungen an den Aufenthalt des Genossen Honner in Jugoslawien in der Zeit vom Oktober 1939 bis Mai 1940, März 1979, S. 1f.; ZPA der KPÖ, Margarete Kalteis: [Bericht über Franz Honner], 3.6.1987, S. 6–9.
- 62/ RGASPI 495/80/559/49–55, Franz Honner: Bericht über die Grenzarbeit der Partei nach Österreich, o.D. [Juni 1940]; BArch, R 3017/24824, Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien, B.Nr. 200/41–II A 1 v. 12.12.1941, Betrifft: Erwin Puschnann, kommunistische Betätigung, Schlussbericht, S. 4.
- 63/ ZPA der KPÖ, Franz Honner: Parteibericht aus Jugoslawien, 1.6.1940. Vgl. dazu Steiner, Herbert: Die Jugoslawische Kommunistische Partei im Mai 1940, in: *Zeitgeschichte*, 7. Jg. (1979), Nr. 1, S. 1–18.
- 64/ Quittner, Genia: Weiter Weg nach Krasnogorsk. Schicksalsbericht einer Frau. Wien, München, Zürich: Verlag Fritz Molden 1971, S. 241–259, hier S. 247.
- 65/ Köstenberger, Julia: Der deutsche Sektor an der „Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens“ in Moskau (1921–1936). ÖsterreicherInnen an einer sowjetischen Kadenschule. Diplomarbeit Universität Wien 1999, S. 34.
- 66/ RGASPI 495/187/2971, Margarete Kalteis: Lebenslauf, 15.9.1944.
- 67/ Österreichische Kriegsgefangenenkonferenz am 4. Jahrestag der Okkupation, in: *Zeitspiegel*, Nr. 14, 4.4.1942, S. 1.
- 68/ RGASPI 495/12/29/1–7, Franz Honner: Bericht über meine Arbeit unter den österreichischen Kriegsgefangenen des Gefangenenlagers 99, 25.5.1942.
- 69/ Z.B. Vorwärts zum Volkskrieg gegen Hitler, in: *Zeitspiegel*, Nr. 10, 20.3.1943, S. 5.
- 70/ ZPA der KPÖ, Flugblatt der KPÖ „Österreicher zu den Waffen“, 21.7.1944.
- 71/ ZPA der KPÖ, Franz Honner an die Organisationen, Leitungen, Funktionäre und Mitglieder der KPÖ in Kärnten und Steiermark, 22.8.1944.
- 72/ ZPA der KPÖ, Boris Butina: Das I. Österreichische Bataillon, Ljubljana, Mai 1981, S. 4.
- 73/ Holzer, Willibald Ingo: Die österreichischen Bataillone im Verbands der NOV i POJ. Die Kampfgruppe Avantgarde/Steiermark. Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz. Dissertation Universität Wien 1971; Fűrberg, Friedl: Österreichische Freiheitsbataillone. Österreichische Nation. Wien: Globus Verlag 1975.
- 74/ ZPA der KPÖ, Steier! Kärnten! Österreicher! Aufruf des Landeskomitees der Österreichischen Freiheitsfront (ÖFF) für Steiermark und Kärnten; vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Das Landeskomitee der Österreichischen Freiheitsfront für Steiermark und Kärnten, in: *Österreich in Geschichte und Literatur*, 61. Jg. (2017), Nr. 3, S. 248–259.
- 75/ Mugrauer, Manfred: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006, S. 50–52.
- 76/ Franz Honner. Das Leben eines österreichischen Kommunisten, S. 39. In ähnlicher Textierung in Fischer, Ernst: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955. Wien, München, Zürich: Molden 1973, S. 68f.
- 77/ Österreichische Nationalbibliothek (ÖNB), Österreichisches Literaturarchiv (ÖLA), 37/B152, Ernst Fischer an Grete Kalteis, 11.2.1964, S. 1.
- 78/ „... im eigenen Haus Ordnung schaffen“. Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, hg. von Gertrude Enderle-Burcel, Rudolf Jeřábek und Leopold Kammerhofer. Horn, Wien: Verlag Ferdinand Berger & Söhne 1995 (Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Bd. 1), S. 100.
- 79/ Hautmann, Hans: Kommunisten und Kommunistinnen in der Wiener Polizei, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 19. Jg. (2012), Nr. 2, S. 11–25; Mugrauer, Manfred: Die Politik der KPÖ 1945–1955. Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2020 (Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 14), S. 286–294.
- 80/ Hautmann, Hans: Der Polizeiliche Hilfsdienst für die Kommandantur der Stadt Wien im Jahr 1945, in: ders. (Hg.): Die Alfred Klahr Gesellschaft und ihr Archiv. Beiträge zur österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2000 (Quellen & Studien 2000), S. 277–346, hier S. 293f. (Hervorhebung im Original).
- 81/ Wiener Polizei oder Polizei gegen die Wiener? hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien 1945, S. 7.
- 82/ Honner, Franz: Zehn Jahre wieder Österreich, in: *Österreichische Volksstimme*, 23.4.1955, S. 1–2, hier S. 2; Wer hat die Kriegsgefangenen heimgebracht?, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1949], S. 3.
- 83/ Mugrauer: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung, S. 121.
- 84/ Franz Honner. Das Leben eines österreichischen Kommunisten, S. 45.
- 85/ Hautmann, Hans: Die KPÖ im Parlament, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 17. Jg. (2010), Nr. 2, S. 1–10, hier S. 4 und 8.
- 86/ Stenographisches Protokoll. 30. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 26.7.1946, S. 699–711; Was die Kommunisten beantragten. Und die SP und die ÖVP ablehnten, in: *Österreichische Volksstimme*, 27.7.1946, S. 1.
- 87/ Stenographisches Protokoll. 31. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VI. Gesetzgebungsperiode, 12.10.1950, S. 1104–1113. Dazu auch: Nationalrat Franz Honner: Kommunistische „Putschpläne“ reine Erfindungen, in: *Österreichische Volksstimme*, 10.10.1950, S. 1.
- 88/ Tätigkeitsbericht 1945–1947 und Stenographisches Protokoll des Ersten Kongresses des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1948, S. 1/11.
- 89/ Die sozialen Forderungen der Arbeiter und Angestellten. Referat des Genossen Nationalrat Franz Honner (Stellvertretender Vorsitzender der KPÖ) auf dem 13. Parteitag der KPÖ und Sozialpolitische Mindestforderungen der Kommunistischen Partei Österreichs, vom 13. Parteitag einstimmig angenommen, hg. vom Zentral-Komitee der KPÖ. Wien 1946.
- 90/ ZPA der KPÖ, 1. Niederösterreichischer Landesparteitag der KPÖ am 23./24.3.1946, Die Landesleitung der Landesorganisation N.Ö.
- 91/ Mugrauer, Manfred: Die „Moskauer Clique“ – und weitere Legenden. Zur Struktur der KPÖ-Führung nach 1945, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 24. Jg. (2017), Nr. 1, S. 13–28, hier S. 14–16, 23 und 25; ZPA der KPÖ, Notiz, 30.4.1960.
- 92/ Mugrauer, Manfred: Partei in Bewegung. 100 Jahre KPÖ in Bildern. Wien: Globus-Verlag 2018, S. 288 und 320.
- 93/ Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Kommunisten Österreichs und Jugoslawiens, in: *Volksstimme*, 27.9.1957, S. 1.
- 94/ ÖNB, ÖLA, 37/B152, Ernst Fischer an Grete Kalteis, 11.2.1964, S. 2.
- 95/ ZPA der KPÖ, Personalsbüro des ZK, 25.5.1961.
- 96/ ZPA der KPÖ, ZK der KPÖ an Grete Kalteis, 17.6.1971.
- 97/ Franz Honner 55 Jahre alt, in: *Österreichische Volksstimme*, 4.9.1948, S. 2.
- 98/ Hexmann, Friedrich: Franz Honner zum 10. Todestag, in: *Volksstimme*, 10.2.1974, S. 11.
- 99/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Parteikonferenz der KPÖ Niederösterreich am 29.2.1964, Beilage: Eröffnungsrede von Josef Meisel, S. 2.
- 100/ „Kämpfen wie Franz Honner!“ Mehr als 1000 Menschen bei Veranstaltung in Grünbach, in: *Volksstimme*, 9.9.1973, S. 2.
- 101/ Kurzansprache von Franz Muhri bei Kranzniederlegung am 2.9. '93 anlässlich des 100. Geburtstag von Franz Honner, in: *Argument*. Informationsblatt der KPÖ, Nr. 34, 7.9.1993, S. 7.

# Die KPÖ im Februar 1934 im Spiegel interner Berichte

HANS-PETER WEINGAND

Die KPÖ wurde bereits am 26. Mai 1933 vom austrofaschistischen Dollfuß-Regime verboten und in die Illegalität gedrängt. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass der Forschung dennoch eine Edition von 42 Dokumenten zum Februar 1934 und seinen Folgen (14. Februar bis 6. April 1934) zur Verfügung steht.<sup>1</sup> Ein Entstehungshintergrund dieser Quellen ist die enge Einbindung der KPÖ in die Kommunistische Internationale und das damit in Zusammenhang stehende ausgeprägte Berichtswesen.

Die internen Berichte stammen aus zwei unterschiedlichen Überlieferungen: 65 Blatt sind im Bundesarchiv Berlin aus dem Bestand des Zentralen Parteiarchivs der SED zugänglich.<sup>2</sup> Zumindest Teile dieser Berichte stammen aus dem Bestand der KPÖ im früheren Archiv der Kommunistischen Internationale in Moskau (heute Russisches Staatsarchiv für politische und soziale Geschichte).<sup>3</sup> Kopien dieser Dokumente wurden sowohl der SED als auch der KPÖ für ihre Parteiarchive zur Verfügung gestellt. Interessant ist, dass diese Berichte für das 1984 zeitgleich in Berlin und Wien erschienene Buch von Winfried R. Garscha und Hans Hautmann über die Februarkämpfe nicht verwendet wurden.<sup>4</sup> Weitere Berichte im Umfang von 36 Seiten befinden sich seit 1965 im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.<sup>5</sup> Sie wurden dem DÖW von Ilona Duczynska übergeben.<sup>6</sup> Duczynska war nach dem Februar 1934 im illegalen Schutzbund engagiert und an der Produktion der Schutzbund-Zeitung „Der Sprecher“ beteiligt. Als sie im Februar 1936 nach London emigrierte, wurden ihr „Kampfberichte aus den Februartagen und Organisationsberichte des Schutzbunds aus den ersten Wochen nach den Kämpfen“ zur Verwahrung im Ausland übergeben.

Die Berichte stammen teilweise von lokalen KPÖ-Funktionären, die meist nur mit Decknamen vorkommen. Diese neigen oft zur Idealisierung und Übertreibung. Teilweise stammen sie von so genannten Instrukteuren, deren Aufgabe es war, die Parteiorganisationen vor Ort inhaltlich wie organisatorisch anzuleiten.

Diese Berichte fallen deshalb oft recht beckmesserisch aus. Die folgende Dokumentation fokussiert auf wenig bekannte Details der Februarereignisse, die aus den KPÖ-internen Berichten hervorgehen.

## Die Februartage

Nach einer Inspektion von Schutzbundgruppen in Wien Anfang Februar 1934 und Gesprächen mit Schutzbundführern, die an die Stelle der schon verhafteten Bezirksführer getreten waren, verweigerte Theodor Körner die ihm angetragene Schutzbandleitung. Am Sonntag, dem 11. Februar, informierte er Otto Bauer, so seine Erinnerung, „daß der Schutzbund nicht wisse, was in einem Ernstfall geschehen solle“ und dass „von einer Erregung in der Arbeiterschaft keine Spur wahrzunehmen sei, daß in der Bevölkerung alles niedergeschlagen und verprügelt sei, infolge des ständigen Zurückweichens vor der Polizei bei den Demonstrationen, zu denen doch zuletzt nur mehr die Vertrauensmänner gekommen seien“: „Aufgrund der Prüfung der 6–7 Bezirke rate, ja beschwöre ich ihn, es auf keinen Fall zu einem Zusammenstoß kommen zu lassen.“<sup>7</sup>

An diesem 11. Februar 1934, spätnachts, überbrachten Boten Otto Bauer in Wien das berühmte Ultimatum von Richard Bernaschek aus Linz. Dieser habe den Brief nach Gesprächen mit den Schutzbundführern von Linz, Steyr, Wels, Attnang und aus dem Kohlrevier verfasst, den Parteivorstand in Linz hatte er nicht informiert. Der Inhalt: Wenn morgen, Montag, es in Oberösterreich zu einer Waffensuche komme oder Vertrauensmänner des Schutzbundes oder der Partei verhaftet werden würden, „wird gewaltsamer Widerstand geleistet und in Fortsetzung des Widerstandes zum Angriff übergegangen werden“. Der Parteivorstand solle der gesamten Arbeiterschaft das Zeichen zum Losschlagen geben: „Wenn die Wiener Arbeiterschaft uns im Stiche läßt, Schmach und Schande über sie.“<sup>8</sup> Bernaschek wurde via Boten und telefonisch ausgerichtet, er solle nichts unternehmen und nach Wien kommen. Dies wurde abgehört, war den Behörden bekannt, weshalb die Polizei sich bewusst entschied, in Linz mit der

Waffensuche im Hauptquartier der Sozialdemokratie, im Hotel Schiff, zu beginnen. Bernaschek konnte dies noch telefonisch melden, wurde aber mit anderen Linzer Schutzbundführern schon in den frühen Morgenstunden des 12. Februar dort verhaftet.<sup>9</sup>

Von „Generalstreik!“ war am Montag, dem 12. Februar, einem klaren, meist sonnigen Wintertag, auf fast allen Zeitungstitelseiten zu lesen. Doch es ging um Frankreich und nicht um Österreich: Nach regierungsfeindlichen Großdemonstrationen rechter Verbände hatten dort Sozialdemokraten, Kommunisten, die ihnen nahestehenden Gewerkschaften und die Liga für Menschenrechte zur Verteidigung der Republik aufgerufen. Er verlief in Frankreich friedlich und war ein Sieg der demokratischen Kräfte.<sup>10</sup>

In Österreich scheiterte dies bereits in Linz und in Oberösterreich trotz angeblicher vorheriger Absprachen von Bernaschek mit den Schutzbundkommandanten: „Der Generalstreik war zusammengebrochen: die Züge fuhren, Strom- und Wasserversorgung funktionierten. Und: man hatte den Gegner offensichtlich unterschätzt. Die Schutzbündler hatten mit der Heimwehr gerechnet; am 12. Februar standen sie dem Militär und der Polizei gegenüber.“<sup>11</sup>

In Linz hatten sich ab Anfang Februar vermehrt Schutzbundführer im „Hotel Schiff“ getroffen, was auch der KPÖ nicht verborgen blieb: Sekretariat und die Linzer KP-Stadtparteileitung kamen zur Einschätzung, dass „das militärische Spiel“ des Schutzbundes hauptsächlich ein Manöver sei, um einerseits die revolutionäre Stimmung zu beruhigen und andererseits ein Druckmittel zu haben, um in die Vaterländische Front einbezogen zu werden. Ein Losschlagen sei aus irgendeinem Anlass durch untere Schutzbund-Organen möglich, wenn auch sehr unwahrscheinlich. In so einem Fall wollte man sich im Gasthaus „Zur Stadt Linz“ treffen. (Dok. 30) Putschistische Tendenzen, die im Umfeld von Bernaschek einflussreich waren, lehnte die KPÖ ab.<sup>12</sup>

## Die KPÖ in Oberösterreich

Folgt man den KPÖ-internen Berichten, so war die Situation lokal recht un-



Schlinger-Hof in Wien-Floridsdorf

terschiedlich: Die Generalstreikparole der KPÖ war in Linz auch am Vormittag nur wenigen Leuten bekannt, und selbst während der Schießereien wusste abgesehen von den direkt Beteiligten kaum jemand, was eigentlich los war. Die Arbeit wurde nur in wenigen Betrieben niedergelegt, Kommunisten gelang hier die Streikmobilisierung in der Tabakfabrik und der Werft. (Dok. 16) Der Versuch, bei den Kämpfen führend teilzunehmen und eine offensive Strategie durchzusetzen, scheiterte jedoch an den jeweiligen Schutzbund-Leitungen, die lediglich auf die Verteidigung der SDAP-Häuser eingestellt waren. Beteiligte Kommunisten mussten sich diesen Anordnungen fügen. In Urfahr wurde Nicht-Schutzbündern sogar die Teilnahme an den Kämpfen verwehrt. (Dok. 22 und 30) Kritisch wurde betont, dass es nicht gelungen sei, die Arbeiter im größeren Ausmaß zu erreichen. (Dok. 22) Diese Selbstkritik gab es auch im Kohlenrevier (Dok. 13) und in Wels (Dok. 6). In Steyr erklärte der Polleiter einen Kampf für aussichtslos (Dok. 26) (und wurde aus der Partei ausgeschlossen), ähnliches geschah in Stadl-Paura. (Dok. 6)

Ein Bericht aus Attnang-Puchheim von Karl Sulzberger, dem Schutzbundkommandanten des Bezirks Vöcklabruck, macht deutlich, in welcher Lage sich Personen mit dieser Verantwortung befanden. In Attnang-Puchheim war zunächst alles gut gelaufen: Um 8.30 Uhr wurde man über die Lage in Linz verständigt, Sirenen gaben das Zeichen zum Generalstreik, Züge wurden angehalten und kontrolliert und ohne einen

Schuss abzugeben, besetzten 150 Schutzbündler Bahnhof, Post, Gemeinde und Gendarmerie. Doch dann kam, mit kaum 10 Minuten Verspätung, der 11-Uhr-Zug von Wien in Attnang an: „In Wien kein Streik bei der Bahn, in St. Pölten kein Streik, in Linz kein Streik, in Wels kein Streik, nur in Attnang-Puchheim steht der ganze Betrieb. Was ist zu tun? Es war eine meiner schwersten Entscheidungen im Leben. Soll ich den Kampf absagen, soll ich den Kampf weiterführen? Was ist damit genutzt, was wird damit geschadet? Ich kam zu dem Entschluß, den Kampf zu beenden, weil es keine Möglichkeit gibt, wenn der Streik nicht hundertprozentig durchgeführt wird.“<sup>13</sup> Interessant daran: Karl Sulzberger, ein Vertreter der Linksopposition in der SDAP, war bereits im Sommer 1933 der KPÖ beigetreten, hatte jedoch im Auftrag der Partei die Doppelmitgliedschaft beibehalten.<sup>14</sup> Solch schwerwiegenden Entscheidungen trafen also auch Kommunisten.

### Gescheiterter Generalstreik

Angesichts der Ereignisse in Oberösterreich beschloss in Wien das sechsköpfige Exekutivkomitee der Sozialdemokratischen Partei den Generalstreik als Signal zum Aufstand – und auch die drei Wochen vorher beschlossene Warte-pause: Der Schutzbund solle sich in Bereitschaft halten, die Waffen bereitstellen, diese aber nur im Fall eines Angriffs einsetzen. Denn am 24. Jänner war man bei einer Führerbesprechung des Wiener Schutzbunds noch von einem wohlorganisierten Generalstreik ausgegangen, nach dessen Ausrufung der Schutzbund zwölf Stunden bewaffnet warten sollte, um dessen Wirkung zu überprüfen und wohl um der Parteiführung eine Möglichkeit für Verhandlungen zu bieten.<sup>15</sup> Rosa Jochmann schilderte Otto Bauer als „handlungsunfähig“: „Er war vollständig zerstört, er hat nur immer wieder gesagt: ‚Was wird das für Blut und Opfer kosten.‘“<sup>16</sup>

Als Signal stellten um 11.46 Uhr die städtischen E-Werk-Arbeiter in Wien den Strom ab. Dies war nicht von langer Dauer, gestreikt wurde nur in den städtischen Betrieben und in einigen Industriebetrieben in den Außenbezirken. Um 13 Uhr kam es beim Sandleitenhof in Ottakring zu ersten Kampfhandlungen.<sup>17</sup> Zu dieser Zeit hatte das Bundesheer bereits die Wiener Innenstadt und die Regierungsgebäude abgesichert. Über Rundfunk wurde ab 14 Uhr über das verhängte Standrecht berichtet, es gab Appelle

an die Eisenbahner und Aufrufe an die Mitglieder der Heimwehren, sich geschlossen an den Aktionen der Regierung zu beteiligen.<sup>18</sup>

Bei einem Routinetermin bei Bundeskanzler Dollfuß erklärte der sozialdemokratische Kärntner Parteiführer, Landeshauptmann-Stellvertreter Mathias Zeinitzer, seinen Austritt aus der SDAP und befürwortete auch deren Auflösung. Er gründete im März in Klagenfurt einen „Freien Arbeiterbund Österreichs“, der aber nur bis Juli Bestand hatte.<sup>19</sup> Ähnlich verhielt sich auch die Führung der SDAP in Vorarlberg, die eine Loyalitätserklärung für die Regierung abgab.<sup>20</sup> Dazu kam der Verrat des Wiener Schutzbund-Kreisleiters Eduard Korbelt, der für seine sechs Bezirke die ihm unterstellten Kommandanten und die Waffenlager an die Behörden verriet. Die Regierungspropaganda verbreitete eine Erklärung von Korbelt gegen die „Gewaltmethoden der bisherigen Führer der Partei“ am 13. Februar als Flugblatt.<sup>21</sup> Am späten Abend gab Justizminister Kurt Schuschnigg via Radio die „zündende Parole, die Brücken schlägt von Herz zu Herz und von Verstand zu Verstand: ‚Es lebe das Vaterland es lebe Österreich‘“, da „die überwältigende Mehrheit des Volkes mit den Aufrührern nichts zu tun haben“ wollte. Dann folgte ein „Aufruf der Führer der Kärntner Sozialdemokraten, die nunmehr erkannt hatten, welche verbrecherische Wege eine verantwortungslose Führung gegangen war.“<sup>22</sup> Propagandistisch konnten Schutzbund und Sozialdemokratie mangels Zugriff auf Rundfunk und Zeitungen nichts entgegensetzen.

Otto Bauer, der führende Sozialdemokrat, setzte sich in der Nacht zum 14. Februar nach Břeclav in der Tschechoslowakei ab.<sup>23</sup> Zur Sinnstiftung der Februarereignisse aus Sicht der österreichischen Sozialdemokratie verfasste er bis 19. Februar die Schrift „Der Aufstand der österreichischen Arbeiter“, die bald darauf in Prag als Broschüre erschien.<sup>24</sup>

### Die KPÖ in Wien

Von Seiten der KPÖ waren in Wien am 11. Februar, einem Sonntag, in den Bezirken Konferenzen abgehalten worden. Von der Stadtparteileitung wurde, wohl im Vertrauen auf den Aufruf zum Generalstreik in der *Roten Fahne*, auf mögliche Streiks am Montag oder Dienstag aufmerksam gemacht. Doch von den Ereignissen am nächsten Tag war die KPÖ dann völlig überrascht.

Die internen Berichte sprechen von einem Versagen der Parteiorganisation in

Margareten, Simmering, Brigittenau, Hernals und Ottakring. In Leopoldstadt, Alsergrund, Hietzing und Brigittenau sei immerhin gewisse Agitation gelungen. Unabhängig vom Versagen der Bezirksleitungen kämpften einige Kommunisten in Simmering, auch in Ottakring kämpften Teile der KPÖ gemeinsam mit den Schutzbündlern. Beteiligung an den Kämpfen gab es auch in Landstraße, in Meidling konnten Kommunisten in Kampfgruppen sogar die Führung übernehmen. Eine führende Rolle in den Kämpfen billigten die internen Berichte der KPÖ in den Bezirken Favoriten und Floridsdorf zu, teilweise gab es sogar gemeinsame Komitees. Es gelang den KPlern jedoch auch in diesen Hochburgen der Februarkämpfe nicht, die Schutzbündler zu einer offensiven Strategie zu bewegen, schildert ein Sammelbericht, der am 21. Februar einlangte. (Dok. 3) In späteren Berichten wird auch der KPÖ in Döbling eine führende Rolle attestiert. (Dok. 24) In Simmering konnte bereits am Montag eine neue Sondernummer der *Roten Fahne* und ein Flugblatt verteilt werden und durch Streik am Franz-Josefs-Bahnhof gelang es, diese Verkehrsverbindung zu stoppen. In der Ankerbrotfabrik in Favoriten wurde von den Schutzbündlern ein Arbeiter gewählt, der kurz vorher der KPÖ beigetreten war. Eine offensive Strategie einzuschlagen, gelang auch hier jedoch nicht. (Dok. 3)

Ein aufschlussreicher Parameter für die Beteiligung von Kommunisten an den Kämpfen in Wien sind Ermittlungen der Staatspolizei zu den Toten und Verwundeten. Bei 127 toten ZivilistInnen (das schließt sowohl Aufständische als auch unbeteiligte PassantInnen ein) wurden 36 der Sozialdemokratie (ohne Schutzbündler zu sein) zugeordnet, 16 dem Schutzbund und sechs der KPÖ. Bei den Verwundeten, die der Staatspolizei bekannt wurden, ermittelten diese 122 Mitglieder der Sozialdemokratie, 19 Schutzbündler und vier Kommunisten. Hautmann bewertete diese Zahlen 1984 so, dass Schutzbündler und Kommunisten offenbar nur in schwerwiegenden Ausnahmefällen Verwundete der Exekutive überließen.<sup>25</sup> Da nicht anzunehmen ist, dass alle diese KPÖ-Mitglieder passive Opfer von z.B. Artilleriebeschuss auf Arbeiterwohnungen waren, bestätigen diese Zahlen die Angaben in den internen Berichten zur aktiven Beteiligung von Kommunisten an den Kämpfen in Wien. Kurt Bauer hat bei seinen Forschungen über die Todesopfer des Februaraufstands folgende Personen bei



Der Karl-Marx-Hof in Wien-Döbling unter Artilleriebeschuss des Bundesheeres

den Aufständischen mit KP-Bezug ermittelt: In Wien Josef Angerer, Viktor Klose, Franz Villa und Franz Wagner sowie in Oberösterreich Andreas Krobot-schek, Franz Mayer und Josef Skrabal.<sup>26</sup>

### Steiermark und Niederösterreich

Graz war der einzige Ort, an dem der Aufruf zum Generalstreik überhaupt gedruckt wurde. Dort kam es am frühen Nachmittag im Bezirk Lend und in den damaligen Umgebungsgemeinden Eggenberg und Gösting zu Kämpfen. Dort war die *Jungfront* als Teil der Linksoption in der Sozialdemokratie rund um den jungen Gewerkschafter Willy Scholz stark. Die Grazer KPÖ betrachtete Scholz als „kleinen Bonzen“ und lehnte auch die kämpferischen Flugblätter dieser Gruppe als „Manöver“ ab. Deswegen beteiligte sich die Parteiorganisation auch nicht an den Kämpfen, nur der Kommunistische Jugendverband setzte Aktivitäten. Am Nachmittag war es jedoch praktisch unmöglich, den einzelnen Zellen die Order zur Beteiligung an den Kämpfen zu übermitteln. (Dok. 31)

Für Bruck an der Mur und Leoben wurde KPÖ-intern ein Versagen der Gebietsleitung konstatiert, die kaum Kontakt zu den Ortsgruppen hatte. (Dok. 21) In Judenburg war man immerhin im „Aktionsausschuss“ vertreten, in Knittelfeld war der Einfluss zu klein, um die Empörung der Arbeiter in Taten umzusetzen. (Dok. 8) Während in Leoben ein Flugblatt der KPÖ vom 13. Februar zur Niederlegung der Arbeit und zum bewaffneten Kampf zur „Beseitigung der faschistischen Henkerregierung“ aufrief,<sup>27</sup> wurde sonst mangelnde Propaganda kritisiert. (Dok. 21)

Die Berichte aus Niederösterreich beklagen vor allem die Untätigkeit des Schutzbunds in Baden (Dok. 1), Mödling (Dok. 16), Schwechat (Dok. 9), Berndorf und Pottenstein. (Dok. 30a) Aus Waidhofen-Böhlerwerk überliefern die Berichte eine Episode, welche zeigt, dass die Konfliktlinien unter den Arbeitern nicht unbedingt zwischen Splern und KPlern lagen – sondern eher zwischen Leuten, die Arbeit hatten und Arbeitslosen: KPlern und Schutzbündler zwangen die Arbeiter, den Betrieb zu verlassen und beschimpften sie als Schuffte. Diese wiederum verwiesen auf die fahrenden Züge und erklärten, sie würden sofort streiken, wenn es einen wirklichen Generalstreik gäbe, d.h., wenn die Eisenbahn nicht fahren würde. Jene KPlern, die in den Betrieb gingen, um ihn stillzulegen, wurden von Meistern denunziert. (Dok. 18) In den KPÖ-Berichten aus Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg konnte zwar teilweise viel geschrieben, jedoch kaum etwas Relevantes zu Kampfhandlungen berichtet werden.

### Rote Hilfe

Die Kommunistische Internationale veröffentlichte am 8. März 1934 auf Basis der bis zum 22. Februar vorliegenden internen Berichte (Dok. 1 bis 16) in ihrem in der Schweiz erscheinenden offiziellen deutschsprachigen Organ *Rundschau* unter dem Titel „Der Februaraufstand der österreichischen Arbeiterschaft. Die Generalprobe der österreichischen Revolution“ eine Sonderbeilage und einen „Aufruf über die Ereignisse in Österreich“: „Die Arbeiterklasse der Welt und die Kommunistische Internationale zollen eurem Heldenmut höchste Anerkennung und senken ihre Fahnen an

der Bahre der Gefallenen. Von der Sozialdemokratie verraten, habt ihr wie Löwen gekämpft für die Sache des Sozialismus [...] Ihr habt den Faschismus nicht gebrochen, aber seine freche Zuversicht schwer erschüttert. Durch euren Aufstand beseelt, erheben sich zehntausende und hunderttausende Arbeiter anderer kapitalistischer Länder gegen die faschistische Reaktion.<sup>428</sup>

Unmittelbar nach den Februartkämpfen wurden über die Kommunistische Internationale Mittel für die österreichischen ArbeiterInnen aufgetrieben.<sup>29</sup> In der Sowjetunion fanden in Betrieben Solidaritätskundgebungen statt und die KP-nahe *Rote Hilfe*<sup>30</sup> rief im Rahmen der Aktion „Ein Stundenlohn pro Woche für die Opfer der Kämpfe in Österreich“ zu Geldsammlungen auf. Sie stellte schon Anfang März eine Million Schilling zur Verfügung.<sup>31</sup> Dies würde aktuell ca. 3,54 Millionen Euro Kaufkraft entsprechen.

Zeitgleich erschienen Erzählungen von Schutzbündlern über die Kämpfe in Österreich in der sowjetischen Presse.<sup>32</sup> Am 10. März 1934 entschied das Politbüro der sowjetischen KP, alle Schutzbündler aufzunehmen, die nicht der Spionage verdächtigt waren.<sup>33</sup> Die Februarereignisse wurden für einige Zeit zu einem der wichtigsten Themen der sowjetischen Publizistik. So wurde die Beschreibung des Durchbruchs einer Gruppe Schutzbündler in Richtung tschechischer Grenze – der „Marsch der 47“ – zur Grundlage von Theateraufführungen in sowjetischen Schulen.<sup>34</sup> Die Erlebnisse von Schutzbündlern wurden für Artikel und Broschüren verwendet und mit Texteschüben über den „Verrat der Sozialdemokraten“ und über den „Weitblick der Kommunisten“ ergänzt. Nun würden sich die Schutzbündler in der Sowjetunion „auf die zukünftigen und bald bevorstehenden Kämpfe für ein sowjetisches Österreich, für einen Weltoktober vorbereiten“.<sup>35</sup>

Zur Unterstützung wurde um zehn Groschen auch die Zeitschrift *Tribunal. Organ der Roten Hilfe* verkauft. Ende April wurde berichtet, dass bereits 5.900 Familien unterstützt wurden – finanziert zu zwei Drittel aus der Sowjetunion und anderen internationalen Spenden.<sup>36</sup> In Graz erschien im April eine eigene Zeitschrift „Der Rote Ankläger“. Hier wurde nicht nur dazu aufgerufen, zum 1. Mai einen Stundenlohn für den „Weissel-Wallisch-Stanek-Fond“ der *Roten Hilfe* zu spenden. Der 1. Mai 1934 sei als „Kampftag für die Befreiung der proletarisch-politischen Gefangenen“ zu sehen,

als „eine Etappe auf dem Wege vom Februar-Aufstand zum bolschewistischen, roten Oktober“.<sup>37</sup> Die *Rote Hilfe* verkaufte auch Spendenmarken bzw. Postkarten mit Bildern hingerichteter Schutzbündler.<sup>38</sup>

In der Sowjetunion wurden die Schutzbündler als Helden empfangen und bis 1935/36 in eigenen Institutionen wesentlich besser als durchschnittliche SowjetbürgerInnen versorgt.<sup>39</sup> In Moskau erschienen die Broschüren „Österreich im Aufstand. Der Heldenkampf des österreichischen Proletariats“ und „Die Februartkämpfe in Floridsdorf“ (1935). Eingeleitet von Ernst Fischer („Peter Wieden“) kamen 1936 im Buch „Schutzbundkämpfer erzählen vom Februar 1934“ 17 Schutzbündler mit ihren Beiträgen zu Schauplätzen in Wien, Oberösterreich und Steiermark zu Wort.

### Internationale Arbeiterhilfe

Für Unterstützung vor Ort wurde in Österreich auch die *Internationale Arbeiterhilfe* (IAH) wiederaufgebaut, die im Herbst 1933 zerschlagen worden war. Im Laufe des Jahres konnten in vier proletarischen Bezirken Wiens 500 zahlende Mitglieder gewonnen werden, in Graz 150. Zu den Aufgaben der österreichischen Sektion zählte auch „die stärkere Erfassung sozialdemokratischer Schichten durch die IAH und ihre Heranführung an die Partei“.<sup>40</sup> In Wien wurden „Kleinküchen“ zur Versorgung von je zwei Erwachsenen und sechs Kindern eingerichtet, es gab Milchaktionen für Kinder, eine Kleiderhilfsaktion und Lebensmittelpakete. Aufgebaut wurde die Versorgung der Kinder von Februaropfern im Ausland, was von den Behörden durch die strenge Kontrolle bei Kinder- und Familienpässen erschwert wurde. Dabei sah man sich auch im ideologischen Kampf mit regierungsnahen und kirchlichen Aktivitäten, wie der Fey-Aktion.<sup>41</sup> Den propagandistischen Hilfsaktionen von rechter Seite wurde mit Propaganda gekontert: „Straßensammlungen für den ‚Josefstisch‘ – Schaffung eines Hilfsfonds vom Erzbischof Innitzer und der Frau des Bundeskanzlers Dollfuß für die Hinterbliebenen der hingemordeten Arbeiter – in der Tat, die Stützen des faschistischen Staates sind eifrig an der Arbeit, eine eigenartige ‚Arbeiterhilfe‘ aufzuziehen. [...] Man braucht nur die Bestätigung der katholischen Pfarrämter, dass man hilfebedürftig und ein verlässliches Schäflein der katholischen Kirche ist. Die hungernden Familien in den zerschossenen Gemeindegäusern werden be-

vorzugt.“ Die Betroffenen, so behauptete das IAH-Blatt *Solidarität*, würden diese Hilfe jedoch nicht annehmen: „Hinterbliebene der ermordeten oder eingekerkerten Schutzbündler dürften in die Kirche ‚heimkehren‘. [...] Die Mehrzahl der Opfer weist mit Abscheu die heuchlerischen Almosen des steinreichen katholischen Klerus, die Liebesgaben der faschistischen Mörder zurück.“<sup>42</sup>

In einem Aufruf vom 21. Februar wurden von der IAH in der Tschechoslowakei Familien und Betriebspatronate für die „Kinder gefallener Wiener Arbeiter“ gesucht – wobei von „Zehntausenden Toten“ in Österreich die Rede war.<sup>43</sup> In Abstimmung mit der *Roten Hilfe* kümmerte sich die IAH speziell um diese Kinder und verfügte zwei Monate später bereits über ca. 200 Freiplätze in Österreichs Nachbarland.<sup>44</sup> Bis Anfang Mai wurden mit vier Transporten ca. hundert Kinder ins Ausland gebracht.<sup>45</sup> In Summe wurden letztendlich in der Tschechoslowakei 207 Kinder untergebracht, von diesen kamen 121 in die Sowjetunion.<sup>46</sup> Nähere Informationen liegen über die 36 Buben und 33 Mädchen im Alter zwischen fünf und 14 Jahren vor, die am 23. Mai in Prag untergebracht waren. Der Großteil der „Väter bzw. Ernährer“ waren verhaftet (28), im Kerker (7) oder Anhaltelager (3), als gerade Haftentlassene ohne Arbeit (4) oder gefallen (1). 16 waren in der Tschechoslowakei, 16 bereits in der Sowjetunion. Die Eltern von sieben Kindern waren in der KPÖ organisiert, sonst waren alle SP-Mitglieder.<sup>47</sup> Manche dieser Kinder hatten den kämpfenden Essen und Munition gebracht, waren mit Verletzten und Toten konfrontiert worden. Dem Bruder eines Kindes wurde als „Vorbereitung für Aufhängen“ das Bajonett an den Hals gesetzt, ein Vater in seiner Wohnung in Gegenwart der Familie bei einem Verhör geschlagen.<sup>48</sup>

Auch seitens der Sozialistischen Internationale wurde den Schutzbundangehörigen rasch Unterstützung über einen Hilfsfonds ermöglicht. Finanziert wurde dies vor allem durch die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften in Dänemark und den Niederlanden. Zu diesen Hilfsaktionen gibt es im Archiv der Sozialistischen Internationale in Amsterdam einen umfangreichen niederländischen Bericht und Unterlagen über Hilfeleistungen bis hinunter zu Familien und Einzelpersonen.<sup>49</sup>

### Anmerkungen:

1/ Hans-Peter Weingand: Die KPÖ und der Februar 1934. Mit den internen Berichten der



### Von der KPÖ bzw. der Roten Hilfe herausgegebene Broschüren über die Februarkämpfe und die Schutzbund-Emigration

KP-Bezirksgruppen und Karten des Bundesheeres. Graz: Clio 2020, S. 121–252. Die im Text angeführten Dokumentennummern beziehen sich auf diese Edition.

2/ BArch Berlin, SAPMO, SgY 15/V 245/1.

3/ RGASPI 495/80/419.

4/ Winfried R. Garscha/Hans Hautmann: Februar 1934 in Österreich. Wien 1984 (Schriftenreihe Geschichte).

5/ DÖW 17039.

6/ Vgl. Ilona Duczynska: Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der Gewalt. München 1975, S. 199 und 218, Anm. 40.

7/ Zit. nach Eric C. Kollman: Theodor Körner. Militär und Politik. Wien 1973, S. 220.

8/ Ines Kykal/Karl R. Stadler: Richard Bernaschek. Odyssee eines Rebellen. Wien 1976, S. 92–95.

9/ Brigitte Perfahl: Linz und Steyr – Zentren der Kämpfe, in: Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.): „Es wird nicht mehr verhandelt...“. Der 12. Februar 1934 in Oberösterreich. Linz 1984, S. 25–56, hier S. 36 und 40.

10/ Vgl. Jacques Duclos: Der Februar in Frankreich, in: Weg und Ziel, 32. Jg. (1974), Nr. 2, S. 73f.

11/ Perfahl: Linz und Steyr, 49.

12/ Winfried R. Garscha: Grundlinien der Politik der KPÖ 1920 bis 1945, in: Manfred Mugrauer (Hg.): 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 12), S. 25.

13/ Zit. nach Hubert Hummer: Der Widerstand auf dem Land, in: „Es wird nicht mehr verhandelt...“, S. 57–81, hier S. 61.

14/ KPÖ Oberösterreich (Hg.): 1934: „Der junge Genosse hat zu 99 Prozent recht...“, 12.2.2019, in: <http://ooe.kpoe.at/article.php/20080211104231584/print> [1.2.2024].

15/ Bauer, Kurt: Der Februaraufstand 1934. Fakten und Mythen. Wien 2018, S. 24.

16/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten. Band 1: Arbeiterbewegung. Wien 1985, S. 74.

17/ Garscha/Hautmann: Februar 1934, S. 123f.

18/ Schicksalstage in der RAVAG, in: Radio Wien 10/22 (23.2.1934), S. 1–3, hier S. 1.

19/ Andreas Grobe: Kärnten als Ort der politischen Konfrontation 1933/34. Unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Arbeiterschaft und Sozialdemokratie, in: Carinthia I, Nr. 208 (2018), S. 431–457, hier S. 450–455.

20/ *Vorarlberger Landes-Zeitung*, 13.2.1934, S. 1.

21/ Garscha/Hautmann: Februar 1934, S. 137; Helene Maimann/Siegfried Mattl: Notizen zum Februar 1934, in: dies. (Hg.): Die Kälte des Februar. Österreich 1933–1938. Wien 1984, S. 9–12.

22/ Schicksalstage in der RAVAG, S. 1–2.

23/ Vgl. dazu Manfred Marschalek: Untergrund und Exil. Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1945. Wien 1990 (Sozialistische Bibliothek, Abteilung 1, Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. 3), S. 9–19.

24/ Otto Bauer: Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Kommentiert und hg. von Werner Anzenberger, Anja Grabuschnig und Hans-Peter Weingand. Wien 2021.

25/ Garscha/Hautmann: Februar 1934, S. 146–148; Winfried R. Garscha, Der Streit um die Opfer des Februar 1934, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 21. Jg. (2014), Nr. 1, S. 1–5, hier S. 2.

26/ Bauer: Februaraufstand, S. 139–186.

27/ DÖW-Flugschriftensammlung 4029/96.

28/ *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung*, Nr. 20, 8.3.1934, S. 725–732 bzw. S. 711f.

29/ Zur Abwicklung in Österreich bzw. der Tschechoslowakei vgl. RGASPI 495/4/280/2, Protokoll Nr. 360 der Sitzung der Politkommission am 27.2.1934, Punkt 5.

30/ Vgl. dazu Winfried R. Garscha: Linker Widerstand – „Rote Hilfe“ – Arbeiterwiderstand, in: Stefan Karner/Karl Duffek (Hg.): Widerstand in Österreich 1938–1945. Die Beiträge zur Parlaments-Enquete 2005. Graz, Wien 2007, S. 53–61.

31/ Aleksandr Vatlin/Verena Moritz: „Wir haben es mit sehr gutem Menschenmaterial zu tun“. Die Schutzbundemigranten in der Sowjetunion, in: Verena Moritz u.a.: *Gegenwelten. Aspekte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen*

1918–1938. St. Pölten, Salzburg, Wien 2013, S. 365–392, hier S. 367f.

32/ Aleksandr Vatlin: „Die Karausche im Rahm“ – Österreichbilder in der sowjetischen Propaganda, in: Moritz u.a.: *Gegenwelten*, S. 309–346, hier S. 328.

33/ Vatlin/Moritz: Schutzbundemigranten, S. 368.

34/ Vatlin: Österreichbilder, S. 323.

35/ Vatlin/Moritz: Schutzbundemigranten, 381.

36/ *Tribunal*. Organ der Roten Hilfe. Ende April 1934, S. 1 (Landesarchiv Steiermark, Sammlung 20. Jahrhundert, Kt. 204, Schutzbund).

37/ *Der Rote Ankläger*. Organ der Roten Hilfe Gebiet Graz, Nr. 1, S. 1f. (StLA).

38/ Manfred Mugrauer (Hg.): Partei in Bewegung. 100 Jahre KPÖ in Bildern. Wien 2018, S. 63, Bild 8–10.

39/ Verena Moritz/Julia Köstenberger/Alexander Vatlin: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938, in: Stefan Karner/Alexander Tschubarjan (Hg.): Österreich – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte. Graz, Wien 2018, S. 121–142, hier S. 135.

40/ RGASPI 538/3/160/70–72, Bericht über die organisatorische Lage der IAH Österreichs, 15.10.1934, S. 71.

41/ RGASPI 538/3/160/92–95, Die Hilfsaktion der IAH für Österreich, 31.3.1934.

42/ *Solidarität*. Organ der österreichischen Sektion der Internationalen Arbeiterhilfe. Nr. 1, Mitte März 1934, S. 3 und 5 (RGASPI 538/2/98).

43/ RGASPI 538/3/162/17–18, Solidaritätsaktion für das österreichische Proletariat, 21.2.1934.

44/ RGASPI 538/3/162/26–30, Bericht über Österreich, 21.4.1934.

45/ RGASPI 538/3/162/37, Die Kinderhilfsaktion der IAH für die österreichischen Kämpfer, 10.5.1934.

46/ RGASPI 538/3/162/94–99, Organisations- und Arbeitsbericht, 14.9.1934, S. 96.

47/ RGASPI 538/3/162/54, Statistik, 23.5.1934.

48/ RGASPI 538/3/162/55, Aus dem Berichten der Wiener Kinder in Prag, 31.5.1934.

49/ <https://search.iisg.amsterdam/Record/ARCH01368>, Nr. 2451 und 3759.

# Lenins „Entwicklung des Kapitalismus in Russland“

Aus Anlass seines 100. Todestages

ALFRED J. NOLL

Für Hermann Klenner  
zum 98. Geburtstag

Lenins Schrift „Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland“, geschrieben in den Jahren 1896 bis 1899 und erstmals im März 1899 in Sankt Petersburg erschienen, ist ein „Jugendwerk“.<sup>1</sup> Es schließt – „unter dem Banner der Orthodoxie“<sup>2</sup> – die Kontroverse mit den russischen Populisten (Volkstümlern) ab. Insbesondere die theoretischen Teile in diesem komplexen und umfangreichen Werk regen bis heute die Verwendung der relativ wenig bekannten oder wenig frequentierten Schrift Lenins an, zumal dabei überprüft werden könnte, ob Lenins Interpretationsschema der kapitalistischen Entwicklung auch einen Beitrag zur Analyse des heutigen – vielfach gewandelten – Kapitalismus zu leisten vermag.<sup>3</sup> Anlässlich des 100. Todestages von Lenin am 21. Jänner 2024 erscheint es durchaus zweckmäßig, an diese wenig beachtete Schrift zu erinnern.

Lenin war im Dezember 1895 nach seiner Rückkehr aus Deutschland wegen „Agitation“ verhaftet und sodann nach Südsibirien verbannt worden; erst im Februar 1900 kehrte er aus der Verbannung zurück, um dann schon im Juli 1900 für über fünf Jahre ins Ausland zu gehen. „Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland“ entstand also zum großen Teil im Untersuchungsgefängnis (in dem er sich ein „Studierzimmer“ samt Bibliothek einrichten konnte) bzw. unter Polizeiaufsicht. Die aus Zensurgründen zunächst verwendeten Ausdrücke „Schüler“, „Freunde der Werktätigen“ etc. konnten erst in der zweiten Auflage von 1908 durch die direkten Bezeichnungen – Marxisten, Sozialisten – ersetzt werden; und wo früher von „neuer Theorie“ die Rede war, wurde dann auf Marx und den Marxismus Bezug genommen. Ebenfalls erst in der zweiten Auflage wurde dann auch (nun vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der ersten russischen Revolution 1905–1907) das politische Fazit gezogen: Die „legalen Marxisten“ (Pjotr Struve, Nikolaj Berdjajew, Sergej Bulgakow u.a.)<sup>4</sup> wurden von Lenin als bürgerliche Liberale in marxistischer Vermummung charakterisiert, die versucht hätten, die Arbeiterbewegung für die Interessen der Bourgeoisie auszunutzen.

1 Warum erinnern wir an Lenins „Jugendwerk“ aus dem Jahr 1899? Der erste Grund liegt darin, informativ auf die wesentlichen Elemente eines Werkes von Lenin hinzuweisen, das nicht nur in der Wissenschaft, sondern generell im Schatten steht. Es gibt gute Gründe, dieses Werk hervorzuheben und ein klein wenig bekannter zu machen. Tatsächlich fällt es ja einigermaßen schwer, einen plausiblen Grund für die einzigartige Vernachlässigung dieser meisterhaften Analyse Lenins zu finden: Natürlich gehört diese Schrift zu den „frühen Werken“ (sie bietet uns nicht den „klassischen“ Lenin); aber dieses Werk ist nicht nur das auffälligste und umfangreichste Werk der frühen Phase von Lenin, sondern es ist zugleich auch das erste große Werk, dessen erste Ausgabe mit 2.400 Exemplaren schnell vergriffen war.<sup>5</sup> Von den zeitgenössischen Kritikern bestritt niemand, dass Lenin gründlich gearbeitet hatte und dass hier eine klare These vertreten wurde, wenn gleich die Hauptthese des Buches, dass nämlich die russische Agrarwirtschaft bereits unter den Bedingungen der Warenproduktion existierte und alle Merkmale kapitalistischer Veränderung aufwies, durchaus umstritten war.

Das Jahr 1899, das Jahr der Erstausgabe, war ein Schlüsseljahr für die marxistische Wissenschaftsproduktion: Im Westen erschien von Karl Kautsky „Die Agrarfrage“, und es wurden Eduard Bernsteins „Voraussetzungen“ veröffentlicht.<sup>6</sup> Kautskys „Agrarfrage“ erreichte den nach Sibirien verbannten Lenin noch im März 1899. Er schrieb daraufhin an den Verleger und bat ihn, noch im Druck der „Entwicklung des Kapitalismus in Russland“ ein Postskriptum ins Vorwort einzufügen (LW, Bd. 3, S. 12–14); der Hinweis auf Bernstein erschien dann in der zweiten Auflage von 1908 (ebd., S. 46). Dass sich im Westen zunächst wenig Interesse an Lenins Analyse der russischen Wirtschaft entwickelte, das mag noch verständlich sein; weniger leicht nachvollziehbar ist es, dass auch die westlichen Marxisten, die sich nach 1917 besonders intensiv mit Russland beschäftigten, kein Interesse an dieser Analyse zeigten.<sup>7</sup> Natürlich handelt es sich bei dieser Schrift um ein komplexes

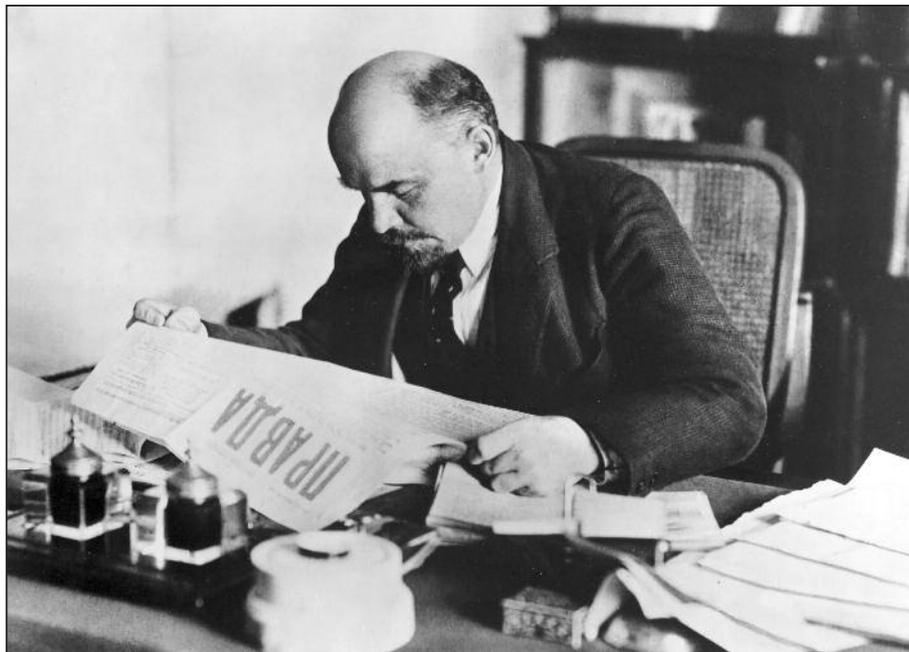
Werk voller statistischer Daten und Hinweise auf Dinge, Regionen, Umstände und Namen, die für den Westen ungewöhnlich waren und sind, und dies kann erklären, warum das Buch unendlich weniger populär bzw. bekannt ist als etwa das Imperialismus-Buch Lenins.<sup>8</sup> Nicht erklärt werden kann damit aber, warum dieses Werk selbst von spezialisierten Fachleuten nicht untersucht wurde und wird; oder anders gesagt: Dieses Desinteresse lässt sich allenfalls dadurch erklären, dass wir es mit einem grundsätzlichen thematischen Fehler in der Rezeption in Verbindung bringen: Selbst die marxistischen Historiker sind wohl davon ausgegangen, dass es sich bei der Untersuchung Lenins lediglich um ein exotisches Kuriosum handelte, das nur spezifische Merkmale Russlands zum Gegenstand hätte, dass die versammelten empirischen Daten keine (theoretische) Verallgemeinerung zuließen und dass dies alles im Übrigen nur im Kontext einer Kontroverse mit den russischen Populisten von Belang gewesen wäre – einer Kontroverse, die als solche nachfolgend nur noch von geringer Relevanz gewesen sei. Dieses Desinteresse an Lenins historischer Schrift lässt sich aber nur aufrecht erhalten, wenn man a) missachtet, dass jede thematische Erweiterung immer auch mit wissenschaftlicher Relevanz zu tun hat (hat nicht auch „Das Kapital“ die Verhältnisse in England untersucht?); wenn man b) davon ausgeht, dass die historische Spezifität des Gegenstands per se ein Hindernis für die theoretische Verallgemeinerung darstellen würde (aber konnte Marx bei seinem Studium Englands nicht tatsächlich auf etwas hinweisen, das für das gesamte kapitalistische System von Belang bzw. gültig ist?); und wenn man c) davon ausgeht, dass die bedeutsamen theoretisch-politischen Kontroversen Lenins sich immer nur auf Themen und Personen bezogen, die im Westen lagen. Hinzu kommt wohl die Vorstellung, dass „Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland“ als genuin ökonomisches Werk des jungen Lenins generell außerhalb des spannenden Feldes politisch-aktueller Geschehnisse lag und liegt.

Tatsächlich sollten wir „Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland“ aus

zumindest drei Gründen als einen Text von überragender Bedeutung und historischer Relevanz betrachten: Es handelt sich dabei um die erste große Analyse der russischen kapitalistischen Gesellschaft, d.h. einer Gesellschaft, die in den ersten 20 Jahren des 20. Jahrhunderts mit ihren drei Revolutionen im Zentrum der Weltentwicklung stand; es ist diese Schrift die auffälligste Demonstration der theoretischen Qualitäten Lenins als Ökonom; und diese Schrift ist schließlich von historischer Relevanz, weil sie uns zeigt, welchen wissenschaftlichen Analysehintergrund die politische Konzeption und Perspektive hatte, mit der Lenin sich nachfolgend auf der russischen politischen Bühne präsentierte.

2. „Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland“ war das Ergebnis und der Abschluss der theoretischen Polemik Lenins gegen den Populismus in den Jahren zwischen 1893 und 1899. Das Buch folgte auf „Zur sogenannten Frage der Märkte“ (1893 – LW, Bd. 1, S. 65–116), „Was sind die ‚Volkstreue‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“ (1894 – ebd., S. 119–338), „Der ökonomische Inhalt der Volkstümlichkeit und die Kritik an ihr in dem Buch des Herrn Struve“ (1894 – ebd., S. 330–528) und auf „Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik“ (1897 – LW, Bd. 2, S. 121–264). Diese Werke stellen in der Geschichte des russischen sozialpolitischen Denkens eine echte theoretische Revolution dar: Nach ihnen verschwindet – sicherlich aus fundamentalen historischen Gründen, die aber Lenin eben zu erkennen vermochte – das Volkstümlertum von der politischen und kulturellen Bühne Russlands; in der Kultur und in der politischen Praxis wird man seine Spuren weiterhin erkennen können, aber als vitales politisches Phänomen und als historischer Protagonist ist der Populismus sodann obsolet.

Die beiden Ökonomen, mit denen Lenin in seinem Buch durchgehend streitet, sind typische Vertreter der populistischen Intelligenz um die Jahrhundertwende. Rosa Luxemburg beschreibt sie folgendermaßen: „Von den zwei Hauptwortführern der ‚volkstümlicherischen‘ Richtung war der eine, Woronzow, bekannt in Rußland hauptsächlich unter seinem schriftstellerischen Pseudonym ‚W.W.‘ (seinen Initialen), ein wunderlicher Heiliger, der in der Nationalökonomie völlig konfus und als Theoretiker überhaupt nicht ernst zu nehmen war. Der andere dagegen, Nikolai-on (Dani-



elson), ein Mann von umfassender Bildung und gründlicher Kenner des Marxismus, Herausgeber der russischen Übersetzung des ersten Bandes des Kapital, persönlicher Freund von Marx und Engels, mit beiden in einem regen Briefwechsel (der 1908 in russischer Sprache im Druck erschienen ist).<sup>49</sup> Ihr politisch-ökonomisches Denken hatte eine grundlegende Gemeinsamkeit: Es betonte den „ursprünglichen“, „außergewöhnlichen“ Charakter Russlands und die Unmöglichkeit, Sinnlosigkeit und Unfähigkeit der kapitalistischen Entwicklung in Russland. Das bedeutet jedoch nicht, dass sich die Relevanz ihres Denkens auf die russische Geschichte beschränken lässt. Es ist kein Zufall, dass Rosa Luxemburg selbst sich in der „Akkumulation des Kapitals“ (Kap. 18–20) ausführlich mit ihnen auseinandersetzt: Die beiden populistischen Theoretiker liefern auf der einen Seite eine relevante Rechtfertigung für Russlands „Außergewöhnlichkeit“ und sie stehen damit andererseits keineswegs außerhalb der Tradition des westlichen Denkens. In der Tat beziehen sie sich auf jenen russischen Sismondismus,<sup>10</sup> den Lenin bereits in Die ökonomischen Theorien der Romantik kritisiert hatte (LW, Bd. 2, S. 121–264).

Es ist dieser Zusammenhang und seine Implikationen, die die von Lenin mit den populistischen Ökonomen geführte Kontroverse mit derjenigen Problematik verbindet, welche die marxistischen Ökonomen vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg beschäftigt; darin dreht sich fast alles um die Themen Reproduktion, Krise etc., um den Zusammenbruch und die Veränderung des Kapitalismus, um das Verhältnis zwischen Re-

form und Revolution. Das alles sind Themen, die sodann bekanntlich sogar die sozialistische politische Bewegung spalten.

In der „Entwicklung des Kapitalismus in Russland“ streitet Lenin aber nicht nur mit den Volkstümlern. Tatsächlich polemisiert er auch – wie wir im Vorwort zur zweiten Auflage des Buches nachlesen können – mit einem schematischen Marxismus, der sich in Russland unter dem prestigeträchtigen Schutzschild von Georgi Walentinowitsch Plechanow etabliert hatte. So wie für die Volkstümmer Russland „eine Ausnahme“ war (womit in Abrede gestellt wurde, dass die Entdeckungen von Marx sowie die politischen und sozialen Vorschläge eines westlichen Marxismus auf Russland ausgedehnt werden könnten), so ging es für Plechanow lediglich darum, den Marxismus auf und in Russland „anzuwenden“. Aber welchen Marxismus? Einen Marxismus, der aus *spezifischen* historischen Erkenntnissen über den entwickelten Kapitalismus bestand und für dessen Gesamtheit nur Marx entsprechende Verallgemeinerungen vorgenommen hatte? Für Lenin ging es nun nicht einfach darum, „die Antwort auf konkrete Fragen in einer rein logischen Entwicklung der allgemeinen Erkenntnis [...] zu suchen“, denn dies wäre „eine Vulgarisierung des Marxismus und ein einziger Hohn auf den dialektischen Materialismus“ (S. 18), sondern es ging darum, die wissenschaftliche Analyse, die Marx für England durchgeführt hatte, anhand der für Russland charakteristischen historisch-gesellschaftlichen Bedingungen zu wiederholen. Indem Lenin nun den völligen Ausnahme-Charakter Russlands in Abrede stellt, sucht er gleichzeitig nach

dessen echter historischer Besonderheit, sei es doch der Mangel an der dabei notwendigen wissenschaftlichen Klärung gewesen, der die Volkstümpler dazu veranlasst hätte (und manche immer noch dazu veranlasst), Russland als „das ganz Andere“, als die völlige Ausnahme von allen sonst auf der Welt geltenden Entwicklungen zu proklamieren. Demgegenüber ist Lenin fest davon überzeugt, dass gerade die nüchterne empirische Bestandsaufnahme und die analytische Erklärung der dabei gefundenen Tatsachen den kapitalistischen Charakter der russischen (Agrar-)Wirtschaft beweisen könne. Deshalb muss Lenin sowohl die Volkstümpler kritisieren, für die Russland als „Ausnahme“ nicht unter die Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Entwicklung fällt, als auch Plechanows Schematismus, bei dem es nur darum geht, sozusagen eine mechanistische Annexion Russlands an das Feld zu bewerkstelligen, das Marx doch längst analytisch durchpflügt hätte. Und Lenin führte damit, so können wir ergänzen, auch die erste Analyse eines sich erst entwickelnden Modells des Kapitalismus durch, oder anders gesagt: Er warf als Erster einen analytischen Blick auf die Entwicklung eines historisch rückständigen, gegenüber der Entwicklung im Westen hinterherhinkenden Kapitalismus.<sup>11</sup>

**3.** Am Beginn des Vorworts zur ersten Auflage der „Entwicklung des Kapitalismus in Russland“ fasst Lenin den Gegenstand seiner Untersuchung vermittelt der folgenden einfachen Frage zusammen: „Wie entsteht der innere Markt für den russischen Kapitalismus?“ (S. 11) Das war ein altes Problem, das Lenin seit langem quälte,<sup>12</sup> und es war ein Problem, an das ihn die antimarxistische Polemik der Volkstümpler mit ihrem Syllogismus: „Der Kapitalismus entwickelt sich nicht ohne Markt. In Russland gibt es keinen Markt, weil es ein armes Land ist; und also kann es in Russland auch keinen Kapitalismus geben“, ständig erinnerte. In seinen früheren Schriften hatte Lenin den Volkstümplern bereits zu zeigen versucht, dass dieser Syllogismus nichts anderes war als ein kruder Sismondismus: Er geht davon aus, dass der Markt aufgrund der ungleichen Verteilung des Reichtums immer weiter schrumpft und dass er daher durch eine gleiche (gerechte) Verteilung erst geschaffen werden müsse. Aus diesen Annahmen ließen sich nun zwei Argumentationsstränge entwickeln. Der erste davon führte zurück zu Adam Smith

(1723–1790) und der Idee der Reduzierbarkeit aufs Einkommen (von Arbeitern und Kapitalisten) und der daraus resultierenden Unmöglichkeit, den gesellschaftlichen Reichtum ohne einen ausländischen Markt zu steigern, auf dem dann der Mehrwert realisiert werden kann (LW, Bd. 2, S. 144). Die andere, deutlich offenkundigere populistische Linie proklamiert per se die Unmöglichkeit, Nutzlosigkeit und Negativität einer kapitalistischen Transformation in einem rückständigen und armen Land. In den ersten Argumentationsstrang wird dann die von Rosa Luxemburg behauptete Konsequenz der Unvermeidlichkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus eingefügt (wenn denn nur die kapitalistische Transformation des Erdballs abgeschlossen sein wird); dem zweiten Strang der Argumentation wird stattdessen der „romantische“, „slawophile“ Mythos einer vorkapitalistischen „Gemeinwirtschaft“ aufgepfropft, der die technischen, konsumistischen, „progressiven“ Versuchungen des Kapitalismus abwehrt und sich in der Sehnsucht nach Kleinproduktion in lokalen Vereinigungen, in ländlichen Gemeinschaften und mittels genossenschaftlicher Produktion verschanzt.

Genau diese zweite Perspektive wird von den volkstümplerischen Ökonomen entwickelt und ins Auge gefasst. Lenins Antwort darauf, die bereits in früheren Schriften vorweggenommen wurde, erfolgt 1899 in Form einer analytischen Untersuchung der wirtschaftlichen Prozesse in Russland nach der Abschaffung der Leibeigenschaft im Jahr 1861, wobei diese Antwort in Form eines konkreten empirischen Nachvollzugs der fortschreitenden Expansion des (inländischen) Marktes gegeben wird. Aber – so warnt Lenin im Vorwort zur ersten Auflage nochmals –, um dies zu bewerkstelligen sei es „erforderlich, den ganzen Entwicklungsprozess des Kapitalismus in Rußland in seiner Gesamtheit zu analysieren und seine Darstellung zu versuchen“ (S. 11). Genau in dieser Klarstellung liegt nun die tiefere Bedeutung von Lenins theoretischer Antwort auf das „Markt-Argument“ seiner Widersacher; denn indem er den gesamten Entwicklungsprozess des russischen Kapitalismus untersucht, gelingt es ihm, seine These zu betonen und auch zu demonstrieren, wonach sich in Russland (wie überall sonst auch) der Kapitalismus a) durch die Enteignung der ans Land gebundenen unmittelbaren Produzenten entwickelt, womit „freie“ und „zum Verkauf stehende“ Arbeitskräfte geschaffen

werden, welche sodann nur durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft ihren Lebensunterhalt ermöglichen können; und b) durch die Konzentration von Kapital, also von Produktionsmitteln, die von der Arbeitskraft getrennt und in der Lage sind, Waren zu produzieren, um sie zu akkumulieren (und noch mehr zu produzieren). Es sei jedoch aus dieser Perspektive, so argumentiert Lenin auf der Grundlage von Marx, der „Ruin des Kleinproduzenten und des Bauern“, diese Misere, über die die Volkstümpler nur moralische Tränen zu vergießen wissen, nichts anderes als die Bedingung der Bildung des Marktes und der Konzentration des Kapitals. Es seien dies zwei organische und untrennbar verbundene Elemente, die notwendigerweise und ausreichend die Schaffung des inländischen Marktes für den Kapitalismus ergänzen würden. Wer diese organische Natur der Entwicklung nicht begreifen wolle, der lasse sich vom Vorurteil blenden, dass das Ziel der kapitalistischen Produktion in der Konsumtion und nicht in der Produktion selbst bestehe; und der gehe dann davon aus, dass der theoretische Schlüssel zur Lösung des Problems die Realisierung des individuellen oder unproduktiven Konsums sei und nicht der soziale oder produktive Konsum – und wer so denkt, der müsse (wie einst schon Adam Smith!) das zentrale Problem des konstanten Kapitals (d. h. den Vorrang der Produktion von Produktionsmitteln gegenüber der Produktion von Konsumgütern) aus der Untersuchung ausklammern und es durch das Problem des Außenhandels ersetzen. Das alles laufe dann aber auf eine *petitio principii* hinaus, denn „der Absatz des Produkts auf dem äußeren Markt fordert selbst eine Erklärung, d. h., es muß das Äquivalent für den abzusetzenden Teil des Produkts [...] gefunden werden“ (S. 35).<sup>13</sup>

Die konkrete Untersuchung der spezifischen Merkmale der Prozesses der kapitalistischen Entwicklung in Russland erhält hier also eine theoretische Fundierung von außerordentlicher Bedeutung: Einerseits argumentiert Lenin mit nichts weniger als mit den Fehlern von Adam Smith (nämlich der Nichtberücksichtigung des konstanten Kapitals bei der Wertbestimmung des Produkts und der Verwechslung von individuellem und produktivem Konsum), gegen die auch schon Marx kämpfte; andererseits verleiht er dem von Marx beschriebenen „allgemeinen“ Grundgerüst des modernen Kapitalismus den Körper und das Blut Russlands. In der Tat zeigt

uns das Ausmaß und die spezifische sozio-ökonomische Charakteristik der Verarmung der Mehrheit der Bauern und der kleinen russischen Produzenten, wie sehr die „russische Armut“ das Produkt eines komplizierten Prozesses ist: der Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln, der Trennung der Industrie von der Landwirtschaft, der Urbanisierung, der geringen landwirtschaftlichen Löhne und der städtischen Proletarisierung, der Kommerzialisierung der landwirtschaftlichen Produktion und der Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der damit verbundenen Trennung der verschiedenen Produktionszweige etc. – kurz gesagt, eines Prozesses zur Etablierung der typischen Merkmale einer kapitalistischen Wirtschaft. Die Volkstümmer konnten nur entgegen, dass der Prozess des „Wachstums“ weniger rasch sei als im Westen.

Darauf hatte Lenin aber auf der letzten Seite seines Buches eine durchaus bemerkenswerte Antwort parat: „Vergleicht man die vorkapitalistische Epoche in Rußland mit der kapitalistischen (und eben dieser Vergleich ist für die richtige Beantwortung der Frage notwendig), so muß die Entwicklung der gesellschaftlichen Wirtschaft im Kapitalismus als außerordentlich rasch bezeichnet werden. Vergleichen wir jedoch die gegebene Entwicklungsgeschwindigkeit mit der Geschwindigkeit, die beim heutigen Stand der Technik und der Kultur überhaupt möglich wäre, so müssen wir die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland tatsächlich als langsam bezeichnen. Und sie kann nur langsam sein, denn in keinem einzigen kapitalistischen Lande haben sich in solcher Fülle Institutionen der alten Zeit erhalten, die mit dem Kapitalismus unvereinbar sind, seine Entwicklung hemmen und die Lage der Produzenten maßlos verschlechtern, welche ‚nicht nur die Entwicklung der kapitalistischen Produktion, sondern auch der Mangel ihrer Entwicklung‘ [Marx] quält“ (S. 621).

**4.** Einleitend haben wir zumindest drei Gründe für die Relevanz von Lenins Jugendwerk aus dem Jahr 1899 ins Treffen geführt. Die ersten beiden werden schon durch die wenigen Argumente gestützt, die wir hier angeführt haben. Der dritte Aspekt blieb unterbelichtet. Wir müssen uns hier mit einer Frage begnügen: Könnte es sein, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Lenins Erkenntnissen über den kapitalistischen Charakter der russischen Gesell-

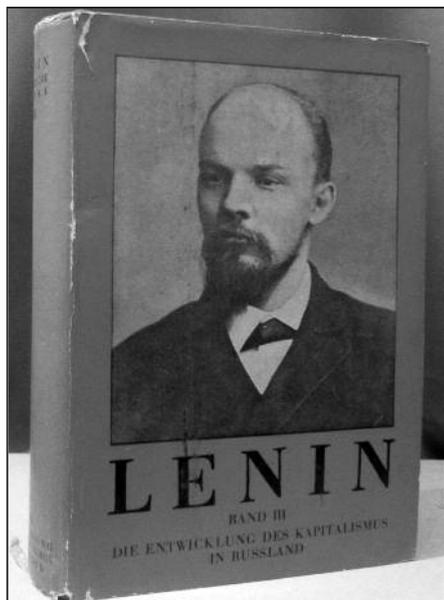


Wladimir I. Lenin und seine Frau Nadeschda Krupskaja (1922)

schaft und dem bis zum Ende des 20. Jahrhunderts reichenden vorkapitalistischen Charakter des russischen Staates? Lenin leitete aus der von ihm in Augenschein genommenen Gemengelage seine ursprüngliche Strategie einer demokratischen Revolution unter sozialistischer Führung ab, einer Revolution, die zwangsläufig zum Sozialismus führe, aber umso sicherer und leichter dorthin führe, je mehr sie als Eroberung politisch-demokratischer Formen stattfindet. Dazu ist es bekanntlich aus vielerlei Gründen nicht gekommen,<sup>14</sup> und hier ist auch nicht der Ort, dies weiter zu erörtern.

Stattdessen ist es zweckmäßig, hier auf einen anderen Aspekt hinzuweisen, der dieses Werk von Lenin auch heute noch relevant erscheinen lässt. Dieser Aspekt bezieht sich auf die theoretische Beziehung, die wir zwischen der „Entwicklung des Kapitalismus in Russland“ und Lenins anderem großen Werk der politischen Ökonomie herstellen müssen: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (1917). Ein problematischer, aber wesentlicher Punkt besteht darin, dass einige der im Imperialismus-Buch entwickelten Thesen in einem gewissen Gegensatz zu Lenins Jugendwerk von 1899 stehen. Im späteren Werk nämlich scheint der Schwerpunkt von Lenins Argumentation doch deutlich auf der behaupteten Notwendigkeit einer kriegerischen Umverteilung der Auslandsmärkte zwischen kapitalistischen Staaten zu liegen, und allgemeiner noch auf der Notwendigkeit eines kolonialen „Anhängsels“ für die westlichen kapitalistischen Staaten, eines „Anhängsels“, das mit der Metropole durch außer-ökonomischen Zwang zusammengehalten wird (wenn die kolo-

nialen Herrschaftskriege zwischen den kapitalistischen Staaten ein Ende finden). Damit scheint die Rolle des Auslandsmarktes eine zuvor ausgeschlossene Rolle einzunehmen, und dementsprechend taucht am Horizont des kapitalistischen Weltsystems ein Schicksal à la Rosa Luxemburg wieder auf. Wäre das nur ein Unterschied in der theoretischen Nuance (geschuldet etwa der Tatsache, dass der Imperialismus während des Ersten Weltkrieges entstand), dann würde das Problem zwar spannend sein, aber es würde an Bedeutung nicht über Lenins intellektuelle Biographie hinausreichen. Lenins brillante Analysen des Imperialismus (die Notwendigkeit des politischen Kolonialismus für den Kapitalismus und die Unvermeidlichkeit des Krieges) scheint freilich nicht so sehr durch den Vergleich mit seinen früheren Untersuchungen, sondern im Vergleich zur nachfolgenden Entwicklung des Kapitalismus und der heutigen Welt in Frage gestellt zu sein. Die Entstehung des Neo-Kolonialismus und der heute stattfindende Prozess der Globalisierung ist in der Tat auch das Verschwinden jener frühen Formen des Kolonialismus, d.h. der organischen Notwendigkeit einer (gewaltsamen) politisch zwangsläufigen Einflussnahme des einen Teils der Welt auf einen bestimmten anderen. Es kann durchaus sein, dass die eingehende theoretische Überprüfung der von Lenin in den 1890er Jahren durchgeführten ökonomischen Untersuchungen und die ernsthafte Überprüfung seines Interpretationsschemas der kapitalistischen Entwicklung einen Beitrag auch zur Analyse des heutigen globalisierten Kapitalismus leisten können. Der Kapitalismus mag sich vielfach gewandelt und modifiziert



**Ausgabe aus 1929 im „Verlag für Literatur und Politik“ (Wien, Berlin)**

haben, aber eine gänzliche Abkehr von der „Problematik“ des Kapitalismus, wie sie von Lenin und Marx untersucht wurde, ist bis auf weiteres nicht sichtbar. Natürlich ist es leicht, dies hier einfach in den Raum zu stellen; es kann deshalb auch nicht mehr als eine Ermunterung zum Ausdruck gebracht werden, die nach Jahren mangelnder Aufmerksamkeit die wissenschaftliche Beobachtung wieder auf Lenins ökonomisches Denken in den 1890er Jahren zurückführen würde. Es wäre dies ein notwendiger Akt der historischen Korrektur.

#### Anmerkungen:

1/ Wladimir I. Lenin: Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Der Prozeß der Bildung des inneren Marktes für die Großindustrie. Berlin: Dietz Verlag 1956 (Werke, Bd. 3). Alle Seitenangaben im Text beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf diese Ausgabe.

2/ Bei Lenin heißt es schon 1899: „Glauben wir nicht, daß die Orthodoxie eine kritische Anwendung und Weiterentwicklung ausschließe, daß sie es gestatte, historische Fragen durch abstrakte Schemata zu verdunkeln. Wenn es orthodoxe Schüler gibt, die sich dieser wirklich schweren Sünden schuldig gemacht haben, so fällt die Schuld ganz und gar auf diese Schüler, keineswegs aber auf die Orthodoxie, die sich durch diametral entgegengesetzte Eigenschaften auszeichnet“; und diese Stelle selbst kommentiert er ein Jahr später mit den Worten: „Ich habe somit ausdrücklich erklärt, daß es eine schwere Sünde ist, etwas auf Treu und Glauben hinzunehmen und die kritische Anwendung und Entwicklung auszuschließen; doch um anzuwenden und weiterzuentwickeln, ist eine ‚einfache Auslegung‘ offenkundig nicht ausreichend. Die Meinungsverschiedenheit zwischen

den Marxisten, die für die sogenannte ‚neue kritische Strömung‘ sind, und denjenigen, die für die sogenannte ‚Orthodoxie‘ eintreten, besteht darin, daß sie den Marxismus in verschiedener Richtung anwenden und entwickeln wollen: die einen wollen konsequente Marxisten bleiben, indem sie die Grundthesen des Marxismus in Einklang mit den sich verändernden Verhältnissen und mit den lokalen Besonderheiten der verschiedenen Länder entwickeln und die Theorie des dialektischen Materialismus und der ökonomischen Lehre von Marx weiter ausbauen; die anderen lehnen einige wesentliche Seiten der Marxschen Lehre ab, stellen sich z.B. in der Philosophie nicht auf die Seite des dialektischen Materialismus, sondern auf die Seite des Neukantianertums, in der politischen Ökonomie auf die Seite derer, die einigen Lehren von Marx ‚tendenziösen Charakter‘ zuschreiben usw. Die ersten beschuldigen deshalb die zweiten des Eklektizismus und meiner Ansicht nach mit vollem Recht. Die zweiten nennen die ersten ‚orthodox‘; beim Gebrauch dieses Ausdrucks darf man jedoch niemals vergessen, daß er von den Gegnern in die Polemik geworfen wurde, daß die ‚Orthodoxen‘ nicht Kritik überhaupt, sondern nur die ‚Kritik‘ der Eklektiker ablehnen (die nur insofern ein Recht hätten, sich Anhänger der ‚Kritik‘ zu nennen, als die Lehre Kants und seiner Anhänger in der Geschichte der Philosophie als ‚Kritizismus‘, als ‚kritische Philosophie‘ bezeichnet wird).“ (LW, Bd. 3, S. 654).

3/ Vgl. dazu Rudolf Forberger: Lenin und die Industriestatistik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Bd. 11 (1970), S. 67–76, und ausführlicher Heinz-Dietrich Löwe: Lenins Thesen über Kapitalismus und soziale Differenzierung in der vorrevolutionären Bauerngesellschaft, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas NF, 32. Jg. (1984), S. 72–113, sowie James D. White: The Development of Capitalism in Russia in the Works of Marx, Danielson, Vorontsov, and Lenin, in: Class History and Class Practices in the Periphery of Capitalism. Leeds: Emerald Publishing 2019, S. 3–31.

4/ Vgl. die Übersicht von Richard Kindersley: The First Russian Revisionists. A Study of „Legal Marxism“ in Russia. Oxford: Clarendon Press 1962.

5/ Das Buch wurde nicht sehr oft rezensiert, auf eine der Besprechungen reagierte Lenin noch 1900 mit einem Artikel, der in der Zeitschrift *Nautschnoje Obosrenije* unter dem Titel „Eine unkritische Kritik“ erschien (LW, Bd. 3, S. 631–656); die zweite Auflage von 1908 stieß auf ein gewisses Interesse. Die Behauptung von Verena Moritz/Hannes Leidinger: „Insgesamt ging das als ‚Meisterstück‘ angelegte Werk ziemlich unter. Zeitgenössische Rezensenten beachteten es kaum. Es gab in Summe nur wenige Besprechungen, von denen die meisten nicht gerade euphorisch ausfielen“, ist undifferenziert abwertend (Lenin. Eine Biographie. Eine Neubewertung. Salzburg, Wien: Residenz Verlag

2023, S. 91). Der 29-jährige Lenin hatte damit immerhin ein Werk vorgelegt, das ihm sofort Bekanntheit verschaffte: „In his thirtieth year he was reaching new heights of achievement and acclaim. The Brockhaus-Efron *Encyclopaedic Dictionary*, which appeared in St Petersburg in 1900, included a brief entry on him as an economist. He was rising fast“, schreibt Robert Service: Lenin. A Biography. London: Papermac 2001, S. 126.

6/ Karl Kautsky: Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie. Stuttgart: J. H. W. Dietz 1899; Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart: J. H. W. Dietz 1899.

7/ Freilich haben wir zu berücksichtigen, dass die Übersetzungen der „Entwicklung des Kapitalismus in Russland“ in westliche Sprachen, die später in der UdSSR angefertigt wurden, erst recht spät kamen; vgl. etwa die 1929 im „Verlag für Literatur und Politik“ (Wien, Berlin) erschienene Ausgabe.

8/ Wladimir I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Kritische Neuausgabe mit Essays von Dietmar Dath und Christoph Türcke, hg. und kommentiert von Wladisaw Hedeler und Volker Külöw. Berlin: Verlag 8. Mai 2016.

9/ Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus (1913). Berlin: Dietz Verlag 1985, S. 230.

10/ Jean-Charles-Léonard Simonde de Sismondi, der durch seine „Nouveaux principes d’économie politique, ou de la richesse dans ses rapports avec la population“ (Paris 1819) zu einem der ersten Kritiker der englischen Nationalökonomie wurde.

11/ Siehe aber auch die Sammlung der verstreuten Vorarbeiten von Karl Marx/Friedrich Engels: India – Cina – Russia. Le premesse per tre rivoluzioni (1960). A cura di B. Maffi. Milano: il Saggiatore 2008.

12/ Zur sogenannten Frage der Märkte (1893), in: LW, Bd. 1, S. 65–116.

13/ Lenins Position zum Problem der Akkumulation und Reproduktion steht bekanntlich in deutlichem Kontrast zu der von Rosa Luxemburg. Siehe zu dieser Kontroverse auch die beispielhafte Rekonstruktion von Nikolai Bucharin: Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals. Wien, Berlin: Verlag für Literatur und Politik 1926.

14/ Vgl. Alfred J. Noll: Lenins Staat. Aus Anlass seines 150. Geburtstages, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 27. Jg. (2020), Nr. 2, S. 1–5; ders.: Immer noch Lenin. Vor 100. Jahren, am 21. Jänner 1924, starb Wladimir Iljitsch Lenin im Alter von nur 53 Jahren. Wie hätte sich die Sowjetunion entwickelt, hätte ihr erster Regierungschef länger gelebt, in: *Tagebuch*, Nr. 12/1 (2023/24), S. 38–42.

# „Es liegt jetzt an uns, Widerstand zu leisten!“<sup>1</sup>

## Die Solidaritätsaktion der KPÖ für Angela Davis

SABINE FUCHS

**A**m 26. Jänner 2024 feierte die afroamerikanische Kommunistin, Aktivistin, Philosophin und Wissenschaftlerin Angela Davis ihren 80. Geburtstag. Als sie in den 1970er Jahren in den USA unter konstruierten Vorwürfen wegen Mordes angeklagt wurde, erregte dies international Aufsehen und sorgte für eine beispiellose nationale und internationale Solidaritätskampagne, an der sich auch die KPÖ beteiligte. Was war das Besondere an dieser Frau und an diesem „Fall“, dass er international derart viel Aufmerksamkeit erregte?

Angela Davis wurde 1944 als ältestes Kind eines Lehrerehepaares in Birmingham/Alabama geboren. Ihre Eltern gehörten zwar der Mittelschicht an, die Familie lebte aber in einem Stadtteil, in dem rassistische Übergriffe und Bombenanschläge des Ku-Klux-Klan auf der Tagesordnung standen. Ihre in der Bürgerrechtsbewegung engagierte Mutter nahm sie schon als Kind zu Demonstrationen und politischen Veranstaltungen mit. 1956 organisierten die Eltern, dass Angela die Südstaaten verlassen und mit Hilfe eines Stipendiums eine fortschrittliche Privatschule in New York absolvieren konnte. Dort kam sie auch mit dem Sozialismus und Kommunismus in Berührung und schloss sich einer marxistisch-leninistischen Gruppe an.

Später studierte Davis – wieder mit Hilfe eines Stipendiums – als eine der wenigen Schwarzen an der Brandeis-Universität in Massachusetts und machte 1965 ihren Abschluss in französischer Literatur. Hier lernte sie den Politikphilosophen Herbert Marcuse kennen, der sie als die begabteste Studentin bezeichnete, die er jemals hatte. 1963 ging Davis an die Sorbonne nach Paris, wo sie Philosophie studierte und ihre Ideen zu radikaler politischer Veränderung im Kontakt mit Studierenden aus den damaligen afrikanischen Kolonien Frankreichs weiterentwickelte.

Der Bombenanschlag auf eine Kirche in ihrer Heimatstadt Birmingham im gleichen Jahr, bei dem vier Mädchen aus ihrem Bekanntenkreis im Alter von elf bis 14 Jahren getötet wurden,<sup>2</sup> beeinflusste Davis nachhaltig. In den Jahren 1965 bis 1967 setzte sie ihr Studium der politischen Philosophie in Frankfurt/Main fort

und kehrte 1967 in die USA zurück, um bei Marcuse an der Universität von Kalifornien in San Diego ihren Abschluss in Philosophie zu machen. Gleichzeitig engagierte sie sich bei den *Black Panthers*; vor allem aber war sie Mitglied des Che-Lumumba-Clubs, einer schwarzen Fraktion der Kommunistischen Partei der USA in Los Angeles. 1969 begann sie, als Wissenschaftlerin an der University of California (UCLA) zu lehren und sich auf ihre Promotion vorzubereiten, aber ihr Vertrag mit der Universität wurde wegen ihrer Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei durch den Staat Kalifornien unter Gouverneur Ronald Reagan nicht verlängert.

### Engagement für die Soledad-Brothers

Während ihrer Zeit an der UCLA engagierte sich Davis auch für drei Gefangene im Soledad-Gefängnis, die eine marxistische Gruppe unter den Gefangenen organisieren wollten und deshalb besonderen Repressalien ausgesetzt waren. Dem bereits seit seinem 18. Lebensjahr in Haft sitzenden George Jackson, der im Gefängnis Mitglied der *Black Panther Party* geworden war, schlug Davis vor, ein Buch über seine Haftbedingungen zu veröffentlichen – was er mit „Soledad brother“ auch tat.<sup>3</sup> Davis fing an, Geld für die Verteidigung zu sammeln und Protestveranstaltungen zu organisieren, und setzte sich auch öffentlich für die Freilassung der Gruppe ein. Ihre wachsende Bekanntheit führte dazu, dass sie mehrfach Morddrohungen erhielt – um sich im Fall von Übergriffen wehren zu können erwarb sie Schusswaffen.

Im August 1970 lieferte sich Jacksons minderjähriger Bruder Jonathan bei einem missglückten Befreiungsversuch im Gerichtssaal eine Schießerei mit der Polizei. Jackson, zwei der befreiten Angeklagten sowie ein Richter wurden erschossen. Davis wurde vorgeworfen, die Waffe für diesen Überfall besorgt zu haben, da diese auf ihren Namen gekauft worden war. Tatsächlich waren aber alle vier Toten durch Waffen der Exekutive getötet worden. Trotzdem beschuldigte das FBI Angela Davis aufgrund einer sehr weit gefassten Definition des Tatbestands der „Verschwörung“ im Bundes-

staat Kalifornien, die zuvor nur sehr selten angewendet worden war, als Unterstützerin des Terrorismus. Sie wurde auf die Liste der zehn meistgesuchten Verbrecher der USA gesetzt, aufgrund der Vorwürfe drohte ihr die Todesstrafe.<sup>4</sup>

### Internationale Solidaritätskampagne

Davis floh aus Kalifornien, wurde aber Mitte Oktober 1970 verhaftet. Präsident Richard Nixon beglückwünschte das FBI zur „Festnahme der gefährlichen Terroristin“. Am 5. Jänner 1971 erschien Davis vor dem Marin County Superior Court: „Ich erkläre jetzt öffentlich vor dem Gericht und vor dem Volk dieses Landes, dass ich unschuldig bin in Bezug auf alle Anschuldigungen, die vom Staat Kalifornien gegen mich erhoben wurden.“ Verteidigt wurde sie von John Abt, dem General Counsel der Kommunistischen Partei der USA. In ihrer – von ihr ausdrücklich als *politisch* bezeichneten – Autobiographie,<sup>5</sup> die 1974 von der Schriftstellerin Toni Morrison herausgegeben wurde, schilderte sie eindrücklich die beängstigende politische Atmosphäre, die ihre Flucht, ihre Verhaftung und die zermürbende Zeit im Gefängnis umgaben.

Schnell entstand eine über die Grenzen der USA hinausreichende Welle des öffentlichen Protests gegen ihre Verhaftung. Viele Menschen glaubten, dass die Vorwürfe konstruiert waren, um die junge Frau und Black Power-Aktivistin mundtot zu machen. Im ganzen Land organisierten Tausende von Menschen eine Bewegung, um ihre Freilassung zu erreichen. Bis Februar 1971 setzten sich mehr als 200 lokale Komitees in den Vereinigten Staaten und 67 im Ausland für die Freilassung von Davis ein. John Lennon und Yoko Ono trugen mit dem Lied „Angela“ zu dieser Kampagne bei, einen von Georg Lukács verfassten Aufruf „Für Angela“ unterzeichneten u.a. Ernst Bloch, Robert Jungk und Heinrich Böll. Auch Herbert Marcuse rief zur Solidarität mit Angela Davis auf.<sup>6</sup>

Nicht nur aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der KP der USA erfuhr ihr Schicksal in den sozialistischen Ländern Osteuropas besonders große Aufmerksamkeit. Deren Regierungen waren von jeher gegenüber dem „anderen“ Amerika



**Kundgebung der KPÖ auf der Wiener Ringstraße am 1. Mai 1971**

solidarisch – in erster Linie mit den diskriminierten Ethnien der Schwarzen und Indigenen, die offen rassistischer Verfolgung ausgesetzt waren. In der DDR etwa waren „Rassenhetze“ und „Rassenhass“ verboten, Antirassismus war in der Verfassung verankert. So machte die SED die Solidaritätsaktion mit Davis zu ihrem offiziellen Anliegen. Die Broschüre „Freiheit für Angela Davis“ wurde in einer Auflage von 500.000 Stück gedruckt, der Verkaufserlös floss auf ein Solidaritätskonto. Unter dem Titel „Eine Million Rosen für Angela Davis“ wurde eine Unterstützungsaktion organisiert – fast jedes Schulkind verfasste eine Postkarte oder einen Brief und sandte sie in die USA, es gab eine Unterschriftenaktion, die von Hunderttausenden Menschen unterzeichnet wurde.<sup>7</sup>

### Unterstützungsaktion der KPÖ

Kommunistische Parteien des Westens zählten ebenfalls zu den ersten und eifrigsten Unterstützern von Davis, wobei die Aktionen der KPÖ eng mit der Kampagne in der DDR verbunden waren. So wurden auch in Österreich Unterstützungsbriefe und Postkarten gesammelt. Im November 1971 wurde ein Aufruf des international bekannten DDR-Regisseurs Konrad Wolf zur Unterstützung von Davis in der *Volksstimme*, dem Zentralorgan der Partei, veröffentlicht.<sup>8</sup> Schon seit Anfang des Jahres 1971 hatten auch Aktionen im öffentlichen Raum stattgefunden, etwa Anfang März eine Demonstration gegen „den geplanten Justizmord an Angela Davis und die amerikanische Aggression in Indochina“ auf der Mariahilfer Straße in Wien.<sup>9</sup> In wenigen Wochen sammelte der KPÖ-nahe

*Bund Demokratischer Frauen Österreichs* (BDFÖ) mehr als 100.000 Schilling für die Freiheit von Angela Davis.<sup>10</sup> Anfang 1972 fand eine Ausstellung zum Plakatwettbewerb der KPÖ „Solidarität mit Angela Davis“ in der Wiener Zentralbuchhandlung statt, an dem sich mehr als 100 Grafiker beteiligten. Vorsitzender der Jury war der Maler und Grafiker Fritz Martinz, die Entwürfe stammten unter anderem von Stefan Weber („Drahdwaber!“) und Marianne Freudmann.<sup>11</sup> Im Juni 1972 fand in der Wiener Stadthalle eine Solidaritätsveranstaltung mit „Vietnam und Angela Davis“ statt.<sup>12</sup>

Schließlich wurde die internationale Solidaritätsaktion auf Davis' eigenen Wunsch hin auf „alle weißen und schwarzen politischen Gefangenen in den USA“ ausgedehnt,<sup>13</sup> nachdem der öffentliche Druck schon einige Erfolge gezeigt hatte. So wurde ihr Verfahren von dem ihres Mitangeklagten Ruchell Magee, der als einziger den Befreiungsversuch überlebt hat, abgetrennt, was einen Freispruch wahrscheinlicher machte.<sup>14</sup>

### Nach dem Prozess

1972 wurde Davis nach einem aufreißenden Prozess in allen Anklagepunkten freigesprochen. In ihrer schon zwei Jahre nach dem Freispruch erschienenen Autobiographie schreibt sie: „Die internationale Kampagne hatte nicht nur die Regierung unter schweren Druck gesetzt, sondern auch das weitere Wachstum unserer Bewegung in der Heimat gefördert. Im Kern der internationalen Bewegung stand die sozialistische Gemeinschaft der Nationen.“<sup>15</sup> In der Folge bereiste Davis gemeinsam mit zwei afroamerikanischen GenossInnen die Sowjetunion, die Tsche-

choslowakei, Bulgarien, Kuba und die DDR. In Berlin (DDR) wurde sie am 10. September 1972 von 50.000 AnhängerInnen mit „Friede, Freundschaft, Solidarität“-Rufen begeistert am Flughafen Schönefeld empfangen, in Leipzig kamen gar 200.000 Menschen, um sie zu feiern.<sup>16</sup>

In den kommenden Jahren kehrte Davis zu verschiedenen Anlässen immer wieder in die DDR und das vereinte Deutschland zurück; bis heute pflegt sie Verbindungen dorthin. Nach Wien kam sie erst 2015, als sie an der Universität über ihr Leben „zwischen Politik und Wissenschaft“ („Life between Politics and Academia“) sprach.<sup>17</sup> Auch Vertreterinnen des BDFÖ, der fast ein halbes Jahrhundert zuvor Geld für ihre Unterstützung gesammelt hatte, waren anwesend. So hatte sich auch für ihre österreichischen UnterstützerInnen ein Kreis geschlossen.

### Anmerkungen:

1/ Zitat aus einem Artikel über die „Revolutionärin Angela Davis“, in: *Volksstimme*, 24.1.1971.

2/ McWorther, Diane: *Carry Me Home: Birmingham, Alabama – The Climatic Battle of the Civil Rights Revolution*. New York 2001, S. 303ff.

3/ Soledad brother: *the prison letters of George Jackson*. New York 1970.

4/ Roman, Meredith L.: „Armed and Dangerous“: *The Criminalization of Angela Davis and the Cold War Myth of America's Innocence*, in: *Women, Gender and Families of Colour* 2020 (Vol. 8, No.1), S. 87–111.

5/ Davis, Angela: *Mein Herz wollte Freiheit. Eine Autobiographie*. München 1977.

6/ Marcuse, Herbert: *Helft Angela*, in: ders.: *Nachgelassene Schriften*, Bd. 4. Lüneburg 2004, S. 173.

7/ Lorenz, Sophie: „Schwarze Schwester Angela“. *Die DDR und Angela Davis. Kalter Krieg, Rassismus und Black Power 1965–1975*. Bielefeld 2020, S. 44–46 und 169–250; dies.: „Heldin des anderen Amerika“. *Die DDR-Solidaritätsbewegung für Angela Davis, 1970–1973*, in: *Zeithistorische Forschungen*, 10. Jg. (2013), Nr. 1, S. 38–60, hier S. 38.

8/ *Volksstimme*, 30.11.1971, S. 7.

9/ *Volksstimme*, 2.3.1971, S. 1.

10/ *Weg und Ziel*, 28. Jg. (1971), Nr. 3, S. 2.

11/ *Volksstimme*, 25.3.1972, S. 7.

12/ *Volksstimme*, 3.6.1972, S. 1.

13/ *Weg und Ziel*, 28. Jg. (1971), Nr. 9, S. 2.

14/ Davis: *Autobiographie*, S. 370f.

15/ *Ebd.*, S. 375.

16/ Lorenz: „Heldin“, S. 54–56.

17/ <https://medienportal.univie.ac.at/uniview/uniblicke/detailansicht/artikel/angela-davis-ander-universitaet-wien-der-kampf-geht-weiter> [8.10.2015].

# Der KZ-Verband und die Gründung des DÖW

WINFRIED R. GARSCHA/HEINZ ARNBERGER

1959 begann eine Gruppe von 14 Mitgliedern des KZ-Verbands, Dokumente zusammenzutragen und zu katalogisieren. Bundessekretär des *Bundesverbands der österreichischen Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus*, wie der vollständige Name des KZ-Verbands lautete, war zu diesem Zeitpunkt Erich Fein, der den Aufbau einer Dokumentationsstelle über den Widerstand als seine wesentliche Aufgabe erkannte.<sup>1</sup> Auf Vorschlag von Fein bestimmte die Verbandsleitung den ehemaligen Bundessekretär der *Freien Österreichischen Jugend*, Herbert Steiner, zum Koordinator der Gruppe. Dass Erich Feins Wahl auf Steiner fiel, war kein Zufall: Dieser hatte 1958 ein Fernstudium der Geschichte an der Prager Karls-Universität aufgenommen und bereits im englischen Exil mit der Sammlung historisch und literarisch bedeutender Texte – darunter von Werken des im KZ Buchenwald ermordeten Dichters Jura Soyfer – begonnen.

Die Sorge um die Bewahrung der erhalten gebliebenen Dokumente und Berichte von Überlebenden war so groß, dass der Bundespräsidialausschuss des KZ-Verbands sogar beabsichtigte, sie – nach der Anfertigung von Arbeitskopien in Form von Mikrofilmen – in einem Schweizer Banktresor zu verwahren. Hintergrund dieser Überlegungen waren sowohl das Wiedererstarken nationalsozialistischer Kräfte in Österreich nach dem Abzug der alliierten Besatzungsmächte als auch die Tatsache, dass damals in den österreichischen Archiven die Dokumente aus der NS-Zeit gesperrt waren und in der Öffentlichkeit Unklarheit darüber bestand, in welchem Umfang derartige Dokumente überhaupt noch vorhanden waren.

Der III. Kongress der *Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer* (FIR), der im März 1959 in Wien abgehalten wurde, beschloss die Einrichtung einer internationalen Kommission, die mit der Herausgabe einer „Geschichte der Widerstandsbewegung“ betraut werden sollte. Franz Danimann machte im *Neuen Mahnruf*, der Zeitschrift des KZ-Verbands, darauf aufmerksam, dass dieser „bereits geraume Zeit vorher die Herausgabe einer ‚Geschichte des österreichischen Widerstandskampfes‘ be-

schlossen und auch konkrete Vorbereitungsarbeiten durchgeführt sowie die Sammlung der notwendigen Unterlagen und Dokumente eingeleitet“ hatte.<sup>2</sup> Danimann bezog sich dabei auf einen Beschluss des Bundespräsidiums vom Dezember 1958 zur Herausgabe einer „Geschichte der österreichischen Widerstandsbewegung“.

Über die Diskussionen innerhalb der Leitung des KZ-Verbands existieren keine Unterlagen oder Erinnerungsberichte, doch lässt sich aus Briefen, die Erich Fein in den darauffolgenden Jahren in seiner Funktion als Bundessekretär schrieb, schlussfolgern, dass er und Herbert Steiner die für die österreichischen Archive geltende Sperre der Akten durch Kopien von Gerichtsakten aus ausländischen Archiven wettmachen wollten. Um dort gezielt nach Dokumenten, die den österreichischen Widerstand betrafen, suchen zu können, mussten aber die Namen bekannt sein – denn die Angeklagten waren ja nicht als Österreicher, sondern als deutsche Reichsangehörige geführt worden. Im November 1959 veröffentlichte daher der *Neue Mahnruf* einen Aufruf an die Mitglieder des KZ-Verbands, „die Namen jener österreichischen Widerstandskämpfer bekanntzugeben, die durch Volksgerichtshofprozesse in Berlin verurteilt wurden“.<sup>3</sup> Einen Monat später konnte das Sekretariat in der Verbandszeitschrift mitteilen, dass schon zahlreiche Originaldokumente, Abschriften von Urteilen und Anklageschriften zur Verfügung gestellt, aber auch weitere Namen von Angeklagten mitgeteilt worden seien.

Der KZ-Verband, der als eine seiner Hauptaufgaben den Kampf gegen das Fortwirken des Deutschnationalismus in Österreich sah, erhoffte sich durch die Sammlung und Auswertung der authentischen Dokumente des NS-Terrors auch eine Stärkung patriotischer Gefühle in der Jugend, wobei – wie Danimann im eingangs erwähnten Beitrag für den *Neuen Mahnruf* schrieb – „zweifelloso auch die außerhalb der FIR stehenden Widerstandsorganisationen und auch staatliche Organe“ sich des im Aufbau begriffenen Dokumentationsarchivs bedienen sollten. Im Jänner 1960 schickte Erich Fein ein Ersuchen des KZ-Verbands an die Redaktionen österreichischer Zeitungen,

einen Aufruf für die „Errichtung eines Dokumentationsarchivs über die Teilnahme von Österreichern an der Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus und den Hitler-Krieg im In- und Ausland“ zu veröffentlichen.<sup>4</sup> Nach Feins ursprünglicher Konzeption sollte das Dokumentationsarchiv dem KZ-Verband in der Castellezgassee im 2. Wiener Gemeindebezirk angegliedert werden.

Zusätzlich zur Sammlung eigener Dokumente versuchte Fein namens des KZ-Verbands, Kontakte zu anderen Verbänden der FIR zu nutzen, um Kopien von Akten, die in ausländischen Archiven aufbewahrt wurden, anfertigen zu können. Herbert Steiner fuhr beispielsweise zu diesem Zweck in die DDR, wo sowohl Akten von Dienststellen des Reichsministeriums des Inneren (also beispielsweise der Gestapo) als auch des Reichskriegsgerichts aufbewahrt wurden, um sich über die Bestände zu informieren.

Die Archiv-Frage wurde im Frühjahr 1962 besonders aktuell, als die ÖVP-SPÖ-Regierung ein „Ministerkomitee für die Herausgabe einer geschichtlichen Darstellung über den Beitrag Österreichs zu seiner Befreiung im Sinne der Moskauer Deklaration“ einsetzte und beauftragte, eine Dokumentation mit dem Titel „Österreichische Widerstandsbewegung 1938 bis 1945“ herauszugeben, die eine Auswahl aus Archivquellen wie dem Staatsarchiv, den Polizeiarchiven, den Kirchenarchiven und aus ausländischen Archiven darstellen sollte.<sup>5</sup> Erich Fein sah es als Aufgabe des KZ-Verbands an, auf die Arbeit dieses Komitees durch die Bereitstellung von Dokumenten Einfluss zu nehmen und ersuchte beispielsweise das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, sich dafür einzusetzen, dass Herbert Steiner endlich Zugang zu den im Zentralarchiv in Potsdam aufbewahrten Akten des Reichskriegsgerichts erhielt.<sup>6</sup> Bei dieser Gelegenheit regte Fein an, in die für Jahresende 1962 von der Postverwaltung der DDR geplante Briefmarkenserie internationaler Widerstandskämpfer als „Vertreter“ des österreichischen Widerstands Alfred Klahr (1904–1944) aufzunehmen. Neben einer Kurzbiografie des kommunistischen Publizisten, der 1937 die ersten theoretischen

schen Arbeiten zur Herausbildung einer eigenständigen österreichischen Nation verfasst hatte und nach seiner Flucht aus dem KZ Auschwitz ums Leben gekommen war, legte Fein dem Schreiben auch ein Bild Alfred Klahrs bei. Er hatte die Witwe Alfred Klahrs überreden können, dieses Foto, das als einziges Porträt-Foto erhalten geblieben war, aus dem Rahmen zu nehmen, und bat daher, es verlässlich zu retournieren. Das Foto diente als Vorlage für einen Stahl-Stich auf der 10-Pfennig-Marke. Im Jänner 1963 veröffentlichte der *Neue Mahnruf* ein Bild des Sechser-Markenblocks.

Mit der Bildung des Ministerkomitees schien sich – nach mehreren Jahren, in denen die Erinnerung an den Widerstand weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt worden war – eine Wende anzubahnen. Allerdings war noch nicht sicher, in welche Richtung die Erforschung des Widerstands gehen würde. Die Opferorganisationen waren bei der Bildung des Komitees ignoriert worden. Allerdings bezog der spätere Gründer des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität Wien, Ludwig Jedlicka, den beim KZ-Verband beschäftigten Herbert Steiner als Experten für den kommunistischen Widerstand in die Tätigkeit des Komitees mit ein.

1962 erschien der erste Band der Buch-Reihe „Das einsame Gewissen“, der auf der Grundlage von Dokumenten der NS-Justiz in österreichischen Archiven erarbeitet worden war und damit einen neuen Zugang öffentlicher Stellen zum Problem der weggesperrten Akten signalisierte.<sup>7</sup> Andererseits musste die Art, wie in dem Band mit dem Anteil der KPÖ am Widerstandskampf gegen das NS-Regime umgegangen wurde, den KZ-Verband, in dem in erster Linie Angehörige des kommunistischen Widerstands gegen das NS-Regime organisiert waren, alarmieren. Herbert Steiner schrieb in einer Rezension im *Neuen Mahnruf*, dass es „befremde“, wenn Maria Szecsi und Karl Stadler zwar einerseits hervorheben, dass es nicht möglich sei, die Widerstandsgruppen in den Betrieben eindeutig dem kommunistischen oder dem sozialistischen Widerstand zuzuordnen, weil sie „mit hundert Fäden untereinander verknüpft waren“, die Verfasser aber genau diese Gegenüberstellung an einigen Stellen selbst vornahmen. Genauso seltsam sei, dass die bei allen Nicht-Kommunisten durchgängig verwendete politische Zuordnung bei einigen bekannten Funktionären des illegalen Kommunistischen Jugendver-

bandes unterlassen werde – indem beispielsweise vom „begabten jungen Chemiker Walter Kämpf“ oder „dem jungen Sanitätssoldaten Alfred Rabofsky“ gesprochen werde.<sup>8</sup>

Die in der Rezension Herbert Steiners im Neuen Mahnruf angesprochene politische „Schlagseite“ dieses ersten quellengestützten wissenschaftlichen Werks zur Geschichte des österreichischen Widerstands war, wie aus den im Nachlass Christian Brodas in der Österreichischen Nationalbibliothek überlieferten Dokumenten zur Tätigkeit der „Regierungskommission“ hervorgeht, durchaus beabsichtigt. Im Februar 1961 hatte Justizminister Broda in einer Besprechung in Kreiskys Büro bemerkt, „dass in den Landesgerichtsprozessen zwar eine große Anzahl von Kommunisten verwickelt waren, Frau Szecsi jedoch eine Art der Darstellung gefunden habe, die diesen Umstand in ein historisch adäquates Licht rücke“.<sup>9</sup> Außerdem war in dem Buch zwar die Rede von (nicht zugänglichen) Akten des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs in west- und ostdeutschen Archiven, doch das Angebot des KZ-Verbands, die inzwischen in dem im Aufbau begriffenen Dokumentationsarchiv im KZ-Verband aufliegenden Aktenkopien aus Ost-Berlin einzusehen, war von Szecsi und Stadler ausgeschlagen worden.

In dieser Situation setzte der KZ-Verband die Archivfrage auf die Tagesordnung des Bundespräsidialausschusses. Die Leitungsmitglieder des Verbands einigten sich, auch die beiden anderen Opferverbände für die Schaffung einer derartigen Einrichtung zu interessieren. 2003 berichtete der Obmann des KZ-Verbands, Oskar Wiesflecker, der an der Sitzung in seiner damaligen Funktion als Redakteur des Neuen Mahnrufs teilgenommen hatte, anlässlich des 40. Gründungstags des Dokumentationsarchivs über die Diskussion im Jahre 1962: „Schließlich setzte sich aber die Meinung durch, dass es sich hier nicht um eine den KZ-Verband, sondern um ein alle ehemaligen Widerstandskämpfer und Naziopfer betreffende Angelegenheit handelt und dass wir uns mit den beiden anderen Verbänden, dem Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, diesbezüglich in Verbindung setzen sollten, um gemeinsam eine Lösung dieser nicht nur für uns, sondern auch zeitgeschichtlich zweifellos bedeutenden Frage zu erreichen. Glücklicherweise verpflichteten die Kameradinnen und Ka-

meraden und die Leitungen dieser beiden Verbände, insbesondere die unvergessliche Kameradin Rosa Jochmann (Freiheitskämpfer) und Hans Leinkauf (ÖVP-Kameradschaft) diesem Projekt bei und waren auch einverstanden damit, dass unser Präsidiumsmitglied Dr. Herbert Steiner mit der Realisierung dieses Vorhabens beauftragt werden sollte.“<sup>10</sup>

Als das „Österreichische Dokumentationsarchiv der Widerstandsbewegung“ (so der ursprüngliche Name des DÖW) schließlich 1963 gegründet wurde, lag bereits ein erster „Katalog der Archivbestände“ vor, der im November 1962 abgeschlossen worden war und Kurzbeschreibungen von 933 Akten enthielt. Mit der Anmeldung des Dokumentationsarchivs als Verein entwickelte es sich zu einer unabhängigen Einrichtung, die von allen drei Opferverbänden, aber auch von VertreterInnen der akademischen Wissenschaft und des öffentlichen Lebens getragen wurde.

#### Anmerkungen:

1/ Winfried R. Garscha/Heinz Arnberger: Erich Fein: Politische Biografie, in: Erich Fein: Die Erinnerung wach halten. Widerstand & Verfolgung 1934–1945 und der Kampf um Anerkennung und Entschädigung der Opfer, hg. im Auftrag der österreichischen KZ-Vereinigung Buchenwald, Verband ehemaliger politischer Schutzhäftlinge des Konzentrationslager Buchenwald von Herbert Exenberger, Hilde Fein und Albert Dlabaja. Wien 2008, S. 5–23.



2/ Franz Danimann: Im Interesse Österreichs: Eine „Geschichte der Widerstandsbewegung“, in: *Der neue Mahnruf*, Nr. 12/1959, S. 4.

3/ Deine Hilfe wird benötigt! Einschaltung in: *Der neue Mahnruf*, Nr. 11/1959, S. 4.

4/ ZPA der KPÖ, KZ-Verband an Zeitungsredaktionen, 28.1.1960.

5/ Gerhard Oberkofler: Das Regierungsprojekt einer Dokumentation über den Beitrag Österreichs zu seiner Befreiung, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 10. Jg. (2003), Nr. 3, S. 7–17.

6/ DÖW 772, Brief vom 7.5.1962.

7/ Maria Szecsi/Karl Stadler: Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer. Wien, München: Herold 1962 (Das einsame Gewissen. Beiträge zur Geschichte Österreichs 1938 bis 1945, Bd. 1).

8/ H.S.: „Das einsame Gewissen“, in: *Der neue Mahnruf*, Nr. 9/1962, S. 5.

9/ Zit. in: Oberkofler: Regierungsprojekt, S. 8.

10/ Oskar Wiesflecker: Notabene zum Thema DÖW, in: *Der neue Mahnruf*, Nr. 6–7/2003, S. 5.

*Hélène Leclerc/Georg Pichler (Hg.): Allemands et Autrichiens entre France et Espagne. Circulations, mobilités, transferts. Textes réunis par. Aix-en-Provence 2023 (Cahiers d'Études Germaniques, Vol. 85), 272 S., 15 Euro*

Im Kammerhofmuseum in Bad Aussee befindet sich eine als „Völkertafel“ bezeichnete illustrierte „Kurze Beschreibung der In Europa Befintlichen Völkern Und Ihren Aigenschafften“. Sie stammt aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts und gibt in unterschiedlichen Kategorien Urteile über verschiedene europäische Völkerschaften wieder, die in mancher Hinsicht schmunzeln machen, aber auch noch für Beschreibungen bis weit ins 20. Jahrhundert hinein wirkten. Über die Spanier weiß dieses Tafelbild unter anderem „Hochmützig, Wunderbarlich, Mänlich, Klug und Weiß“, nennt aber mit „Hoffärtig“ auch eine angeblich typische „Untugend“. Über den „Franzöß“ heißt es, er sei „Leichtsinnig, Gesprächig, Firsichtig, Kindisch“, aber auch „Betrügerisch“. Die zehn abgebildeten Männer in charakteristischer Kleidung („Tirk oder Grich“ sind ein und dieselbe Person) stellen nicht unbedingt Herrscher dar, aber es handelt sich offensichtlich um Vertreter der in den angegebenen Ländern herrschenden Klasse. So haben die festgeschriebenen Urteile zwar eine lange Entstehungsgeschichte, und es erscheinen die beschriebenen Eigenschaften generell nicht als offensichtliche Herabwürdigung, aber sie fungieren als Popularisierung der auch durch die Reichspolitik der Herrschenden gewonnenen Vorurteile, angereichert um die Verherrlichung des Eigenen. Weshalb natürlich ein „Teutscher“ als „Offenherzig“, „Ganz Gut“ und „Witzig“ firmiert, während als Untugend höchstens „Verschwenderisch“ aufscheint, er hingegen im Krieg „Uniberwindlich“ sei. (Nebenbei: Natürlich ist der „Muskawith“ unter anderem „Boßhafft“, hat als Verstand „Gar Nichts“, ist „Gar Verätherisch“, liebt „Den Brügl“ und vertreibt sich die Zeit „Mit Schlawfen“.)

Zugleich werden solche Urteile und Vorurteile schon seit jeher modifiziert durch die Erfahrung unabhängiger einzelner oder aber durch die Konfrontation der Ideologie mit der Wirklichkeit beispielsweise im Krieg, insbesondere als durch den „Feind“ Gefangene. Es ist nicht allein diese Thematik, welcher der aktuelle Band der „Cahiers d'Études Germaniques“ unter dem Titel „Allemands et Autrichiens entre France et

Espagne“ nachgeht. Vor allem, so Hélène Leclerc (Universität Toulouse) und der in Madrid lehrende Grazer Georg Pichler im Vorwort des von ihnen herausgegebenen Bandes, sei es darum gegangen, „die Problematik der Grenze am Beispiel des französisch-spanischen Grenzlands unter dem Aspekt der Interkulturalität zu erforschen“, auch um „den triangulären Kulturtransfers zwischen Spanien, Frankeich und dem deutschsprachigen Raum“ darzustellen, wobei gezeigt werden kann, dass die Transfers zwischen Spanien und Österreich/Deutschland und umgekehrt ohne französischen Beitrag auf weite Strecken nicht schlüssig erzählt werden können.

Am ehesten an die „Völkertafel“ in Bad Aussee wird man bei jenen Beiträgen erinnert, die im zweiten Abschnitt des Buches unter dem Titel „Migration und Flucht während des Ersten Weltkriegs“ hauptsächlich Erzählungen von deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und von aus den Lagern nach Spanien Geflüchteten wiedergeben (Isabel Gutiérrez Koester bzw. Hilda Inderwildi). Hier findet sich vieles, was man vom deutschsprachigen Hurratriotismus und Chauvinismus kennt und nur in Einzelfällen vorsichtig relativiert wird. Aber die im Band versammelten Studien, die auf eine Tagung an der Universität Toulouse-Jean Jaurès und am Goethe-Institut Toulouse im Jahr 2021 zurückgehen, setzen früher an, im 18. Jahrhundert, in dem beispielsweise der letzte Inquisitionsskandal in Spanien mit der französischen Aufklärung kollidiert und in Bayern kontroverse Auswirkungen auf die Position der Katholischen Kirche zeitigt (Thomas Bremer).

Reisen haftete damals immer auch ein Nimbus des Abenteuerlichen an, und die tatsächliche Begegnung mit den Menschen in fremden Ländern war bevorzugt Angehörigen der herrschenden Klassen und ihren Wissenschaftlern und Künstlern vorbehalten. Die gelieferten Bilder sind daher getönt und oftmals plakativ. So führte beispielsweise die Franzosenbewunderung progressiver Deutscher zur Überzeichnung des Urteils über Spanien, wenn etwa Heinrich Heine in „Atta Troll“ Spanien im Jahr 1847 als „Land der Westbarbaren, die um tausend Jahr zurück sind“, bezeichnet. Die aufgrund des besonders rückständigen spanischen Katholizismus nicht unbegründete Diagnose der weltanschaulichen und sozialen „Finsteris“ führte aber zugleich zu Schwierigkeiten bei der Annäherung aller Beteiligten (Françoise Knopper, Berta Raposo).

„Da im Fokus des vorliegenden Bands Spanien und die französisch-spanische Grenze stehen, spielen in ihm der Spanische Bürgerkrieg und die Internationalen Brigaden eine wichtige Rolle“, heißt es im Vorwort. Tatsächlich umkreist die Mehrheit der Beiträge den Zeitraum nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Zweiten. So befasst sich ein eigener Beitrag mit zwei Büchern von Erich Hackl, der auch an der Tagung teilgenommen hatte – zusammen mit Rodolphe Friemel, dem Enkel Rudolf Friemels, dessen „Hochzeit von Auschwitz“ mit der Spanierin Marga Ferrer Hackl beschrieben hatte. Die Perspektive Hackls, die Geschichten vom Standpunkt der KämpferInnen gegen den Faschismus und für den Sozialismus, der Opfer reaktionärer Herrschenden zu beschreiben, führt zwangsläufig dazu, dass die nationalen Grenzen der Geschichte und der Geschichten überschritten werden, ohne deshalb den nationale Bedeutungszusammenhang vieler Umstände zu ignorieren.

Man könnte versucht sein, die Thematik des Bandes entweder als allzu speziell und akademisch abzutun oder aber insbesondere bei den Beiträgen über das 20. Jahrhundert als Wiedergabe weithin bekannter und erforschter Umstände geringzuschätzen. Das Besondere der vorgelegten Untersuchungen besteht allerdings darin, dass die meisten Themen bis dato lediglich aus einer nationalen Warte betrachtet bzw. im Rahmen einer nationalen Geschichte behandelt wurden. Die Überschneidungen und transnationalen Gemeinsamkeiten fanden nur selten oder marginal Platz. So untersucht der Beitrag von Diego Gaspar Celaya die Transiterfahrungen zwischen Frankreich und Spanien in den Jahren 1920 bis 1947 und findet dort Kriegsfreiwillige, Flüchtlinge, Politiker, Geheimdienstmitarbeiter, Soldaten oder Funktionäre des NS-Staates, die in unterschiedlicher Weise und in unterschiedlichen Richtungen diesen Grenzraum durchquerten und dabei nicht zuletzt sowohl auf „französischer“, als auch auf „spanischer“ oder „baskischer“ Seite ihre Spuren hinterließen, so wie sich auch solche Spuren in ihnen festsetzten.

Ein anderer Beitrag (Michaela Enderle-Ristori) erzählt zunächst über Kurt Tucholsky, der als frankophiler Schriftsteller (er hatte als Schüler in Berlin ein französisches Gymnasium besucht) immun war gegen den damals weitverbreiteten deutschen Franzosenhass. Im Jahr 1925 bereiste er Frankreich und die Pyrenäen, worüber er das 1927 erschienene Werk „Ein Pyrenäenbuch“ verfasste.

Dieses wird nun, obwohl Tucholsky darin Fiktionales mit Landschaftlichem abseits der touristisch frequentierten Gegenden vermischt, in Bezug gesetzt zu den ein Jahrzehnt danach benutzten Routen von spanischen RepublikanerInnen und europäischen AntifaschistInnen, die von der anderen Seite des Gebirgszugs mit gänzlich anderen Empfindungen die topographische und letztlich auch politische Grenze zu überwinden hatten.

Die Mitherausgeberin Hélène Leclerc befasst sich mit der deutsch schreibenden Prager Schriftstellerin und Journalistin Lenka Reinerova, die 1939 nach Frankreich fluchdete und später weiter über Marokko nach Mexiko entkam. Sie hatte nie spanischen Boden betreten, war aber 1940/41 im südfranzösischen Lager Rieucros interniert. Dennoch – und dies legt Leclerc plausibel dar – sind der Spanische Bürgerkrieg und die damit zusammenhängenden Begegnungen mit AntifaschistInnen unterschiedlichster Herkunft in ihrem Werk auf erstaunliche Weise présent und spielen noch im Zuge ihrer Aktivitäten und Schriften im Rahmen des „Prager Frühlings“ eine Rolle.

Georg Pichler befasst sich in seinen Beitrag mit der Überwindung der Sprachgrenzen durch die internationalen Kontakte in den südfranzösischen Internierungslagern. „In ‚Le Vernet‘ war die Mobilität der Interbrigadisten“, schreibt Pichler, „zu einer aufgezwungenen Immobilität geworden, was einen intellektuellen und kulturellen Mobilitatsprozess in Form der Wissenszirkulation in Gang setzte“. Die Zeugnisse vieler Kontakte zwischen den Häftlingen verschiedenster Nationen seien oft nur „in Andeutungen und in gleichsam nebenbei getanen Äußerungen zu finden“, weshalb sie seither oft übersehen oder wenig beachtet wurden.

Der Tagungsband schließt mit drei Beiträgen aus dem Bereich der Kunst und Literatur. Die Untersuchung von Ca-

therine Mazellier-Lajarrige über das republikanische Spanien in Rudolf Leonhards Novellen, Tagebuch und Gedichten fördert die vielleicht erstaunliche Erkenntnis zutage, dass dieser Dichter Spanien mit den republikanischen Werten identifiziert und dem Vichy-Frankreich gegenüberstellt. Primavera Driessen-Grubers Text über das „NS-Exil österreichischer Musikschaffender in Südfrankreich und Spanien“ berichtet über die seit dem bahnbrechenden Forschungsergebnis aus dem Jahr 2008 weiterentwickelte Forschungslage, an dem sie damals selbst beteiligt war („Douce France? Musikexil in Frankreich 1933–1945“), wobei auf die gegenseitigen Befruchtungen nicht nur zwischen Südfrankreich und Spanien eingegangen, sondern auch den Verflechtungen mit dem österreichischen Exil anhand einiger Beispiele nachgegangen wird. Schließlich wird das Besondere der österreichischen Sicht auf den Kampf in Spanien und der spanischen auf Österreich anhand von zwei Werken Erich Hackls (neben der erwähnten „Hochzeit von Auschwitz“ auch „Entwurf einer Liebe auf den ersten Blick“) untersucht, spannenderweise vom französischen Autor Jacques Lajarrige. Hackls Kunst der Verbindung von individueller und kollektiver Geschichte deckt widersprüchliche Urteile nicht zu, sondern lässt bei aller Bedeutung nationaler Geschichte genügend Raum, um in eine deutsch-französisch-spanisch-österreichische Erinnerungskultur münden zu können.

Um auf die eingangs erwähnte „Völkertafel“ zurückzukommen: Dieser Band ist ein beredtes Beispiel dafür, dass Friede zwischen den Völkern, Zusammenarbeit und Verständnis eine Sache der unteren Klassen sind. Das wusste auch Albert Einstein, als er im viel zu wenig zitierten Briefwechsel mit Sigmund Freud feststellte: „Die Massen sind nie-

mals kriegslustern, solange sie nicht durch Propaganda vergiftet werden.“ Tagungsort und TagungsteilnehmerInnen bedingten, dass die Beiträge im hier vorgestellten Sammelband teils in französischer, teils in deutscher Sprache gedruckt wurden (mit einem leichten deutschen Überhang). Allerdings hat das Werk den Vorzug, dass im Anhang Zusammenfassungen sämtlicher Texte dreisprachig (deutsch, französisch und englisch) wiedergegeben werden, sodass das Verständnis für fremdsprachenunkundige Leser erleichtert wird. So kann dieser Sammelband auch für LeserInnen, die mit der Thematik wenig vertraut sind, mit Gewinn gelesen werden.

**KARL WIMMLER**

*Karl Lauschke: „Die Gegenwart als Werden erfassen.“ Inhalt, politischer Kontext und Rezeption von Georg Lukacs‘ Geschichte und Klassenbewusstsein. Münster: Westfälisches Dampfboot 2023, 528 S., 38 Euro*

Im letzten Jahr hat der Sozial- und Wirtschaftshistoriker Karl Lauschke zum 100-jährigem Jubiläum der Erstveröffentlichung von Georg Lukacs‘ „Geschichte und Klassenbewusstsein“ (fortan GuK) eine umfassende Monographie vorgelegt. Sein Anspruch ist es, GuK seinem politischen Gehalt nach zu analysieren. Für die eigentliche Textanalyse zieht er nur jene Literatur heran, die Lukacs selbst verwendet hat. Dieser Ansatz soll dazu führen, den historischen Kontext freizulegen, der in der jüngeren Forschung oftmals verdeckt wurde.

Um dem Text in seiner konkreten und komplexen historischen Wirklichkeit gerecht zu werden, hält sich Lauschke an Lukacs‘ Lektureempfehlung im Vorwort (1922) von GuK, wonach der Verdinglichungsaufsatz von „philosophisch ungeschulten Lesern“ erst am Ende gelesen werden solle. Er sei nicht wesentlich für das Verständnis von GuK, und die Lektüre des langen Aufsatzes diene eher der Vertiefung. Gerade aber die kürzeren Aufsätze dienten dazu, ein konkreteres Bild des Verdinglichungsaufsatzes zu ermöglichen, der oftmals für sich allein rezipiert worden ist. Zwar räumt Lauschke ein, dass der Verdinglichungsaufsatz eine Sonderrolle in GuK einnehme – das Buch wird durch ihn zweigeteilt, der Aufsatz wurde für GuK neuverfasst und ist deutlich länger als die übrigen –, eine kontextlose Lektüre sei allerdings unzulässig, da die Aufsätze in GuK aufeinander aufbauen und es so erst ermög-

#### Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

**Medieninhaber:** ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, Drechslergasse 42, 1140 Wien

**Vereinsvorstand:** Dr. Sabine Fuchs (Schriftführerin), Dr. Winfried R. Garscha, Mag. Michael Graber, Mag. Dr. Heimo Halbrainer, Mag. Michael Hollogschwandtner, Christian Kaserer BA, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Kropf, Mag. Robert Krotzer, Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider, Dr. Walther Leeb (Präsident), Dipl.-Ing. Friederike Lerch (Kassierin), Mag. Dr. Simon Loidl, Mag. Dr. Peter März, Mag. Dr. Manfred Mugrauer (wissenschaftlicher Sekretär), Univ.-Prof. Dr. Alfred J. Noll, Dr. Elke Renner (Vizepräsidentin), Ass.-Prof. Mag. Dr. Valentin Sima

**Grundlegende Richtung:** Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT ist eine gemeinnutzige Organisation, deren Tätigkeit ausschließlich wissenschaftlichen und volksbildnerischen Zwecken dient. Ihre Aufgabe und diejenige ihres Periodikums „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ ist die Erforschung der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich, insbesondere der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

lichen würden, den Verdinglichungsansatz in all seiner politischen Sprengkraft zu erfassen. Es ginge in GuK schließlich oft darum, konkret-organisatorische Fragen zu klären (z.B. im Aufsatz „Legalität und Illegalität“). Viele Begriffe (z.B. Klassenbewusstsein) werden in den kürzeren Aufsätzen bereits detailliert elaboriert, um die Lektüre des längsten Aufsatzes zu erleichtern. GuK ist, so Lauschkes Argumentation, in erster Linie das Werk eines Parteiarbeiters für die Partei und erst in zweiter oder sogar dritter Linie eine philosophische Abhandlung.

Wie GuK ist auch Lauschkes Monographie zweigeteilt: Im ersten Teil wird eine Zusammenfassung von GuK geliefert, im zweiten Teil werden der komplexe Kontext und die verwickelte Rezeptionsgeschichte nachgeliefert. Auffällig ist die hohe Dichte an direkten Zitaten, die meist nur nacheinander aufgelistet werden ohne eine eigene Interpretation zu leisten. Hier kommt Lauschke zu keinen wesentlichen Erkenntnissen. Es wird zwar präsentiert, an welcher Stelle sich Lukács beispielsweise auf Rosa Luxemburg oder andere bezieht, aber selten, was dies bedeuten soll. Die wenigen Interpretationen, die geleistet werden, sind zum Teil diskussionswürdig: Etwa wenn Lauschke eine Passage von Lukács zitiert, in der von der „moralischen Kraft des richtigen Klassenbewusstseins“ (S. 40) die Rede ist, und Lauschke dadurch überraschend zum Schluss kommt, dass „die Partei auf die Arbeiterbewegung nur moralisch wirken“ könne.

Das eigentliche Kernstück der Monographie ist der zweite Teil, in dem es um den politischen Kontext und die Rezeption von GuK geht. Hier geht die Monographie weit über die Geschichte von GuK hinaus und leistet u.a. eine umfassende Geschichte der KPU nach dem Fall der Ungarischen Räterepublik. Reflektiert werden etwa die Schlichtungsversuche der Kommunistischen Internationale im Parteikonflikt der KPU. Im Zentrum der Betrachtungen steht das Ringen um eine gemeinsame theoretische Linie, nicht bloß der KPU, sondern der Komintern überhaupt. Lauschke trägt verstreut publizierte und eher unbekanntere Artikel von Lukács selbst sowie seinen Mitstreitern und Gegnern zusammen. Lukács erscheint so in erster Linie als an konkreten Fragen seiner Zeit interessierter Parteiarbeiter und weniger als (abstrakter) Theoretiker.

Lauschke listet akribisch die Grabenkämpfe innerhalb der KPU zwischen der Fraktion um Béla Kun und den Wie-

ner Genossen (zu denen auch Georg Lukács gehörte) auf und macht diese nachvollziehbar. Er zeigt, wie schwerwiegend die Fraktionskämpfe innerhalb der KPU waren, und was sie für die politische Handlungsfähigkeit der ungarischen KommunistInnen bedeuteten. Es ging so weit, dass sich das Exekutivkomitee der Komintern einschalten musste, doch selbst dann wurden die Fraktionskämpfe nicht eingestellt. Lauschke zeichnet ein Bild der Intrigen, Machtkämpfe und theoretischen Ungewissheit.

Aus diesem Kontext heraus ergibt sich eine neue Perspektive, die den „Parteiarbeiter“ Lukács ins Zentrum rückt und zeigt, wie sehr seine Thesen an der Entwicklung der kommunistischen Bewegung ausgerichtet waren. GuK wird so für die konkrete Parteiarbeit schlagend und kann aus diesem Kontext nicht herausgeschält werden. Die wichtigste Funktion von GuK erscheint nicht bloß als eine theoretische Selbstvergewisserung Lukács', sondern als Versuch, die theoretischen Unklarheiten der gesamten kommunistischen Bewegung zu lösen. Es sei der Versuch, so Lauschke, die Grundlagen des Marxismus darzulegen, um Geschlossenheit in den eigenen Reihen herzustellen. Lukács stand zu keinem Zeitpunkt außerhalb der Partei, insofern sei sein Werk besonders auch als produktive marxistische Selbstkritik zu verstehen, die versuche, die zentrale Bedeutung der materialistischen Dialektik für den Marxismus zu klären und dadurch zu retten.

Für die Entstehung von GuK bedeutsam war auch Lukács' Zusammenarbeit mit Béla Fogarasi, einem Mitstreiter aus der Jenő-Landler-Gruppe, Mitglied des Sonntagskreises und späterer Lehrstuhlinhaber an der Budapester Universität. Dieser stand seit 1915 in intensivem Kontakt mit Lukács. Es gebe eine auffällige parallele Entwicklung im Denken von Lukács und Fogarasi, so Lauschke, viele Gedanken im theoretischen Werk der beiden würden einander entsprechen und auf einen intensiven intellektuellen Austausch hindeuten.

Im letzten Abschnitt lenkt Lauschke den Blick auf die Rezeptionsgeschichte von GuK, wobei er die innerparteiliche Auseinandersetzung der außerparteilichen gegenüberstellt. Gerade innerhalb der Partei war GuK umstritten. Es gab zunächst nur ein verhaltenes Echo. Im Mai 1923 wurde etwa von Hermann Duncker in der Berliner Roten Fahne die akademische Unverständlichkeit kritisiert. Etwa 15 Monate nach dem Erschei-

nen wurde Lukács von Grigori Sinowjew am V. Weltkongress der Komintern der ideologischen Abweichung bezichtigt. In vielerlei Hinsicht lässt sich die Rezeptionsgeschichte von GuK mit „Marxismus und Philosophie“ (1923) von Karl Korsch vergleichen, das zunächst ebenso totgeschwiegen wurde.

Lauschke arbeitet penibel die Gründe für die harsche Ablehnung seitens der Partei heraus. Grob bilden drei Punkte den Kern der heftigen Kontroversen: Erstens die Frage nach der Dialektik in der Natur, zweitens der Verdacht des Idealismus und drittens der Vorwurf des Subjektivismus. Lauschke führt eine Vielzahl an unterschiedlichsten Positionen an, sowohl Stimmen aus Deutschland (H. Duncker) als auch solche aus Russland (N. I. Bucharin, A. M. Deborin) kommen zu Wort.

Weit positiver wurde GuK außerhalb der Komintern aufgenommen, so sprach der erste außerparteiliche Rezensent und Lukács-Freund Ernst Bloch von der „einzig legitimen Hegel-Renaissance“. Doch egal, ob GuK anerkannt oder – wie etwa von Siegfried Kracauer – abgelehnt wurde, der Einfluss auf das Denken der Linken war enorm. Auch hier ist hervorzuheben, dass Lauschke viele zeitgenössische Bewertungen zusammenträgt, die nur in Briefwechseln erhalten sind (z.B. bei Walter Benjamin). Besonders der zweite Teil des Buches bietet eine beeindruckende Sammlung unterschiedlichster Quellen, die GuK für ein heutiges Lesepublikum erschließt und das Verständnis mancher Passagen erleichtert. Insbesondere die gewissenhafte Verortung in den historischen Kontext und die breit gefasste Rezeptionsgeschichte sind die eigentliche Stärke des Buches.

**ELIAS TAXACHER**

*Helmut Ritz: Überleben um Zeugnis abzulegen. Essays zur KZ-Literatur, Band 2. Klagenfurt/Celovec: Wieser Verlag 2022, 534 S., 25,95 Euro*

Vieles, was unter dem Begriff KZ-Literatur publiziert wurde, hatte explizit den Anspruch, die ungeheuerlichen Verbrechen des Nationalsozialismus vor dem Verschweigen und dem Vergessen zu bewahren. „Ich schreibe, damit wenigstens ein ganz kleiner Teil der Wirklichkeit die Welt erreicht“, notiert etwa Salmen Gradowski in seinem Bericht. Oder etwa die Anmerkung Primo Levis, dass viele KZ-Häftlinge Angst hatten, es würde ihnen später niemand glauben, was in den Lagern vorgefallen sei, deutet

in diese Richtung. Oder Mascha Rolnikaite, die in ihrem Tagebuch vermerkte: „Faschismus, Krieg waren bis heute für mich leere Begriffe [...]. Darum muss alles, was hier geschieht im Tagebuch festgehalten werden.“

Eine Fortsetzung dieses Unterfangens ist in gewisser Weise Helmut Rizys monumentale Arbeit „Überleben um Zeugnis anzulegen. Essays zu KZ-Literatur“, deren zweiter Band 2022 erschienen ist. Es geht auch darum, zu verhindern, dass die Literatur gegen das Vergessen selber dem Vergessen anheimfällt. Rizys in Summe mehr als tausend Seiten umfassende Essay-Sammlung ist überdies die erste umfassende Dokumentation eines Genres, das in der Literaturwissenschaft bislang bei weitem nicht die Beachtung gefunden hat, die ihm zustehen würde. Mehr als 200 Titel – von sachlichen Berichten bis hin zu semifiktionalen literarischen Bearbeitungen – hat Rizy dokumentiert und analysiert und sie damit auch für die weitere Verwendung in der Wissenschaft oder in künstlerischen Kontexten aufbereitet. Viele Texte, die Rizy in seinem Werk bearbeitet, haben bereits Eingang in andere künstlerische Arbeiten gefunden, wie etwa Herrmann Langbeins Bericht „Die Stärkeren“ in eine Graphic Novel des Linzer Künstlers Thomas Fatzinek.

Der zweite Band befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Erlebnis der Befreiung bzw. mit dem Kampf für die Befreiung. Wenn mehrere AutorInnen beschreiben, mit welcher Freude sie den herannahenden Kanonendonner, den Lärm von Flugzeug-Staffeln und die Detonationen von Bomben hörten, so zeugt dies von den unvorstellbaren Bedingungen des Lagerlebens. Dass, vor allem in KZs, in welchen sich organisierter Widerstand entwickelt hatte, stets die eigene Befreiung der Häftlinge vorangetrieben worden ist, beschreibt unter anderem der schon erwähnte Herrmann Langbein. Befreiung bedeutete noch nicht automatisch überleben. Viele Häftlinge waren in einem derart schlechten gesundheitlichen Zustand, dass die langsam anrollende Hilfe für sie zu spät kam.

Zwischen den vorwiegend chronologisch sortierten Abhandlungen finden sich immer wieder thematische Einschübe, wie etwa zum Thema Musik im KZ. Diese nehmen Bezug auf die Bücher von Simon Laks (Musik in Auschwitz) oder Jacques Stroumsa (Geiger in Auschwitz. Ein jüdisches Überleben) aber auch auf Ester Bejaranos Bericht über das Mädchenorchester in Auschwitz. Die

Musik bot im Konzentrationslager MusikerInnen nicht nur die Möglichkeit zu überleben, sie wurde von SS-Wachmannschaften auch als Folterinstrument benutzt. Der Hinweis auf die Lagerorchester und -chöre diente nach der Befreiung auch als Mittel zur Verharmlosung der Verbrechen. Der Musiker und Autor Paul Schubert widmete diesem Thema eine beachtenswerte, in den AKG-Mitteilungen (Nr. 1/2022) veröffentlichte Arbeit.

Von besonderer Bedeutung ist das Kapitel zum Thema „Rache und Gerechtigkeit“. Dass der Wunsch nach Rache angesichts der erlittenen Qualen stark war, ist selbstverständlich. Dass auch viele Werke der KZ-Literatur diesem Wunsch entspringen und diese sogar befördern sollte, dies zeigt Rizy auf. „Deshalb möchte ich durch mein Schreiben bei Dir ein Gefühl wecken, einen Rache funken säen, der aufflammt und zur Feuersbrunst in allen Herzen werden soll“, appelliert etwa Salmen Gradowski an seine zukünftigen LeserInnen.

Wie schwierig die Heimkehr war, nicht nur deswegen, weil sämtliche Verwandte und FreundInnen ermordet wurden, schildern die beiden letzten Kapitel. Denn die befreiten KZ-Häftlinge trafen auf ein zumeist feindselig gesinntes Umfeld. „Die Menschen an der Straße schließen die Fenster, ziehen die Vorhänge zu. Man will uns nicht sehen, wir sind kein erquickender Anblick. Vielleicht erinnern wir sie an die begangenen Verbrechen“, heißt es etwa bei Richard Bugajer. „Für uns ist kein Platz, wir sind hier die Fremden“, merken Mali Fritz und Hermine Jursa an.

Die Stimmung, auf die ehemalige KZ-Häftlinge in der österreichischen Bevölkerung stießen, hat Rizy in seinem Buch „Hasenjagd im Mühlviertel“ beeindruckend skizziert. In einem wahren Blutausch jagte die Bevölkerung aus der Gegend um das KZ Mauthausen über 400 geflüchtete sowjetische KZ-Häftlinge. Wen die SS nicht erwischte, den erschlugen die Einheimischen. Ein mörderischer Furor ergriff nahezu die gesamte Bevölkerung, Ausnahmen waren rar. Dass sich diese Stimmung in der kurzen Zeit bis zur Befreiung geändert haben könnte, ist mehr als unwahrscheinlich.

Von den Überlebenden der Konzentrationslager sind heute nicht mehr viele am Leben. Umso wichtiger ist Helmut Rizys Arbeit, damit wenigstens die Literatur jener, die dem Nazi-Terror am unmittelbarsten und qualvollsten ausgesetzt waren, präsent bleibt.

FRANZ FEND

### Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Heinz Arnberger, Franz Fend, Sabine Fuchs, Winfried R Garscha, Manfred Mugrauer, Alfred J. Noll, Elias Taxacher, Hans-Peter

Weingand, Karl Wimmeler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: [klahr.gesellschaft@aon.at](mailto:klahr.gesellschaft@aon.at)

[www.klahrgesellschaft.at](http://www.klahrgesellschaft.at)

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

### AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

## In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen und Vereine, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den unseren Aktivitäten und Publikationen interessiert sind, gesendet.

Aufgrund der gestiegenen Druckkosten und der höheren Posttarife sind die Kosten in den letzten Jahren stark gestiegen. Angesichts der insgesamt schwierigen finanziellen Situation bitten wir all jene, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen* interessiert und nicht Mitglied sind, ein Jahresabonnement zum Preis von 6,- Euro bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen.

Sollten Sie Mitglied der AKG werden wollen, so beträgt der Jahresbeitrag 20,- Euro. In diesem Fall bitte eine Nachricht an [klahr.gesellschaft@aon.at](mailto:klahr.gesellschaft@aon.at) senden.